IAMO 2007

LEIBNIZ-INSTITUT FÜR AGRARENTWICKLUNG
IN MITTEL- UND OSTEUROPA

Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in
Mittel- und Osteuropa (IAMO)

www.iamo.de

Grußwort

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOEL) erfährt gegenwärtig tiefgreifende Veränderungen mit weitreichenden Konsequenzen für die ländlichen Räume. Obwohl bereits erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, wird die agrar- und ernährungswirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern mittelfristig deutlich hinter den westlichen Industriestaaten zurückbleiben.

Das Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) leistet einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis der wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung, vor die die Agrar- und Ernährungswirtschaft in den MOEL – auch angesichts der Globalisierung und der EU-Osterweiterung der Agrarmärkte – gestellt ist. Mit seiner agrarökonomischen Kernkompetenz bietet das IAMO ein national und international beachtetes Forum für den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Die Vielzahl der internationalen Publikationen und stetig steigende Drittmittel bestätigen die positive Entwicklung des Instituts. Es trägt erheblich zur nationalen und internationalen Vernetzung agrarökonomischer Forschung bei und ist weit über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus bedeutsam für die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft. Wissenschaftler aus aller Welt finden am Institut im Netzwerk mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ausgezeichnete Arbeitsbedingungen vor. Mehr als 50 Wissenschaftler aus 10 Ländern haben in letzter Zeit am IAMO gewirkt und seine internationale Sichtbarkeit erhöht.

Mit seinem spezifischen Forschungsauftrag zur Agrarentwicklung in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas, Zentral- und Ostasiens sowie der Türkei hat das IAMO ein einzigartiges Profil ausgebildet. So entwickelt das IAMO im Rahmen der Untersuchung ländlicher Räume in der erweiterten Europäischen Union Perspektiven für die vorhandenen Agrarstrukturen. Es untersucht aktuelle Fragen zum landwirtschaftlichen Strukturwandel sowie zur dringend anstehenden Reform der Subventionspolitik der europäischen Landwirtschaft und erarbeitet Ansätze für deren Lösung. So kann das IAMO wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern neue und alternative Handlungsstrategien als Orientierungs- und Entscheidungshilfen anbieten, u.a. auch im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz,
Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt

Besonders zu begrüßen ist die ständige Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Lehre und Forschung und bei gemeinsam

getragenen Bachelor- und Master-Studiengängen. Auch die inzwischen traditionelle Sommerschule "Landwirtschaft im Transformationsprozess" in Mittel- und Osteuropa ist Ausdruck der Kooperation von IAMO und Martin-Luther-Universität. Eine mir besonders wichtige Säule ist dabei die Qualifizierung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Mit der Etablierung des Promotionskollegs Agrarökonomik wurde eine strukturierte Doktorandenausbildung entwickelt, die für den Bereich der Agrar- und Ernährungsökonomik in Deutschland neue Maßstäbe setzt. Neben dem IAMO und der MLU sind deutschlandweit drei weitere Universitäten eingebunden. Das Konzept ermöglicht Doktoranden aus Deutschland wie auch aus MOE-Ländern eine spezifische Qualifikation im Agrar- und Ernährungssektor. Es ist Teil der Ausbildung einer im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation eingeworbenen IAMO-Graduiertenschule.

Inhalt

Grußwort	**5**
Vorwort	**9**
Perspektiven kleinbetrieblicher Agrarstrukturen in den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union	**13**
Einkommenssicherung durch ländlichen Strukturwandel in der erweiterten EU	**19**
Geht es auch ohne Subventionen? Mögliche Folgen für die europäische Landwirtschaft	**25**
Geschäftsbeziehungen und Kommunikation in den Wertschöpfungsketten der europäischen Ernährungswirtschaft: Eine Analyse zentraler Einflussfaktoren	**31**
Der türkische Weizenmarkt: Hohe Transaktionskosten als Integrationsproblem?	**35**
Faktoreinsatz und Preisbildung in der milchverarbeitenden Industrie der Ukraine unter Transformationsbedingungen	**41**
Ukrainische Agrarstudenten: In der Landwirtschaft arbeiten – Ja! Auf dem Lande leben – Nein!	**47**
Ökonomische Theorie der Governance in ländlichen Räumen	**55**
Mehr Unternehmen in der Landwirtschaft?! – Herausforderungen und Strategien: Ergebnisse des IAMO-Forum 2006	**61**
Das IAMO – Ein kurzes Portrait	**67**

Vorwort

Der Wechsel in der Leitung des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) ist vollzogen. Seit einem Jahr arbeitet nun schon das neue Direktorium. Das Jahr 2006 sah dabei nicht nur eine Verstetigung der positiven Entwicklung der letzten Jahre. Vielmehr gelang es sowohl in der Drittmitteleinwerbung als auch der Publikationstätigkeit neue Akzente zu setzen.

Erstmals wird das IAMO in einem Forschungsprojekt des 6. Forschungsrahmenprogramms der EU die Koordinierungsfunktion übernehmen. Zehn Partner aus acht Ländern forschen hierbei zu Fragen des Strukturwandels und der ländlichen Entwicklung in einer erweiterten Union. Erfreulich ist auch die Genehmigung eines Antrages für eine IAMO-Graduiertenschule durch die Senatsarbeitsgruppe Wettbewerb der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation. Sieben DoktorandInnen werden hier künftig zu Entwicklungsperspektiven kleinbetrieblicher Agrarstrukturen arbeiten und durch ein systematisches Schulungsprogramm unterstützt werden. Hervorzuheben ist ferner, dass im Jahr 2006 mehr Projektmittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eingeworben werden konnten als in jedem Jahr zuvor. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass 2006 die DFG gemeinsam mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ein am IAMO durchgeführtes DFG-Projekt zur Transformation landwirtschaftlicher Familienwirtschaften in China als besonders förderungswürdig ausgezeichnet hat.

Nicht nur in der Drittmitteleinwerbung, sondern auch in der Publikationstätigkeit zeichnet sich das Jahr 2006 durch weitere Erfolge aus. Die Anzahl begutachteter Beiträge in hochwertigen internationalen Fachzeitschriften durch IAMO-MitarbeiterInnen hat ein neues Niveau erreicht, das alles bisher da gewesene deutlich übertrifft. Interdisziplinäres Forschen ist am IAMO gelebte Realität, die sich zum Beispiel in Veröffentlichungen am Schnittpunkt von Ökonomie und Geschichte sowie zur Multifunktionalität der Landwirtschaft niederschlägt.

Die zunehmende Würdigung der Forschungsarbeit des IAMO äußert sich dabei nicht nur in einer steigenden Anzahl von eingereichten und angenommenen Artikeln sondern auch in der Tatsache, dass erstmals von der Sektion B *Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften* der Leibniz-Gemeinschaft die Doktorarbeit einer Mitarbeiterin des IAMO für den jährlich vergebenen Förderpreis des wissenschaftlichen Nachwuchses nominiert worden ist.

Das Direktorium des IAMO (v. l. n. r.)
Prof. Dr. Alfons Balmann (Geschäftsführender Direktor),
Prof. Dr. Gertrud Buchenrieder, Dipl.-Ök. Hannelore Zerjeski,
Prof. Dr. Thomas Glauben

Neben der Forschung gehören die Weiterbildung von WissenschaftlerInnen und der wissenschaftliche Austausch zu den Kernaufgaben des IAMO. In diesen substanziellen Bereichen der Institutsarbeit wurde die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortgesetzt. Eine Reihe von Kursen im Rahmen der Doktorandenausbildung stieß dabei auf erhebliches Interesse. Gleichzeitig qualifizieren sich langjährige MitarbeiterInnen des IAMOs aus den Untersuchungsregionen für Positionen in internationalen Organisationen. Insbesondere ist hier die EU mit ihrer Agrarverwaltung und ihren Forschungseinrichtungen zu nennen. Sowohl diese positive Entwicklung als auch die vielfältigen Verbindungen zu mittel- und osteuropäischen Forschungseinrichtungen zeigen, dass das IAMO einen substanziellen Beitrag zur Integration der neuen Mitgliedsstaaten in die gesamteuropäische Forschungslandschaft und in gemeinsame internationale Institutionen leistet.

Bezogen auf den wissenschaftlichen Austausch wurde die Arbeit der letzten Jahre fortgeführt und die Position des IAMO weiter gefestigt. Als Beispiel sei nur genannt, dass allein auf der 26. Konferenz der International Association of Agricultural Economists (IAAE) in Brisbane, Australien, vom 12.-18.08.2006 das IAMO mit 15 MitarbeiterInnen vertreten war, die neun Vorträge hielten, sechs Poster präsentierten und ein IAAE-Symposium ausrichteten. Ebenso erfolgreich war das IAMO- Forum mit knapp 150 TeilnehmerInnen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das IAMO im Bereich der Forschung große Fortschritte erzielte, ohne die anderen beiden Kernaufgaben zu vernachlässigen. Vielmehr gehen eine attraktive Forschung und die Gewinnung hochmotivierter ForscherInnen sowie die Vernetzung in der internationalen Forschungslandschaft Hand in Hand. Exzellente Forschung als Motor der Entwicklung des Institutes in all seinen Kernaufgaben bleibt auch die Strategie des IAMO in der gegenwärtig sich vollziehenden Ausdehnung seines geographischen Untersuchungsraumes auf China, weitere asiatische Transformationsländer und die Türkei.

Die positive Entwicklung des IAMOs in den Aufgabenbereichen Forschung, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer basiert auf dem enormem persönlichem Engagement der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Gleiches gilt für die Administration des IAMO, die im Rahmen des Möglichen alles versucht, flexibel und schnell auf sich ständig wandelnde Anforderungen eines international tätigen Institutes im globalen Forschungswettbewerb zu reagieren. Gerade für 2006 sind die Verdienste der Verwaltung des IAMO besonders hervorzuheben, da die Einführung des neuen Tarifvertrages des Öffentlichen Dienstes der Länder in der gegenwärtig laufenden Überleitungsphase eine komplette Neugestaltung der Entlohnung und Einstufung aller MitarbeiterInnen mit sich bringt. Trotz dieser enormen Mehrbelastung sowie auch einer Ausdehnung des Personalbestandes und der Drittmittel kam es nicht zu Einschränkungen im laufenden Institutsalltag. Ganz im Gegenteil, denn zugleich ließen sich auch der nach den Leitlinien der Leibniz-Gemeinschaft erfolgte Übergang zur Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Einführung der Wirtschaftsplanung nach Programmbudgets erfolgreich abschließen.

Im Dezember 2007 steht die zweite große Evaluierung des IAMO durch die Leibniz-Gemeinschaft an, nach einer erfolgreichen ersten vor sieben Jahren. Dies ist uns allen ein Ansporn, die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre auch im nächsten Jahr konsequent fortzuführen. Nur mit weiterhin hochmotivierten, selbstbewussten und selbständig tätigen

MitarbeiterInnen ist dies zu erreichen. Von zentraler Bedeutung für das Institut war und ist ebenfalls die vielfältige und aktive Unterstützung durch den Bund und die Länder. Der Dank des IAMO geht daher an dieser Stelle auch an das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt. Gerade im Zuge der Vorbereitung auf die Evaluierung möchten wir uns für die vielfältige Hilfe durch Mitglieder des Stiftungsrates und des Wissenschaftlichen Beirats bedanken. Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei unseren Forschungspartnern im In- und Ausland. Ohne sie und die hiermit einhergehende enge Einbindung in die nationale und internationale Wissenschaftsgemeinschaft wären die Erfolge des IAMO nicht denkbar gewesen.

Das vorliegende IAMO 2007 gibt einen Überblick über neuere Forschungsergebnisse zu den inhaltlichen und räumlichen Themenschwerpunkten der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts. Die ersten vier Artikel behandeln die erweiterte Europäische Union vor allem unter dem Blickwinkel der Entwicklung ländlicher Räume. Der erste Beitrag behandelt die Perspektiven kleinbetrieblicher Agrarstrukturen in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Gerade in ihrer dualen Agrarstruktur mit einer Masse von Parzellenwirtschaften auf der einen und einigen wenigen Großbetrieben auf der anderen Seite unterscheidet sich die Agrarstruktur in den meisten neuen EU-Mitgliedstaaten Mitteleuropas deutlich von westeuropäischen Verhältnissen. Nicht zu trennen von Fragen der Agrarstruktur ist der zweite Beitrag zur Einkommenssicherung durch landwirtschaftlichen Strukturwandel in der erweiterten EU. Strukturwandel bildet auch den Schwerpunkt des dritten Beitrages zur Frage, wie eine europäische Landwirtschaft ohne Subventionen aussehen würde und welche Auswirkungen dies auf den Strukturwandel in der Landwirtschaft hätte.

Die nun folgenden drei Beiträge behandeln Fragen der Agrarmärkte, wobei sich der erste auf die erweiterte EU konzentriert während sich die beiden anderen auf Beitrittskandidaten und Transformationsländer an den östlichen Grenzen der EU beziehen. Im ersten Fall geht es um Probleme und Herausforderungen der Kommunikation in den europäischen Lebensmittelketten und somit ihre Wettbewerbsfähigkeit auf zunehmend globalisierten Agrar- und Nahrungsmittelmärkten. Der zweite Beitrag behandelt ausgehend von den Transaktionskosten des Handels Entwicklungs- bzw. Integrationsprobleme des türkischen Weizenmarktes. Im Anschluss folgt ein Beitrag zur Marktstruktur und Preisbildung auf dem ukrainischen Markt für Rohmilch. Auch der dann folgende Artikel zu Fragen der Agrarausbildung beschäftigt sich mit der Ukraine.

Den wissenschaftlichen Teil des IAMO 2007 runden zwei Beiträge ab, die sich mit übergeordneten Fragen der Transformation beschäftigen. Zum einen ist hier ein theoretischer Aufsatz zur Ökonomik der Rural Governance bzw. der Steuerungs- und Koordinierungsmechanismen aller Akteure für eine erfolgreiche ländliche Entwicklung zu nennen. Zum anderen folgt eine Zusammenfassung der Ergebnisse des IAMO-Forums 2006 "Agriculture in the Face of Changing Markets, Institutions and Policies – Challenges and Strategies". Auch hier stehen Fragen der optimalen Betriebsstruktur und der Markt- sowie Betriebsorganisation im Vordergrund, um im Wettbewerb bestehen zu können. Zum Abschluss des IAMO 2007 folgt ein kurzes Portrait des IAMO. Dort finden Sie detaillierte Informationen zu allen wichtigen Aspekten der Arbeit des Institutes.

Kleinbauer in Polen

Perspektiven kleinbetrieblicher Agrarstrukturen in den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union

MARTIN PETRICK

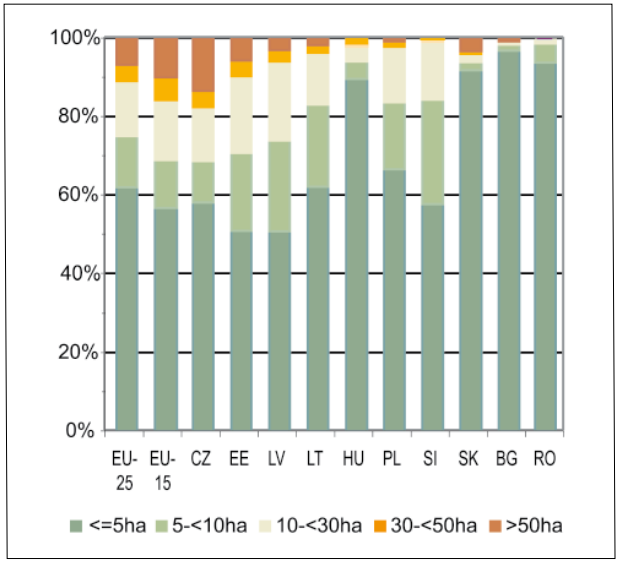
Einleitung

Nachdem zum 1. Januar 2007 Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union (EU) beigetreten sind, hat sich die Anzahl der Landwirte in der EU von 6,2 Mio. in der EU-15 auf 15 Mio. in der EU-27 mehr als verdoppelt. Nach Angaben von Eurostat bewirtschafteten im Jahr 2003 etwa 11 Mio. dieser landwirtschaftlichen Betriebe weniger als 5 ha und werden daher als Kleinbetriebe angesehen: Ein Durchschnittshof der EU-27 besitzt rechnerisch im Vergleich eine Größe von 28 ha. Allerdings ist die relative Bedeutung von solchen Kleinbetrieben in den neuen Mitgliedstaaten unterschiedlich, wie Abbildung 1 verdeutlicht. Den höchsten prozentualen Anteil stellen sie in den jüngsten Mitgliedsländern Rumänien und Bulgarien. Obwohl ihr Anteil auch in der Tschechischen Republik, der Slowakei oder den baltischen Staaten groß ist, ist die von so definierten Kleinbetrieben bewirtschaftete Fläche in diesen Ländern nur unbedeutend. Gemessen in absoluten Zahlen gibt es besonders viele Betriebe mit weniger als 5 ha Fläche in Rumänien (4,2 Mio.), Polen (1,4 Mio.), Ungarn (690 Tsd.) und Bulgarien (640 Tsd.).

In Ländern mit kleinbetrieblichen Agrarstrukturen ist die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren vielfach besonders niedrig. Nach Angaben der Europäischen Kommission erwirtschafteten im Jahr 2004 in Rumänien die ca. 33 % in der Landwirtschaft Erwerbstätigen nur 12 % des Bruttoinlandproduktes. In Polen lag das Verhältnis bei 18 % zu 3 %, in Bulgarien bei 11 % zu 8 %. Damit liegen die Einkommen aus kleinbetrieblicher Agrarproduktion in der Regel deutlich unter denen aus anderen Sektoren.

Aus dieser Beschreibung ergeben sich eine Reihe von Fragen: Welche Entwicklungsperspektiven haben Kleinbetriebe? Wie wahrscheinlich ist es, dass sie im Laufe der Zeit zu größeren

Abbildung 1: Landwirtschaftliche Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Mitgliedstaaten der EU (Angaben für 2003)



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat: Agricultural Statistics, 2006 Edition, Luxemburg, S. 34.

und leistungsfähigeren Einheiten anwachsen? Wie lassen sich ihre Einkommensmöglichkeiten verbessern? Diese Fragen sind im Grundsatz seit langem Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Auseinandersetzung. Im Folgenden werden zunächst einige der klassischen Kontroversen dargestellt. Am Beispiel Polens folgt dann eine Untersuchung, welche Faktoren aus heutiger Sicht als entscheidend für die Weiterentwicklung von Kleinbetrieben angesehen werden müssen.

Klassische Kontroversen zu Entwicklungsmöglichkeiten von Kleinbetrieben

Mit dem Beginn der wissenschaftlichen Analyse von Agrarentwicklung ab Ende des 18. und verstärkt im 19. Jahrhundert bildete das auch als "Agrarfrage" bezeichnete Problem der Entwicklungsperspektiven bäuerlicher Kleinbetriebe schnell eine zentrale Streitfrage. Zwei entgegengesetzte und zum Teil stark politisch beeinflusste Positionen kristallisierten sich in dieser Zeit heraus, die in mancher Hinsicht auch heute noch den Ausgangspunkt und die Motivation für zahlreiche Kontroversen darstellen. Die erste Position geht davon aus, dass auf einer Familienarbeitsverfassung basierte Kleinbetriebe systematische Nachteile gegenüber industrieähnlichen Großbetrieben haben und daher langfristig nicht überlebensfähig sind. Diese Sicht findet sich sowohl bei den Physiokraten und englischen Klassikern als auch in den auf Karl Marx zurückgehenden sozialistischen Agrartheorien, die später von Karl Kautsky und Wladimir Lenin weiterentwickelt wurden. In modifizierter Form und i.d.R. losgelöst von politischen Programmen wird diese Position heute zum Teil von kontinentalen Agrarökonomen vertreten, insbesondere aus osteuropäischen Ländern. Demgegenüber verweisen Anhänger der zweiten Position auf die besonderen Charakteristika der Agrarproduktion, die dazu führten, dass allein kleinere, von Familienarbeitskräften zu bewirtschaftende Betriebe dauerhaft existenzfähig seien. Als klassische Autoren dieser Position sind Eduard David und der russische Agrarökonom Alexander Tschajanow zu nennen. Unter angelsächsisch geprägten Ökonomen findet diese Position heute zahlreiche Anhänger.

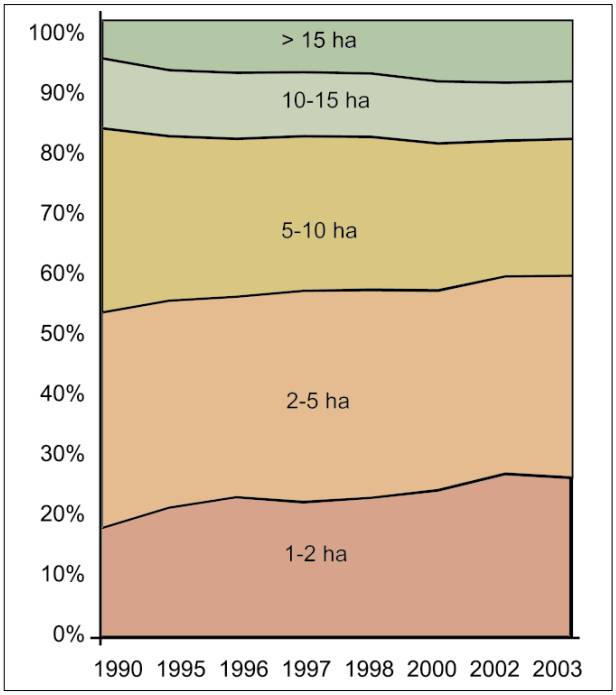
Aus ökonomischer Sicht geht es in erster Linie um die Frage, ob größere Betriebe Effizienzvorteile gegenüber Kleinbetrieben aufweisen und diese daher im Wettbewerb verdrängen können. Zwei Aspekte bilden dabei den Hauptgegenstand der wissenschaftlichen Untersuchung: Zum einen das Vorhandensein oder Fehlen von Skalenerträgen, d.h. von technologisch bedingten Produktivitätsgewinnen für größere Betriebseinheiten, und zum anderen die Bedeutung von betriebsgrößenabhängigen Marktunvollkommenheiten. Letztere können sowohl auf Produkt- als auch auf Faktormärkten auftreten, wobei Marktversagen auf Arbeits- und Kapitalmärkten besondere Aufmerksamkeit erfahren hat. Hierbei stehen insbesondere Fragen nach der Mobilität und Substituierbarkeit landwirtschaftlicher Lohnarbeiter und Familienmitglieder sowie nach dem Zugang kleinerer Agrarbetriebe zu Krediten im Mittelpunkt des Interesses. Größenabhängige Marktunvollkommenheiten können dazu führen, dass auch ohne die Existenz von technischen Skaleneffekten bestimmte Betriebsgrößen wirtschaftlich begünstigt sind.

Eine besondere Bedeutung kommt daneben der Rolle der Agrarpolitik zu. Die Landwirtschaft ist traditionell vielfältigen Einflüssen durch politische Maßnahmen ausgesetzt, die besondere Konsequenzen für die Entwicklungsmöglichkeiten von Kleinbetrieben haben können.

Entwicklungsperspektiven von Kleinbetrieben am Beispiel Polen

Wie Abbildung 2 zeigt, nahm die Bedeutung von Kleinbetrieben in Polen nach der politischen Wende eher zu. Der relative Anteil der Kleinbetriebe unter 5 ha Nutzfläche stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich, während die Zahl der für polnische Verhältnisse größeren Betriebe über 10 ha seit Mitte der 1990er Jahre stagniert.

Abbildung 2: Landwirtschaftlicher Strukturwandel am Beispiel Polen: Verteilung der Betriebe auf Betriebsgrößenklassen im Zeitablauf



Quelle: Zentrales Statistikamt der Republik Polen.

Eine wichtige Ursache hierfür ist die Bedeutung kleiner Subsistenzbetriebe als sozialer und wirtschaftlicher Puffer in Krisenzeiten. Nur wenn ländliche Haushalte ihren Lebensunterhalt aus anderen Einkommensquellen als der eigenen Produktion decken können, werden sie das eigene Land verpachten oder verkaufen. Diese außerlandwirtschaftlichen Quellen sind bisher nur unzureichend vorhanden. Nachdem sich zahlreiche ländliche Industriebetriebe unter marktwirtschaftlichen Bedingungen als nicht existenzfähig erwiesen, ist die Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum Polens über die letzten Jahre beständig gewachsen. Die Auflösung der ehemaligen Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft hat diese Tendenz verstärkt. In diesem Fall sind also Unvollkommenheiten auf den Arbeitsmärkten ein Grund für den Erhalt von Kleinbetrieben.

Hinzu kommt, dass die Betriebsaufgabe oftmals nur im Zuge eines Generationswechsels erfolgt. Ältere Betriebsleiter haben aufgrund fehlender beruflicher Kenntnisse naturgemäß geringere Chancen auf eine Anstellung im außerlandwirtschaftlichen Bereich. Anders als in Rumänien oder Bulgarien, wo ein Großteil der gegenwärtigen Betriebsleiter sich bereits im Rentenalter befindet, ist in Polen allerdings rund die Hälfte der Betriebsleiter jünger als 45 Jahre. Ein zügiger Strukturwandel durch Ausscheiden aus Altersgründen ist daher nicht zu erwarten. Eine Folge davon ist, dass auf regionalen Bodenmärkten wenig Land für erweiterungswillige Betriebe zur Verfügung steht.

In einer vom Autor durchgeführten Untersuchung stellte sich außerdem heraus, dass polnische Landwirte aufgrund von Kreditrestriktionen seitens der Banken teilweise nicht in der Lage waren, Produktivitätsreserven auf ihren Betrieben voll auszuschöpfen. So ergab eine Analyse der Zahlungsbereitschaft für Kredit, dass zahlreiche Landwirte höhere als die von den

Banken geforderten Zinsen zahlen konnten, jedoch Kredite in entsprechendem Umfang nicht zur Verfügung standen. Finanzierungsengpässe stehen damit der Entwicklung von polnischen Agrarbetrieben im Wege. Mitte der 1990er Jahre von der Weltbank durchgeführte ökonometrische Schätzungen konnten überdies für polnische Betriebe keine relevanten Skalenerträge ermitteln.

Landwirte in den neuen Mitgliedstaaten erhalten seit 2004 ebenfalls Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, allerdings zunächst auf deutlich niedrigerem Niveau. Beginnend bei 25 % im Jahr 2004 werden sie schrittweise bis zum Jahr 2013 an das EU-15 Niveau angeglichen. Die neuen Mitgliedstaaten können diese Zahlungen aus Mitteln für die ländliche Entwicklung oder aus dem nationalen Haushalt aufstocken. Gemeinsam mit diesen sogenannten Top-Ups erhalten polnische Landwirte im Jahr 2006 ca. 120 EUR/ha Ackerfläche. Neben den Direktzahlungen kommen polnische Landwirte in den Genuss des hochsubventionierten, staatlichen Altersversorgungssystems, sogenannte Semi-Subsistenzbetriebe erhalten gesonderte Zuschüsse und die Kleinsten der Betriebe können unter bestimmten Voraussetzungen sogar Arbeitslosenunterstützung erhalten. Europäische und nationale Politikinstrumente schaffen damit einen entscheidenden Anreiz für die Weiterexistenz der Kleinbetriebe.

Neben staatlichen Transfers hat eine weitere Einkommensquelle für Kleinbetriebe insbesondere nach dem EU-Beitritt nochmals an Bedeutung gewonnen: Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten und Saisonarbeitern, teilweise aus Deutschland und Österreich, vor allem aber aus den drei Mitgliedsländern ohne Einschränkung der Freizügigkeit, Großbritannien, Irland und Schweden. Über die Höhe der Transfers liegen wenige gesicherte Erkenntnisse vor, Schätzungen zufolge könnten diese jedoch insgesamt sogar über dem Betrag liegen, der jährlich im Rahmen der GAP an polnische Landwirte ausgezahlt wird. Die Wirkungen von Arbeitsmigration sind ebenfalls noch nicht ausreichend erforscht. Einerseits führen die Zahlungen tendenziell zu einer Stabilisierung der kleinbetrieblichen Strukturen im Heimatland. Andererseits ist jedoch offen, inwieweit Arbeitsmigration auch als Sprungbrett für nicht-landwirtschaftliche Tätigkeiten in Polen oder im Ausland dienen kann.

Dass der Wunsch nach einer außerlandwirtschaftlichen Zukunft für die eigenen Kinder bei zahlreichen polnischen Bauern eine große Rolle spielt, zeigte eine Untersuchung der einzelbetrieblichen Verwendung der Direktzahlungen im Rahmen der GAP. Neben der Beschaffung von Konsumgütern standen Ausgaben für die Ausbildung der Kinder an vorderster Stelle. Viele polnische Landwirte üben ihre Tätigkeit offenbar aus wirtschaftlicher Notwendigkeit und nicht so sehr aus familiärer Tradition aus und sind an einer außerlandwirtschaftlichen Beschäftigung der nachfolgenden Generation sehr interessiert.

Eine alternative Strategie zur Verbesserung der Entwicklungschancen landwirtschaftlicher Betriebe stellt lokales kollektives Handeln zur Inwertsetzung von Regionen dar. Dieser Ansatz von Regionalmanagement und -entwicklung durch lokale Partnerschaften hat in zahlreichen alten EU-Mitgliedsländern positive Ergebnisse hervorgebracht. Am IAMO wurde neben anderen Beispielen die bereits seit Jahren erfolgreich arbeitende Vertriebsgenossenschaft "Chmielnik Zroj" in der südostpolnischen Wojewodschaft Vorkarpaten untersucht, die derzeit ca. 400 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Vertriebsgenossenschaft kauft Erzeugnisse lokaler Kleinbauern, verarbeitet diese und vermarktet sie an 70 000 Haushalte in der Region. Die dortige Entwicklungsinitiative bewarb sich zusammen mit den lokalen Kommunen im Jahr 2005 erfolgreich für das Pilotprogramm

zur Implementierung der Gemeinschaftsinitiative Leader+ im Rahmen des polnischen Sektoralen Operativen Plans. Aufgrund des Bedarfs an einer lokalen Entwicklungsstrategie sowie den Leader+ inhärenten Anreizen, neue Einkommensquellen zu schaffen bzw. bestehende auszubauen, erscheint eine Implementierung dieser Maßnahme als wünschenswert. Jedoch fehlt es in der Region oftmals noch an Wissen über die Gemeinschaftsinitiative. Weiterhin sollte auf den kurzfristigen Planungshorizont der lokalen Bevölkerung mit angemessenen Entwicklungsstrategien bzw. -visionen reagiert, das lokale Vertrauen in EU-Institutionen und -Programme gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen der Entwicklungsinitiative und den lokalen Behörden stabilisiert werden.

Fazit

Die überwiegende Zahl der Agrarbetriebe in den neuen Mitgliedstaaten der EU ist für europäische Bedingungen klein. Am Beispiel Polen wurde verdeutlicht, wie zahlreiche Faktoren dazu beitragen, dass mit einer baldigen Änderung dieser Situation nicht zu rechnen ist. Landwirtschaftliche Strukturprobleme in Polen werden den Politikern in Brüssel und Warschau vielmehr noch eine Reihe von Jahren große Probleme bereiten.

Hauptgrund für die Persistenz kleinbetrieblicher Strukturen in allen neuen Mitgliedstaaten ist das Fehlen geeigneter außerlandwirtschaftlicher Beschäftigungsmöglichkeiten. Zur Aufbesserung landwirtschaftlicher Einkommen werden staatliche Transfers und Einkommen aus Arbeitsmigration verwendet. Zumindest erstere führen aber eher zu einer Verzögerung des Strukturwandels. Gleiches gilt für Hindernisse im Kreditzugang und fehlende Absatzmärkte für Agrarprodukte. Sollte eine Vielzahl der Betriebe in den nächsten Jahren tatsächlich aufhören zu produzieren, so wäre dies ein Zeichen für eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Inwieweit regionale Entwicklungspartnerschaften die Einkommensmöglichkeiten von Kleinbauern verbessern können, bleibt abzuwarten. Erste positive Beispiele für erfolgreiche Kooperationen zwischen Privatwirtschaft, Verbänden und Kommunen finden sich jedoch auch in den neuen Mitgliedsländern.

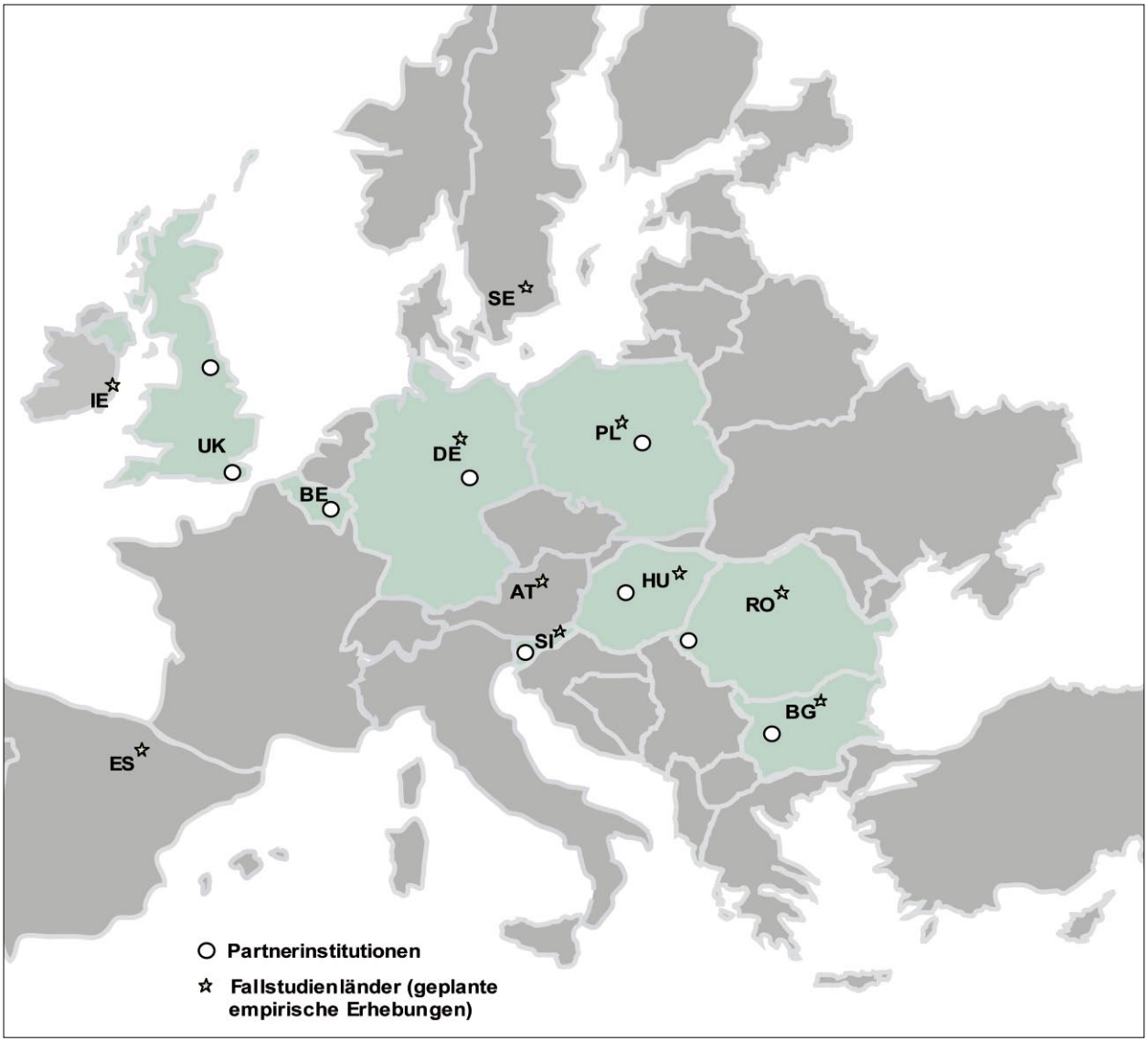
Zur Bearbeitung der genannten Forschungslücken wurden vom IAMO im Rahmen des "Pakts für Innovation und Forschung des Bundes und der Länder 2006" Mittel für eine internationale Graduiertenschule eingeworben. Unter maßgeblicher Einbeziehung mehrerer promovierter Nachwuchswissenschaftler des IAMO widmet sie sich schwerpunktmäßig Fragen des agrarsektoralen Wandels in Mittel- und Osteuropa, analysiert betriebliche und überbetriebliche Anpassungsstrategien und erforscht die institutionellen Rahmenbedingungen des Wandels und seine und agrar- und regionalpolitischen Implikationen.

Weiterführende Literatur

Gramzow, A., Petrick, M. (2006): Public goods and rural development in Poland, in: Floriańczyk, Z., Czapiewski, K. (Hrsg.): Endogenous factors stimulating rural development, European Rural Development Network, Warschau/Polen, S. 33-57.

Petrick, M. (2004): A microeconometric analysis of credit rationing in the Polish farm sector, *European Review of Agricultural Economics, Bd. 31,* S. 77-101.

Petrick, M., Weingarten, P. (Hrsg.) (2004): The role of agriculture in Central and Eastern European rural development: Engine of change or social buffer?, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Bd. 25*, IAMO, Halle (Saale), <http://www.iamo.de/dok/sr_vol25.pdf>.



SCARLED-Projektpartner und Fallstudienländer

Einkommenssicherung durch ländlichen Strukturwandel in der erweiterten EU

JUDITH MÖLLERS, GERTRUD BUCHENRIEDER

Viele ländliche Regionen in der erweiterten EU müssen sich einem tief greifenden Strukturwandel öffnen, um den Anschluss an prosperierende, meist städtisch geprägte Wirtschaftsräume nicht zu verlieren. Dies betrifft sowohl den landwirtschaftlichen Sektor, in dem vielfach kleinbetriebliche Strukturen und eine geringe Produktivität als Hauptprobleme gelten, als auch den außerlandwirtschaftlichen Sektor im ländlichen Raum. Neben "allgemeinen" Problemen vieler ländlicher Räume in der EU haben rurale Gebiete in den neuen Mitgliedstaaten zusätzlich damit zu kämpfen, dass im Zuge der Transformation viele (unrentable) Arbeitsplätze innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft verloren gegangen sind.

Mit diesem für die Zukunft der EU wichtigen Themenfeld beschäftigt sich das international besetzte Forschungsprojekt "Structural Change in Agriculture and Rural Livelihoods" (SCARLED). Dieses im Jahr 2006 im 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union positiv evaluierte Projekt wird vom IAMO koordiniert. Zusammenfassend untersucht SCARLED ländliche Restrukturierungsprozesse und die sozioökonomische Transformation in den neuen Mitgliedstaaten der EU. Ein wichtiges Ziel des über drei Jahre laufenden Projekts ist es, politikrelevante Analysen zu erstellen, die auf aktuellen empirischen Daten basieren. Dafür werden Befragungen landwirtschaftlicher Haushalte in Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowenien und Ungarn durchgeführt. Daneben sollen sich die Politikempfehlungen auch auf Analysen von Erfolgsgeschichten ländlicher Räume in ausgewählten Ländern der EU-15 (Deutschland, Irland, Österreich, Schweden und Spanien) stützen.

Die Beantwortung von drei Forschungsfragen ist im Hinblick auf einen erfolgreichen ländlichen Strukturwandel besonders wichtig: Was sind die Antriebskräfte einer zukunftsorientierten Landwirtschaft und der Entwicklung des außerlandwirtschaftlichen Sektors? Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um die weit verbreitete Subsistenzlandwirtschaft und unterentwickelte horizontale wie auch vertikale Kooperationsbeziehungen zu überwinden? Wie verlaufen die Anpassungsprozesse der Arbeitsallokation auf sektoraler und regionaler Ebene? Diese Fragen müssen geklärt werden, um fundierte Politikempfehlungen ableiten zu können. Sie finden dementsprechend besondere Berücksichtigung im Forschungsdesign von SCARLED. Das IAMO konzentriert sich dabei insbesondere auf die Untersuchung der außerlandwirtschaftlichen Diversifikation sowie der dynamischen Beziehung zwischen Strukturwandel und Charakteristika subsistenzorientierter ländlicher Haushalte. Dabei lässt sich an umfangreiche Vorarbeiten anknüpfen. Der vorliegende Beitrag greift einige dieser Fragen am Beispiel Sloweniens auf.

Strukturwandel im ländlichen Raum der erweiterten EU

Agrarischer Strukturwandel ist gekennzeichnet durch kontinuierliche Veränderungen im Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital. Er äußert sich in einem deutlichen

Wandel der Produktionsstruktur. Innerhalb der Landwirtschaft kommt es zu einer Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte und Betriebe. Bezogen auf die Volkswirtschaft nimmt der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft ab. Gleichzeitig entwickelt sich der Anteil der Landwirtschaft am gesamten Volkseinkommen rückläufig.

Durch die Erweiterung ist nicht nur der Anteil der ländlichen Räume an der Gesamtfläche in der EU-27 auf über 90 % und an der Gesamtbevölkerung auf knapp 60 % gestiegen. Auch der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft ist von 4 % (EU-15) auf 5 % (EU-25) und weiter auf über 7 % (EU-27) angewachsen. Diese Entwicklung unterstreicht die strategische Bedeutung von Politiken, die den Strukturwandel in den ländlichen Räumen der EU unterstützen. Auch wenn sich dieser Strukturwandel permanent vollzieht, ist er jedoch besonders einschneidend in Phasen des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs. Trotz erfolgreicher Entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten bestehen im Hinblick auf verschiedene Struktur- und Entwicklungsindikatoren nach wie vor enorme Unterschiede zu den Ländern der EU-15, aber auch zwischen den neuen Mitgliedstaaten. So lagen dort beispielsweise 2004 die Anteile der in der Landwirtschaft Beschäftigten bei etwas über 4 % in der Tschechischen Republik, aber bei über 30 % in Rumänien. Auch die Betriebsgrößen gestalten sich mit durchschnittlich fünf Hektar in den neuen Mitgliedstaaten vergleichsweise ungünstig. Zwar gibt es einerseits extrem große Betriebe, zahlenmäßig überwiegen jedoch klar die oft teilzeit- und subsistenzorientierten Kleinstbetriebe. Diese kleinbetriebliche Agrarverfassung zusammen mit der niedrigen Produktivität unterstreicht die Dringlichkeit des Strukturwandels. Noch deutlicher wird dies, wenn man sich vor Augen hält, dass etwa vier Millionen Landwirte den Agrarsektor in den neuen

Tabelle 1: Armut und Einkommensungleichheit in den neuen Mitgliedsländern

	BG	CZ	EE	HU	LV	PL	RO	SK	SI
Anteil der Armen	18,2	0,8	19,3	15,4	34,8	18,4	44,5	8,6	0,7
Ländlicher Armutsindex	1,3	1,1	…	1,5	1,4	1,6	1,4	…	…
Gini 1989	20,7	19,8	29,9	23,3	27,4	20,5	15,6	18,3	21,9
Gini 2002	49,3	27,3	36,6	26,7	35,8	35,3	39,1	26,7	30,7

Quelle: WIDER (2006), World Bank (2000).

Anm.: BG=Bulgarien, CZ=Tschechische Republik, EE=Estland, HU=Ungarn, LV=Lettland, LT=Litauen, PL=Polen, RO=Rumänien, SK=Slowakei, SI=Slowenien.

Der Anteil der absolut armen Bevölkerung basiert auf einer US$4,30/Tag-Armutsgrenze. Der ländliche Armutsindex beschreibt das Armutsrisiko; für Werte größer als 1 ist die Armutsinzidenz auf dem Land höher als in städtischen Regionen.

Der Gini-Koeffizient ist eine Maßzahl für die Einkommensverteilung. Er kann Werte zwischen Null und 100 % annehmen, wobei die Einkommen gleichverteilt sind bei Gini- Koeffizienten nahe Null.

Mitgliedstaaten verlassen müssten, damit zumindest die Hälfte der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität der alten EU-15 erreicht werden könnte. Dafür ist in erster Linie die Entwicklung des außerlandwirtschaftlichen ruralen Arbeitsmarktes notwendig, der aus der Landwirtschaft ausscheidende landwirtschaftliche Familienmitglieder aufnehmen muss, wenn es nicht zu einer massiven Landflucht kommen soll.

Die wirtschaftlichen Probleme im ländlichen Raum der neuen Mitgliedstaaten spiegeln sich auch in den Pro-Kopf-Einkommen wider. Gemessen in Kaufkraftparitäten variiert das Pro-Kopf-Einkommen für 2004 zwischen 30 % in Bulgarien und 79 % in Slowenien verglichen mit dem Durchschnitt aller Länder der EU-25 (EU-25 = 100 %). Die EU-15 erreicht im Durchschnitt 109 %. Die Armutsraten liegen dabei in ländlichen Regionen deutlich über den nationalen Durchschnittswerten (Tabelle 1).

Da im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung die Bedeutung der Landwirtschaft für produktive Beschäftigung abnimmt, hat der außerlandwirtschaftliche Sektor eine Schlüsselfunktion für eine erfolgreiche ländliche Entwicklungspolitik. Die europäische Politik zur Entwicklung ländlicher Räume richtet sich deshalb nicht mehr nur auf den landwirtschaftlichen Sektor, sondern sieht den ländlichen Raum in seiner Vielfalt, die auch die außerlandwirtschaftliche Beschäftigung einschließt.

Strukturstau im ländlichen Raum steht in engem Zusammenhang zu Hofnachfolgeentscheidungen, dem Austritt aus der Landwirtschaft sowie ganz allgemein zu Entscheidungen über die intersektorale Allokation des Produktionsfaktors Arbeit. Diese Haushaltsentscheidungen wiederum werden stark von sozioökonomischen Variablen wie dem Bestand an Arbeitskräften und dem institutionellen Umfeld bestimmt.

Pluriaktivität und Strukturwandel im ländlichen Raum Sloweniens

Einige dieser Aspekte, insbesondere der Austritt aus der Landwirtschaft und intersektorale Arbeitsallokationsentscheidungen, analysiert eine der Arbeiten, auf denen SCARLED aufbaut. Sie beschäftigt sich mit den beiden slowenischen Regionen Gorenjska und Pomurska.

Die dort vorgefundene Situation zeigt deutliche Anzeichen eines Strukturstaus. Mehr als die Hälfte von 100 befragten landwirtschaftlichen Haushalten gibt an, innerhalb der nächsten fünf Jahre keine Änderung im Hinblick auf ihre landwirtschaftlichen Betriebe zu planen. Dies bedeutet, dass ein Status quo beibehalten wird, der auf klein strukturierter Zu- und Nebenerwerbslandwirtschaft beruht. Knapp ein Drittel will den landwirtschaftlichen Betrieb vergrößern, was jedoch aufgrund der Bodenmarktsituation nicht immer leicht zu realisieren ist. Ein verschwindend geringer Anteil von 4 % der Haushalte will dagegen die Landwirtschaft zugunsten von außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten oder aus Altersgründen ganz aufgeben. Die Unterscheidungsmerkmale zwischen Haushalten, die keine Änderungen vornehmen wollen und solchen, die ihre landwirtschaftlichen Tätigkeiten ausdehnen wollen, wurden anhand einer binomialen logistischen Regression ermittelt. Es ergibt sich dabei ein recht eindeutiges Bild. Eine Zukunft mit Schwerpunkt in der Landwirtschaft streben Haushalte mit einer besonders positiven Einstellung zur Landwirtschaft, eher jüngeren Betriebsleitern und vorhandenem landwirtschaftlichen Fachwissen an. Ihre landwirtschaftlichen Arbeitserlöse liegen höher als in der Vergleichsgruppe. Auch eine gute Infrastrukturanbindung macht eine Betriebsvergrößerung wahrscheinlicher.

Tabelle 2: Beschäftigungsstatus und Zukunftsstrategien der Familienmitglieder in Slowenien

Gegenwärtiger Beschäftigungsstatus	Zukunftsstrategie (1)	(2)	(3)	Gesamt (Personen)
(1) Außerlandwirtschaftlich tätig	17 (89,5 %)	2 (10,5 %)	0 (0,0 %)	19
(2) Pluriaktiv tätig	58 (50,0 %)	46 (39,7 %)	12 (10,3 %)	116
(3) Landwirtschaftlich tätig	41 (30,6 %)	22 (16,4 %)	71 (53,0 %)	134
Gesamt	116 (43,1 %)	70 (26,0 %)	83 (30,9 %)	269

Quelle: Möllers (2006).

Anm.: 1 = außerlandwirtschaftliche Tätigkeit, 2 = Kombination von landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten (pluriaktiv), 3 = landwirtschaftliche Tätigkeit.

Nicht nur Entscheidungen über die Zukunft der Betriebe, sondern auch über persönliche Arbeitsallokationsstrategien einzelner Haushaltsmitglieder sind zu treffen. Drei mögliche Wege lassen sich dabei unterscheiden: Die Durchführung landwirtschaftlicher, außerlandwirtschaftlicher oder kombinierter Tätigkeiten inner- und außerhalb der Landwirtschaft (siehe Tabelle 2). Letzteres wird hier als Pluriaktivität bezeichnet. In einem solchen Fall übt eine Person mehrere einkommensschaffende Tätigkeiten aus. Insgesamt wurden von 269 wirtschaftlich aktiven Familienmitgliedern Daten erhoben. Im Gegensatz zur betrieblichen Betrachtung besteht hier eine klare Tendenz zum Rückgang landwirtschaftlicher und kombinierter Tätigkeiten, während außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten zunehmen. Dabei ist die Zahl der befragten Personen, die ausschließlich im außerlandwirtschaftlichen Sektor arbeiten, sehr gering. Eine Erklärung hierfür ist die starke Verbreitung des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs. Es handelt sich dabei oft eher um Hobbytätigkeiten, die nur in geringem Umfang zum Haushaltseinkommen beitragen. Aus der großen Gruppe derjenigen, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der Landwirtschaft arbeiten, wollen knapp 40 % ihren Beschäftigungsstatus, also die Pluriaktivität, beibehalten. Die Hälfte der pluriaktiven Personen will dagegen mittelfristig landwirtschaftliche Tätigkeiten aufgeben und etwa 10 % haben vor, sich umgekehrt aus ihrer Tätigkeit im außerlandwirtschaftlichen Sektor zurückzuziehen. Die Gruppe der Vollzeitlandwirte will zu über 50 % auch weiterhin ausschließlich in der Landwirtschaft arbeiten. Etwa 16 % planen, ihre Einkommen durch zusätzliche außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten zu ergänzen, und etwa 30 % sehen keine Zukunft in der Landwirtschaft und wollen im außerlandwirtschaftlichen Sektor tätig werden.

Fazit

Ohne Zweifel nimmt innerhalb der EU und dabei auch in ihren neuen Mitgliedstaaten die Bedeutung außerlandwirtschaftlicher Beschäftigung für den Wohlstand in ländlichen Regionen zu.

Die Herausforderung für die Politik ist es, ein Umfeld zu schaffen, in dem die ländlichen Wirtschaftsräume restrukturiert werden können und betroffene Bevölkerungsgruppen in und außerhalb der Landwirtschaft gleichermaßen profitieren. In Slowenien ist es besonders die enge Beziehung der ländlichen Bevölkerung zu landwirtschaftlichen Tätigkeiten, die zu einer Verfestigung der Nebenerwerbsstruktur führt, damit die Wettbewerbsfähigkeit von Vollerwerbsbetrieben einschränkt und den Strukturwandel hemmt. In vielen anderen der neuen Mitgliedstaaten spielt dagegen in diesem Zusammenhang die Subsistenzlandwirtschaft eine wichtige Rolle. Die Produktion für den Eigenbedarf bietet ländlichen Haushalten zumindest ein Minimum an Sicherheit hinsichtlich ihrer Lebensgrundlage.

Kleinbauern in Polen

Andererseits ist es gerade die versteckte Arbeitslosigkeit in der Subsistenzlandwirtschaft, die eine sektorale Arbeitsreallokation notwendig macht. Förderpolitiken sollten einen kontinuierlichen Strukturwandel des Agrarsektors unterstützen sowie eine fortschreitende Entstehung außerlandwirtschaftlicher Beschäftigung im lokalen und regionalen Sekundär- und Dienstleistungssektor. SCARLED untersucht diesen Themenbereich in den neuen Mitgliedstaaten empirisch. Dabei soll auch auf die positiven Erfahrungen mit der Entwicklung ausgewählter ländlicher Regionen in mehreren Ländern der EU-15 zurückgegriffen werden.

Weiterführende Literatur

Baum, S, Weingarten, P. (2005): Interregionale Disparitäten und Entwicklung ländlicher Räume als regionalpolitische Herausforderung für die neuen EU-Mitgliedstaaten, *Agrarwirtschaft, 54*, S. 210-224.

Möllers, J. (2006): Außerlandwirtschaftliche Diversifikation im Transformationsprozess. Diversifikationsentscheidungen und -strategien ländlicher Haushalte in Slowenien und Mazedonien, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe*, *Bd. 35,* IAMO, Halle (Saale), <http://www.iamo.de/dok/sr_vol35.pdf>.

SCARLED-Projekt (2007): <http://www.scarled.eu>.

Geht es auch ohne Subventionen? Mögliche Folgen für die europäische Landwirtschaft

KATHRIN HAPPE, ALFONS BALMANN

Angenommen, die Direktzahlungen an die Landwirtschaft hörten von heute auf morgen auf, was würde passieren? Diese Frage ist spätestens seit den letzten EU-Haushaltsverhandlungen aktuell. Sogar der vormals sicher geglaubte und stetig steigende Finanzrahmen für die ländliche Entwicklung ist kein unantastbares Gut mehr. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die zukünftigen Beitrittsrunden aus dem vorhandenen Budget bestritten werden müssen. Zwangsläufig bedeutet dies eine Kürzung der bisherigen Zahlungen. Auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat in einem Gutachten diese Entwicklungen aufgegriffen und angeregt, die bisherigen Grundlagen der Agrarpolitik zu überdenken. Demnach ist die gegenwärtige Agrarpolitik nur noch schwer zu rechtfertigen. Auch ein weiteres Drehen an Stellschrauben könne die über Jahrzehnte gewachsenen Verteilungswirkungen der Politik nicht ausbessern, höchstens auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit. Ferner fordert der Beirat Klarheit in Bezug auf eine grundlegende Umgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). All das deutet in dieselbe Richtung: Das System der Einkommensstützung und Ausgleichszahlungen steht zur Disposition.

Jedoch, würde die Landwirtschaft dadurch als Ganzes bedroht? So schmerzlich diese Frage ist, sie ist es wert, genauer untersucht zu werden. Schließlich spricht nichts dafür, dass jeder einzelne Landwirt von einer Rückführung oder gar Abschaffung der Direktzahlungen in gleicher Art und Weise negativ betroffen wäre. Die heutige Landwirtschaft in der erweiterten EU wie auch in Deutschland ist extrem heterogen. Standort- und Größenunterschiede, ein differierender Zugang zu den Produktionsfaktoren Boden und Kapital, die Ausrichtung der Produktion und nicht zuletzt die sehr weit variierende Managementfähigkeiten der Betriebsleiter tragen maßgeblich dazu bei. Hinsichtlich eines drastischen Subventionsabbaus unterscheiden sich deshalb die Ausgangspositionen einzelner Betriebe und Betriebsgruppen erheblich.

Gerade, weil eine Landwirtschaft ohne Subventionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die Realität ist, lohnt es sich, eine Reihe von Gedankenexperimenten durchzuführen, um mehr Transparenz in die Diskussion zu bringen. Simulationsexperimente können solchen gedanklichen Planspielen eine fundierte Basis geben. Ein computergestütztes Simulationsmodell, wie z.B. AgriPoliS, erlaubt es, die Wirkungen unterschiedlicher Politiken für verschiedene Agrarstrukturen zu testen. Bereits jetzt lässt sich sagen, dass unter ökonomischen Gesichtspunkten nicht alle Landwirte Angst vor einem solchen Szenario haben müssen. Einige Betriebe können selbstbewusst in die Zukunft blicken. Allerdings gibt es auch Verlierer, die man recht eindeutig identifizieren kann.

Nehmen wir also eine hypothetische Agrarstruktur an, wie sie in Tabelle 1 beschrieben ist. Die Struktur kommt in Grundzügen westdeutschen Verhältnissen nahe. Sie ist geprägt von Familienbetrieben und einer großen Anzahl kleinerer Nebenerwerbsbetriebe.

Tabelle 1: Ausgewählte Strukturkennzahlen nach Größenklassen unter den Bedingungen der Agenda 2000

Kennzahlen	Nebenerwerb	Haupterwerb / größerer Nebenerwerb			Gesamt
	Klasse I	Klasse II	Klasse III	Klasse IV	
		Kleinere	Mittlere	Größere	
	< € 19.200	€ 19.200 - € 48.000	€ 48.200 - € 120.000	> € 120.000	
Betriebsfläche (% von Gesamt)	16.7 %	36.8 %	41.9 %	4.6 %	100.0 %
Wertschöpfung (% von Gesamt)	9.3 %	31.8 %	51.3 %	7.7 %	100.0 %
Pachtflächenanteil (% der LF)	26.8 %	30.9 %	38.6 %	56.7 %	31.9 %
Pachtausgaben (€/ha)	216	271	436	457	356
Grundrente* (€/ha)	-371	-190	156	300	-61
Anteil Haupterwerb (% je Klasse)	0.0 %	60.6 %	100.0 %	100.0 %	50.5 %

Quelle: Eigene Darstellung.

*Anm.: * Grundrente berechnet als Residualentlohnung des Bodens unter Berücksichtigung der kalkulatorischen Kosten für Arbeit und Kapital.*

Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Betriebe ist gemischt, wobei in unserem Fall die größeren Betriebe ihren Schwerpunkt in der Veredlungsproduktion haben. Andere Subventionen, wie z.B. Investitionsbeihilfen oder Kapitalsubventionen, seien ausgeklammert; es gibt ausschließlich Direktzahlungen. Mit Blick auf die Ausgangsposition für eine Landwirtschaft ohne Direktzahlungen ist eine Klassifizierung in Größenklassen entsprechend der von den Modellbetrieben erwirtschafteten Wertschöpfung hilfreich. Die Klassifizierung ist angelehnt an das System der Europäischen Größeneinheiten. Wir unterscheiden dabei je nach Höhe der Wertschöpfung vier Klassen:

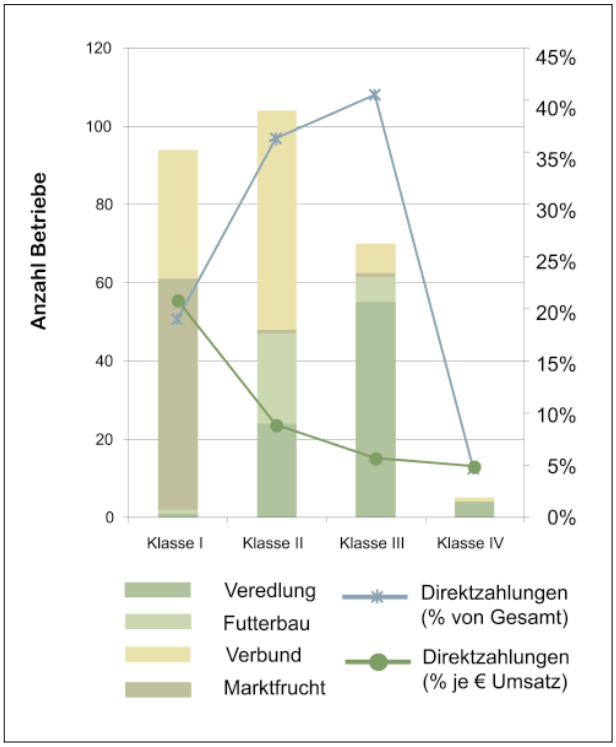
- Klasse I: Wertschöpfung kleiner € 19 200;
- Klasse II: Wertschöpfung € 19 200 - € 48 000;
- Klasse III: Wertschöpfung € 48 000 - € 120 000;
- Klasse IV: Wertschöpfung größer € 120 000.

Auch wenn die absoluten Direktzahlungen an größere Betriebe höher sind, so liegen die Direktzahlungen pro Euro Umsatz bei kleineren Betrieben deutlich höher (Abbildung 1). So erhalten Betriebe der Wertschöpfungsklasse I im Durchschnitt 20 % der gesamten Direktzahlungen. Jedoch ist der Anteil der Direktzahlungen je Euro Umsatz in Höhe von 20 % hoch im Vergleich zu Betrieben der Wertschöpfungsklasse III. Letztere erhalten 40 % des gesamten Kuchens, doch ist der Anteil der Direktzahlungen bei diesen Betrieben je Euro Umsatz mit 5 % eher gering. Zugleich liegt der durchschnittliche Pachtpreis der größeren Betriebe mit 436 € je Hektar aufgrund des höheren Anteils an Veredlungsbetrieben und der damit verbundenen Nachfrage nach Boden erheblich über dem der kleineren Betriebe, die in der Wertschöpfungsklasse I im Durchschnitt 216 € je Hektar bezahlen (Tabelle 1). Ferner verfügen größere und große Betriebe über relativ mehr Pachtfläche und

erwirtschaften eine erheblich höhere Grundrente trotz deutlich höherer Pachtpreise (Tabelle 1). Im Beispiel beträgt der Unterschied zwischen der durchschnittlichen betrieblichen Grundrente je Hektar zwischen den Wertschöpfungsklassen I und III rund 520 € je Hektar.

Mit Blick auf einen Prämienabbau scheinen vor allem effizient wirtschaftende Betriebe eine vorteilhaftere Ausgangsposition zu haben. Sie erzielen eine hohe Grundrente und decken lediglich einen kleineren Teil ihres Einkommens durch Direktzahlungen. In erster Linie sind das Veredlungsbetriebe, die Preisrisiken auch gewohnt sind. Sie haben gelernt, sich darauf einstellen. Geht man davon aus, dass weniger effiziente Betriebe aus der Produktion aussteigen, so bietet ein Politikwechsel den effizienteren Wachstumschancen. Ferner würde ein Wegfall der Direktzahlungen die Überwälzungseffekte auf die Bodenpreise abschwächen. Insbesondere Wachstumsbetriebe mit einem hohen Anteil Pachtflächen könnten dadurch einen Subventionsabbau wesentlich kompensieren. Allerdings muss die zeitliche Dimension beachtet werden, denn die Anpassung der Pachtpreise geschieht sukzessive entsprechend bestehender vertraglicher Bindungen.

Abbildung 1: Betriebe nach Wertschöpfungsklassen und Ausrichtung



Quelle: Eigene Darstellung.

Die folgenden Simulationsrechnungen sollen das eben skizzierte Szenario überprüfen. Um die Ergebnisse besser einschätzen zu können, sind die folgenden Informationen wichtig:

- Sämtliche betrachteten Betriebe in der Simulation maximieren ihr Haushaltseinkommen, also die Summe aus landwirtschaftlichem und außerlandwirtschaftlichem Einkommen. Entscheidungen basieren ausschließlich auf ökonomischen Gesichtspunkten.
- Pachtverträge haben eine Laufzeit zwischen acht und zehn Jahren und können erst nach dieser Zeit neu verhandelt werden, es sei denn, dass ein Betrieb vorzeitig aus der Produktion aussteigt.
- Für Anlagen und Maschinen gibt es keine alternativen Verwendungsmöglichkeiten, so dass diese nicht in die Kalkulation der Betriebe über eine Fortführung des Betriebes mit eingehen (sog. ‚versunkene Kosten'). Das heißt gleichzeitig, dass manche Betrieben gezwungen sind, weiter zu wirtschaften, was wiederum zu verringerten Wachstumsperspektiven bei anderen Betrieben führt.

Tabelle 2: Betriebe, die den Strukturwandel um mindestens 5 Jahre überleben

Kennzahlen	Nebenerwerb	Haupterwerb / größerer Nebenerwerb			Gesamt
	Klasse I	Klasse II	Klasse III	Klasse IV	
		Kleinere	Mittlere	Größere	
	< € 19.200	€ 19.200 - € 48.000	€ 48.200 - € 120.000	> € 120.000	
Betriebe vor Politikwechsel	94	104	70	5	273
davon haben					
... den Politikwechsel überlebt	54 %	72 %	77 %	100 %	68 %
... davon den Politikwechsel in derselben Klasse überlebt	22 %	63 %	13 %	40 %	36 %

Quelle: Eigene Darstellung.

Konkret untersuchen wir ein Szenario, in dem ein radikaler Politikwechsel von der Ausgangssituation Agenda 2000 hin zu einer Landwirtschaft ohne Direktzahlungen simuliert wird. Welche Betriebe überstehen den Politikwechsel? Welches sind die spezifischen Voraussetzungen? Aufschluss darüber gibt Tabelle 2. Relativ mehr größere als kleinere Betriebe überleben den Strukturwandel. Von den Betrieben in Wertschöpfungsklasse I überleben 54 %. In Wertschöpfungsklasse III sind es dagegen 77 %. Allerdings gibt es auch Wanderungsbewegungen zwischen den Klassen. Insgesamt haben 36 % aller überlebenden Betriebe den Strukturwandel in derselben Klasse bewältigt. Konkret heißt das: Nicht alle Betriebe, die vor dem Politikwechsel als klein und weniger überlebensfähig eingestuft waren, fallen dem Wegfall der Beihilfezahlungen zum Opfer. Diese Betriebe haben sich an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

Auch die Märkte, und insbesondere der Bodenmarkt, reagieren auf den Subventionsabbau, z.B. durch geringere Pachtpreise. Unsere Simulationen zeigen, dass über einen Zeitraum von fünf Jahren nach dem Politikwechsel der durchschnittliche Pachtpreis auf gut die Hälfte sinkt (Abbildung 3). Allerdings ist zu beachten, dass sich Betriebe aufgrund bestehender Pachtverträge mit fixen Vertragslaufzeiten nicht sofort an die politischen Rahmenbedingungen anpassen können. Für Betriebe mit bestehenden Verträgen bedeutet ein Subventionsabbau somit eine zusätzliche Belastung bis zur Neuverhandlung der Flächen.

Was bedeuten diese Ergebnisse übertragen auf die heutige Landwirtschaft? Wählt man einen ähnlichen streng ökonomischen Blickwinkel wie in den Simulationen, so zeichnen sich folgende Kernaussagen ab:

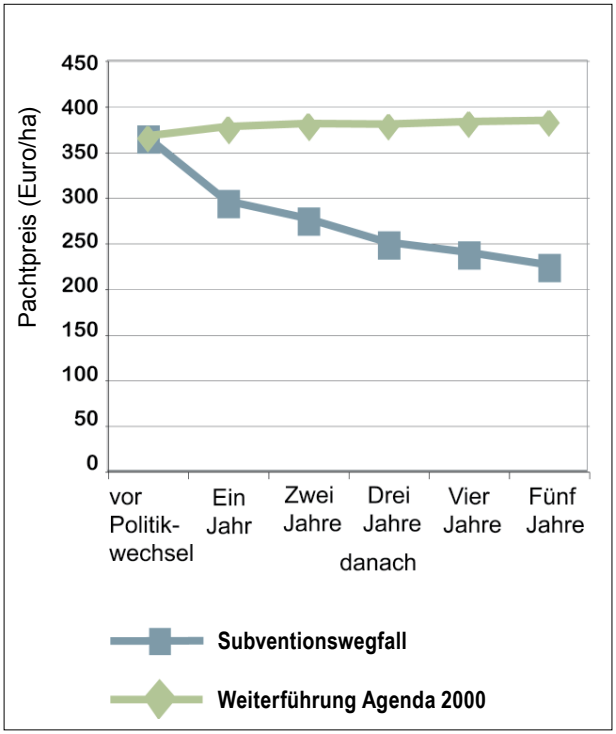
- Je größer die Abhängigkeit von Direktzahlungen in der Vergangenheit gemessen an den Zahlungen pro Euro Umsatz,

desto stärker wirkt ein Subventionsabbau. Berücksichtigt man, dass in Veredlungsregionen dieses gerade kleinere, an der Grundrente gemessen eher ineffiziente Betriebe sind, so erfordert ein radikaler Politikwechsel immense Anpassungsreaktionen, um zu überleben. Diese werden dadurch geschmälert, dass diese Betriebe (a) durch den geringeren Anteil an Pachtland relativ weniger von einem Rückgang der Pachtpreise in Folge des Subventionsabbaus profitieren und (b) sich aufgrund früher getätigter Investitionen auf eine Betriebsausrichtung festgelegt haben, die nur schwer zu verlassen ist. Eine Option für diese Betriebe ist es, sich möglichst breit auszurichten und zusätzliche alternative Einkommensquellen zu erschließen.

- Wesentlich besser stehen solche Betriebe da, die von dem verstärkten Strukturwandel in Folge eines radikalen Politikwechsels direkt profitieren können. Dieses sind die wachstumsorientierten Betriebe, die bereits in der Ausgangssituation relativ politikunabhängig gewirtschaftet haben und durch einen hohen Pachtanteil direkt von den geringeren Pachtpreisen profitieren können. Hier ist zu beachten, dass vor dem Politikwechsel eingegangene vertragliche Bindungen flexibel genug sind, damit sie gegebenenfalls angepasst werden können.

Auch wenn das Simulationsmodell die großen Linien der zukünftigen Entwicklung bei Abschaffung der Direktzahlungen verdeutlicht, werden die Entwicklungen in der Realität nicht so klar und eindeutig verlaufen, wie es die Experimente zeigen. Friktionen, z.B. durch Gesetze und Verordnungen oder die Erschließung alternativer Erwerbsmöglichkeiten, wirken ebenfalls auf die Anpassung. Zudem befindet sich ein großer Teil der Landwirte sowohl in der hypothetischen Modellwelt wie auch

Abbildung 2: Vergleich der Pachtpreise bei Weiterführung der Agenda 2000 und bei einem radikalen Subventionsabbau



Quelle: Eigene Darstellung.

in eher klein strukturierten realen Regionen in einer Subventionsfalle. Sie sind auf Beihilfen angewiesen, um überhaupt zu produzieren, allerdings hat aber gerade die Agrarpolitik der Vergangenheit die Betriebe in eine solche Situation gebracht. Mitunter können bestimmte Kompensationszahlungen deshalb gerechtfertigt werden. Allerdings muss die Begründung dafür transparent gemacht werden.

Getreidelager in der Nähe von Kavanas (Bulgarien)

Geschäftsbeziehungen und Kommunikation in den Wertschöpfungsketten der europäischen Ernährungswirtschaft: Eine Analyse zentraler Einflussfaktoren

MIROSLAVA BAVOROVÁ

Die Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU bedeuten eine Reduktion der Marktinterventionen und eine weitere Liberalisierung der Agrarmärkte. Damit die Effizienz, Konkurrenzfähigkeit und Nachhaltigkeit der Wertschöpfungsketten für Agrarprodukte erhalten bleiben, müssen die Akteure innerhalb der Ketten auf die Veränderungen ausreichend vorbereitet sein. So stellt die verstärkte Koordination zwischen den Produzenten, Verarbeitern und Verteilern eine der Möglichkeiten dar, die Reform als Chance für die nachhaltige Entwicklung der Unternehmen und ihrer Beziehungen zu den Konsumenten zu nutzen.

Die ökonomischen Beziehungen lassen sich insbesondere durch ein angepasstes Management innerhalb und zwischen den einzelnen Stufen einer jeden Wertschöpfungskette verbessern. Ein wesentlicher Faktor hierfür ist der Informationstransfer zwischen den Beteiligten. Um bei sich immer internationaler gestaltenden Märkten die sozialen, ökonomischen sowie kulturellen Faktoren zu identifizieren, die Einfluss auf die Kommunikation und Koordination in den europäischen Lebensmittelketten ausüben, ist eine länderübergreifende Untersuchung notwendig. Dieser Aufgabe stellt sich das von der Europäischen Kommission finanzierte Forschungsprojekt "Key factors influencing economic relationships and communication in European food chains" (FOODCOMM). Das auf drei Jahre ausgerichtete Projekt, welches sieben Partner in sechs EU-Ländern bearbeiten, startete im März 2005. Vorrangiges Ziel ist die Formulierung von agrar- und ernährungspolitischen Empfehlungen für die Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Lebensmittelketten in der Europäischen Union. Je nach Bedeutung der Lebensmittelketten für ein Land wurden folgende Ketten für die Analyse ausgewählt: Rind zu Rindfleisch (Irland, Polen, UK), Schwein zu Schweinefleisch oder zu Schweinefleischerzeugnissen (Finnland, Deutschland, Irland, Polen, Spanien), Gerste zu Bier (Deutschland, UK) und Getreide zu Brot (Finnland, Deutschland, Spanien). Dieser Artikel stellt die ersten Ergebnisse des Projektes dar, die auf einer Literaturrecherche und auf Experteninterviews basieren.

Geschäftsbeziehungen

Die Beziehungen in den untersuchten Ketten variieren zwischen hoch fragmentierten Spotmärkten über hybride Formen der Beziehungen bis zur vollständigen vertikalen Integration, d. h. die Übernahme von vor- oder nachgelagerten Betrieben in ein Unternehmen. Eine Reihe ökonomischer, politischer, technologischer, sozialer und kultureller Faktoren beeinflusst dabei die Form der Geschäftsbeziehungen. Auf dem Spotmarkt, wo Güter oder Dienstleitungen unmittelbar zu gängigen Marktpreisen ausgetauscht werden, ist die jeweilige Identität der Parteien unwichtig. Spotmärkte herrschen bei der Vermarktung homogener Güter vor, also vor allem in den Beziehungen zwischen Landwirten und Erstverarbeitern, wie z. B. in Deutschland in der Wurst- und Bierkette sowie in der britischen Rindfleischkette. Landwirte

sind meistens erst dann bereit, in engere Vertragsbeziehungen einzutreten, wenn ihre Produktion eine hohe Investition in spezifische Produktionsmittel notwendig macht und für sie die Notwendigkeit besteht, bei fehlenden alternativen Absatzwegen dem Risiko opportunistischen Verhaltens durch die Abnehmer vorzubeugen (Preisminderung, Abnahmeverweigerung). In den meisten Ketten, in denen Produkte mit spezifischen Eigenschaften oder Qualitäten produziert werden, wie z. B. Getreide für Babynahrung, sind die Beziehungen daher enger und intensiver. Vertragslandwirtschaft auf Basis eines rechtlich durchsetzbaren Kontraktes, der alle oder zumindest die wichtigsten Verpflichtungen jeder Partei definiert, überwiegt in der irischen und finnischen Schweineproduktion. Durch Kontrakte mit Landwirten sichern sich die Schlachthöfe termingerechte feste Liefermengen. Die Landwirte profitieren, indem sie durch Verträge eine Absatzgarantie erhalten.

Eine wichtige Rolle für die Vermarktung der Produktion der Agrarbetriebe in Richtung der nachgelagerten verarbeitenden Stufe kommt den Zwischenhändlern zu. Deren Bedeutung variiert in den untersuchten Ländern und zwischen den Produkten. In der deutschen Brotkette übernehmen in den meisten Fällen die Zwischenhändler wie Raiffeisengenossenschaften oder private Händler die Trocknung, Reinigung und Lagerung des Weizens. Deswegen vermarkten insbesondere kleine Landwirte und diejenigen ohne Lagerungsmöglichkeit ihre Erzeugnisse über Zwischenhändler. Auch in der polnischen Fleischkette spielen im Übergang von der landwirtschaftlichen Produktionsstufe hin zu den Verarbeitern Zwischenhändler eine wichtige Rolle. Sie vermarkten auf dieser Stufe 60-70 % des Umsatzes in der Schweinefleischkette sowie 55 % in der Rindfleischkette. Dieser hohe Zwischenhändleranteil ist vor allem auf die kleinbetriebliche Agrarstruktur zurückzuführen. Zwischenhändler sorgen in diesem Fall für eine kontinuierliche und ausreichende Versorgung der Fleischverarbeiter mit dem Rohstoff Fleisch. Der Erzeugerpreis für die Landwirte richtet sich dabei nach dem Lebendgewicht und hängt nicht mit dem Klassifikationssystem für Fleisch nach der Schlachtung zusammen. Folglich ist der Landwirt kaum motiviert, eine hohe Fleischqualität zu produzieren. Im Gegensatz hierzu wird aber der Zwischenhändler nach Qualität, gemessen am Klassifikationssystem, bezahlt. In der irischen Schweinekette sowie der britischen Rindfleischkette spielen Zwischenhändler für die Austauschbeziehungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern und Schlachtereien keine wichtige Rolle. Da Tierproduzenten mit großen Kapazitäten überwiegen, entfällt die konsolidierende Funktion der Zwischenhändler für die Fleischversorgung der weiterverarbeitenden Schlachtbetriebe.

Die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Weiterverarbeitungsstufen sind in der Regel fester als zwischen Landwirten und Erstverarbeitern. Die Gründe hierfür sind technologischer sowie ökonomischer Art und hängen mit der ausgeprägteren Qualitätsorientierung innerhalb der Stufe der Lebensmittelindustrie bzw. der Weiterverarbeiter zusammen. Durch die zunehmende Differenzierung landwirtschaftlicher Produkte und immer anspruchsvollere Konsumenten hat der Bedarf an Kommunikation und Zusammenarbeit innerhalb der Lebensmittelketten während der letzten Jahre kontinuierlich zugenommen. So lässt sich z. B. in der deutschen Brotkette eine immer engere Kooperation zwischen Mühlen und Bäckereien beobachten. Die Bäckereien benötigen spezielle Mehlqualitäten mit spezifischen Eigenschaften, um differenzierte Backwaren von hoher Qualität produzieren zu können. Hinzu

kommt, dass insbesondere industrielle Hochkapazitätsbäckereien einen enormen Bedarf an Mehl haben und Zulieferer eine sichere Versorgung garantieren müssen. Zulieferer sollen demnach ein hohes Maß an Flexibilität aufweisen, um auf Veränderungen im Verbrauch möglichst schnell reagieren zu können. Die wachsenden Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit lassen die Kosten für Informationsbeschaffung und Überwachung steigen. Bei längerfristigen Vertragsbeziehungen liegen diese Kosten niedriger verglichen zu einmaligen Transaktionen.

Die Geschäftsbeziehungen zwischen Verarbeitern und Lebensmitteleinzelhandelsketten sind meistens streng formalisiert und durch umfassende schriftliche Verträge geregelt. Dabei spielt für die Vertragsgestaltung nicht nur der Preis, sondern auch die Produktqualität und die Kontinuität der Belieferung eine wichtige Rolle. Des Weiteren fordert der Einzelhandel oft Informationen über die Zulieferer, um den Weg der Produkte quasi "bis in den Stall" zurückverfolgen zu können. Hinzu kommt, dass der Handel die Entwicklungen der Verbraucherpräferenzen zusehends genau beobachtet und seine Erkenntnisse an die vorgelagerten Zulieferer weiterleitet. In den meisten Lebensmittelketten liegt die Marktmacht dabei in den Händen des Einzelhandels, der somit die Vertragsbedingungen über die ganze Kette hinweg direkt und indirekt in entscheidender Weise bestimmt.

Kommunikation

Durch die GAP-Reform reduziert sich die Marktstützung für landwirtschaftliche Produkte. Marktkräfte wirken somit verstärkt und in Zukunft noch weiter zunehmend auf den landwirtschaftlichen Sektor in den EU-Mitgliedsländern ein. Folglich wird das Einkommen der Landwirte immer mehr von ihrer Fähigkeit abhängen, die Anforderungen des Lebensmittelhandels zu erfüllen. Schließlich verfügt der Lebensmittelhandel über die Marktmacht in den meisten Lebensmittelketten. Gleichzeitig ist er auf seinen Absatzmärkten aufgrund der dominierenden Position der Konsumenten einem enormem Wettbewerbsdruck bei engen Gewinnmargen ausgesetzt (Stichwort Käufermarkt). Somit müssen die Landwirte nicht nur die Anforderungen der direkten Abnehmer, sondern auch die des Lebensmittelhandels erfüllen. Dies erfordert eine Intensivierung des Informationsaustauschs entlang der gesamten Lebensmittelkette.

Auch steigende Anforderungen an die Lebensmittelqualität und Rückverfolgbarkeit machen einen Austausch von großen Informationsmengen über die gesamte Lebensmittelkette hinweg notwendig. Hierfür müssen alle Produktionsstufen in der Lebensmittelkette, die Landwirte inbegriffen, mit moderner Kommunikationstechnik ausgestattet werden. Dies ist mit einem hohen Kostenaufwand für alle Beteiligten verbunden. Da die Kosten für die Kommunikationstechnik nicht direkt proportional von der Betriebsgröße abhängen, steigt der Aufwand an Informationskosten für kleine Betriebe überproportional an. Im Bereich der Kommunikation liegen somit gegenwärtig in Europa eindeutige betriebliche "economies of scale" vor.

Je nach Land und Lebensmittelkette ließen sich unterschiedliche Kommunikationsmedien als dominant feststellen. Hinzu kommt die wechselnde Bedeutung verschiedener Kommunikationsmedien zwischen den Stufen einer Kette. Im Übergang von der Produktionsstufe der Landwirte zu den Zwischenhändlern oder Erstverarbeitern vollzieht sich die Kommunikation vorwiegend durch das direkte persönliche Gespräch und wird das Telefon stark genutzt. In den nachgelagerten Stufen der Kette, mit immer mehr formalisierten Beziehungen, kommen

vermehrt Medien wie E-Mail, Internet, Extranet sowie EDI zum Einsatz. Eine Verbreitung dieser Medien, die den Informationsaustausch vereinfachen, beschleunigen und verbilligen, wird für die nahe Zukunft auf allen Stufen der Lebensmittelkette erwartet. Die Nutzung eines Kommunikationsmittels hängt dabei auch von der Größe des Unternehmens ab, wobei kleine Betriebe ein persönliches Gespräch oder Telefongespräch bevorzugen. Dies ließ sich insbesondere in der polnischen Schweinefleischkette beobachten und hängt auch damit zusammen, dass kleine landwirtschaftliche Betriebe in Polen unzureichend mit Kommunikationsmedien ausgestattet sind. Dagegen mangelt es den großen Betrieben nicht an moderner Kommunikationstechnik, was den Austausch von umfangreichen Informationen deutlich vereinfacht.

Eines der größten Probleme, das mangelnde Kommunikation mit sich bringt, ist die unzureichende Übertragung von Marktsignalen innerhalb der Kette. Eine gute Kommunikation in der Kette über Qualitäten und Preisen trägt auch zum vermehrten Vertrauen zwischen den Partnern bei. Das Vertrauen zwischen den Kettenmitgliedern ist einer der wichtigsten Faktoren für die Qualität der Beziehungen in der Lebensmittelkette.

Es konnte festgestellt werden, dass mangelndes Vertrauen insbesondere auch auf sehr starken Wettbewerb zurückzuführen ist, bei dem alle Mitglieder der Lebensmittelkette um eine sehr enge Gewinnspanne konkurrieren müssen. Dies ließ sich für die britische Rindfleischkette, die irische Schweinefleischkette sowie die deutsche Bierkette nachweisen. Mangelndes Vertrauen kann auch aufgrund fehlender Transparenz bezüglich der Anforderungen an die Produktqualität und daraus resultierenden für die Landwirte kaum kalkulierbaren preislichen Konsequenzen entstehen, wie es in der irischen und deutschen Kette für Schweinefleisch der Fall ist. Auch die Fragmentierung der landwirtschaftlichen Produktion, wie sie z. B. in der spanischen Brotkette vorkommt, wirkt sich eher negativ auf die Zunahme von Vertrauen in den Lieferbeziehungen aus.

Eine weiter vertiefende Analyse sowohl der Lieferbeziehungen als auch der Kommunikation in den europäischen Lebensmittelketten ist durch eine Umfrage unter Vertretern aller Stufen verschiedener Lebensmittelketten angestrebt. Diese begann im Herbst 2006 im Rahmen des FOODCOM Projektes. Der Verlauf des Projektes lässt sich auf der Projektwebsite http://www.foodcomm-eu.net verfolgen.

Der türkische Weizenmarkt: Hohe Transaktionskosten als Integrationsproblem?

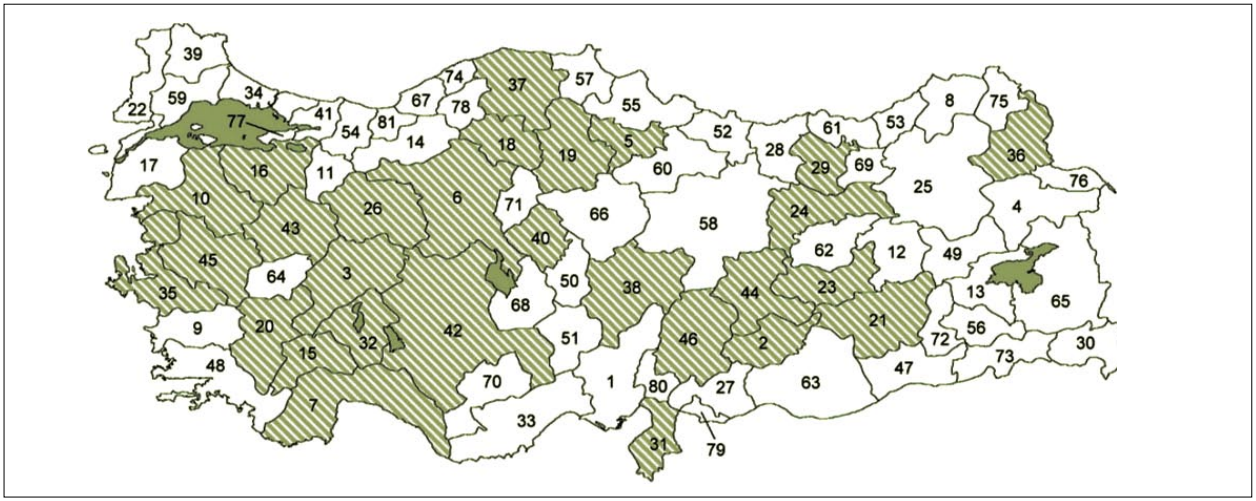
ENNO-BURGHARD WEITZEL

Für viele Europäer stellt der türkische Agrar- und Ernährungssektor noch eine große Unbekannte dar. Doch unabhängig davon, ob es in absehbarer Zeit zu einem EU-Beitritt der Türkei kommt oder die bestehenden Beziehungen zur Europäischen Union auf anderen Wegen ausgebaut werden, in jedem Fall spielen agrarpolitische Fragen eine große Rolle. Mit etwa 30 % Anteil an Agrarbevölkerung und ca. 10 % des Sozialproduktes kommt der Landwirtschaft für die türkische Ökonomie eine weitaus größere Bedeutung zu als im EU-Durchschnitt selbst im Vergleich mit den meisten neuen Beitrittsstaaten. Arbeits- und Bodenproduktivität liegen dabei noch unter dem sehr niedrigen rumänischen und bulgarischen Niveau. Viele Mitgliedsländer der EU fürchten daher, dass eine Übertragung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf die Türkei finanziell nicht zu tragen ist. Im Gegenzug sehen türkische Landwirte die Gefahr, dem verschärften Wettbewerb eines erweiterten Marktes nicht gewachsen zu sein. Ein "Angst-Szenario", das schon die Osterweiterung der EU belastete und sich nach 2004 nicht bewahrheitet hat. Zur ausgewogenen Beurteilung einer vertieften europäisch-türkischen Kooperation ist daher erst einmal die genaue Kenntnis der türkischen Situation notwendig. Hier besteht noch erheblicher Forschungsbedarf.

Von zentraler Bedeutung für die türkische Agrar- und Ernährungswirtschaft wie auch die Ernährungssicherheit ist der Weizenanbau und somit auch das Geschehen auf den Weizenmärkten. Hierzu, wie zur türkischen Landwirtschaft und ihren nationalen Agrarmärkten überhaupt, liegen kaum Studien vor. Vier Millionen türkische Bauern von ca. sieben Millionen Agrarbeschäftigten bauen Weizen an, 21 % der agrarischen Wertschöpfung aus pflanzlicher Erzeugung beruhen auf Weizen. Knapp zwei Drittel des angebauten Weizens kommen auf den Markt. Gleichzeitig liegen bisher noch keine Studien über die Preisbildungsmechanismen auf dem türkischen Weizenmarkt vor.

Die vorliegende Marktanalyse konzentriert sich auf Weizen als dem wichtigsten Erzeugnis der türkischen Landwirtschaft. Als Basis der Untersuchung dienen die 81 Verwaltungsprovinzen. Die zentrale Forschungsfrage lautet, ob – und wenn ja, wie stark – die Preise einer Provinz von denen aus anderen Provinzen beeinflusst werden. Somit steht der erreichte Grad der Integration des türkischen Weizenmarktes im Mittelpunkt. Ein nur schwach integrierter Weizenmarkt wäre ein schweres Entwicklungshemmnis für die türkische Landwirtschaft und würde die Wirksamkeit agrarpolitischer Maßnahmen massiv verzerren, so daß hier für agrarpolitische Entscheidungsträger, z.B. in der EU, ein hoher Wissensbedarf besteht. Gelungene Marktintegration lässt sich dabei definieren als langfristig gleichgerichtete Preisbewegung aller Marktorte innerhalb eines geographischen Raumes. Die Untersuchung von Gleichgewichtsbeziehungen gibt insbesondere Auskunft über die Wirksamkeit der Signalfunktion von Preisen als eine zentrale Voraussetzung für das effiziente Funktionieren freier Märkte.

Abbildung 1: Geographischer Überblick der türkischen Provinzen



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Türkei, dargestellt in Abbildung 1, ist mit 783.562 km^2 mehr als doppelt so groß wie Deutschland und viele Dörfer sind sowohl von Straßen als auch von neuen Informationstechnologien weitgehend abgeschnitten. Einen Überblick über die Türkei und ihre Provinzen bietet Abbildung 1. Sie zeigt alle 81 Verwaltungsprovinzen in ihrer Größe und Lage. Die grün hinterlegten Gebiete bilden die 28 Provinzen, die in die vorliegende Untersuchung einbezogen worden sind. Die verfügbaren Daten stammen aus Provinzen, die über das gesamte Gebiet der Türkei verteilt sind. Von Kars im Osten (36) bis nach Izmir im Westen (35), vom südlichen Hatay (31) bis zum nördlichen Kastamonu (37) sind alle wichtigen türkischen Provinzen repräsentiert. Die insgesamt stärkere Berücksichtigung westlicher Provinzen spiegelt die wirtschaftliche Bedeutung von Konya (42) und Ankara (6) als Hauptanbauregionen von Weizen in der Türkei wider. Auch wichtige Häfen wie Izmir (35) und Hatay (31) finden Eingang in die Studie. Daher kann die vorliegende Provinzauswahl als repräsentativ für den gesamten türkischen Weizenmarkt angesehen werden.

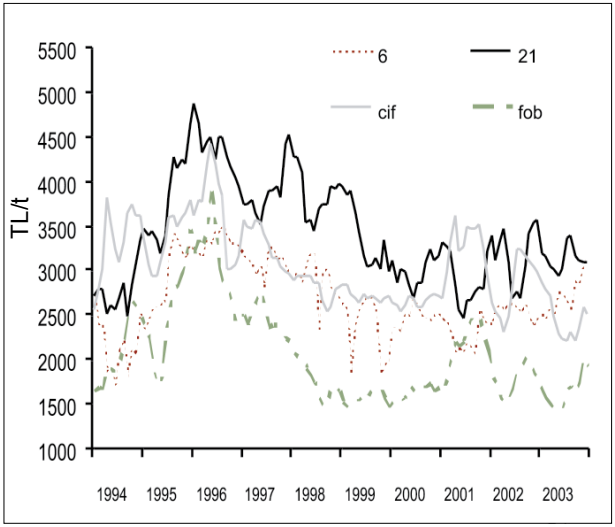
Insgesamt gibt es in der Türkei die im Vergleich mit anderen EU-Staaten sehr große Anzahl von 19 Weizenbörsen, die sich als Hauptumschlagsplätze am Markt durchgesetzt haben. Schon die ungewöhnliche Dichte an Weizenbörsen weist darauf hin, dass Transaktionskosten eine nicht zu vernachlässigende Rolle für das Marktgeschehen im Weizenhandel zukommt. Lässt man diese außer acht, erhält man verzerrte Ergebnisse. Da direkte Informationen über die Höhe der Transaktionskosten aber meist nicht erhältlich sind, wird für diese Untersuchung ein Schwellen-Kointegrations-Modell benutzt. Dieses bietet den großen Vorteil, in der Lage zu sein, bereits allein aufgrund von Preisdaten signifikante Transaktionskosten zu erfassen.

Als Datenbasis dienen Preisnotierungen aus dem Zeitraum Januar 1994 bis Dezember 2003. Sie umfassen Erzeugerpreise der Landwirte für den Verkauf von Hartweizen ab Hof. Da die Berichterstattung nicht für alle Provinzen durchgehend erfolgt ist, lassen sich nur 28 der 81 Zeitreihen für die ökonometrische Analyse nutzen. Die Preise repräsentieren Durchschnitte der ersten beiden Wochen eines jeden Monats. Aufgrund der inflationsbedingt, zeitweise extremen Preissteigerung in der Türkei von bis zu 12.000 % pro Jahr, sind alle nominalen Preise mit dem Großhandelspreisindex deflationiert worden. Dies eliminiert den gemeinsamen Effekt der Inflation auf die Zeitreihen und erhöht darüber hinaus die Interpretationsfähigkeit der Ergebnisse.

Im Laufe des Beobachtungszeitraums erhöhte sich die Zahl der türkischen Provinzen von 76 auf 81. Um für alle Preisreihen eine konstante geographische Bezugsgröße zu gewährleisten, sind diejenigen Provinzen von der Untersuchung ausgeschlossen, die im Januar 1994 noch nicht bestanden. Nach den schweren Erdbeben des Jahres 1999 hat man viele bestehende Provinzen verwaltungstechnisch geteilt, weil die Vergabe der Finanzmittel zum Wiederaufbau nach der Anzahl der Provinzen erfolgt ist. Auch diejenigen Provinzen werden von der Analyse ausgeschlossen, die durch Teilung entstanden oder verkleinert worden sind.

Anhand von zwei Provinzen demonstriert Abbildung 2 beispielhaft die Preisentwicklung. Die niedrigsten durchschnittlichen Preise verzeichnet die Provinz 6 (Ankara), während Weizen in Diyarbakir (Provinz 21) am teuersten ist. Zur Einordnung des türkischen Preisniveaus in internationale Märkte sind in Abbildung 2 ebenfalls sowohl die Import- (cif) als auch die

Abbildung 2: Entwicklung der realen Weizenpreise von 1994 bis 2003



Quelle: Eigene Darstellung.

Exportpreise (fob) abgebildet. Da kein für alle Provinzen stabiles saisonales Muster festgestellt werden konnte, erfolgte hierfür keine Korrektur. Ebenso lässt sich kein allgemeingültiger Trend in der Preisbewegung beobachten. Die international vergleichbaren Import- (cif - Rotterdam) und Exportnotierungen (fob - Ex EU) liegen jeweils deutlich unterhalb der nationalen Preise, was die staatliche Subvention des landwirtschaftlichen Sektors durch Preisstützung widerspiegelt. Für die Studie werden logarithmierte Preise verwendet.

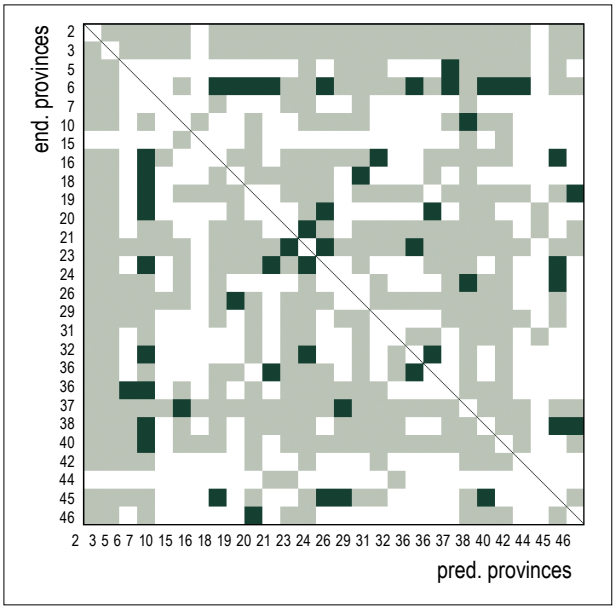
Die Analyse der langfristigen Gleichgewichtsbeziehungen (Kointegration) zwischen den räumlich differenzierten Preisen zeigt starke regionale Unterschiede. Während einige Provinzen im geographischen Zentrum der Türkei mit der Mehrheit der

übrigen Provinzen ein langfristiges Preisgleichgewicht aufweisen, nimmt die Anzahl der Kointegrationsbeziehungen ab, je weiter entfernt eine Provinz an der Grenze der Türkei liegt. Dies deutet darauf hin, dass Preisanpassungen zwischen zwei Provinzen mit zunehmendem Abstand geringer werden. Steigende Transportkosten bieten eine mögliche Erklärung, da sich eine Reaktion auf Preisunterschiede nur dann lohnt, wenn die Transportkosten inklusive sonstiger Transaktionskosten geringer sind als der Preisunterschied.

Genau an diesem Punkt setzt das sogenannte Schwellen-Kointegrations-Modell an. Es unterteilt den Preisanpassungsprozess für jedes einzelne Provinzpaar in diejenigen Preisunterschiede, die geringer sind als die Summe der Transaktionskosten und in solche, die die Transaktionskosten übersteigen. Dahinter steht der Gedanke, dass bei Provinzen, deren Preisunterschiede niedriger liegen als die Kosten, die zum Abbau des Preisunterschiedes notwendig wären, keine Preisanpassung erfolgt, ohne dass dies einen Mangel an Marktintegration bedeutet. Dadurch ist es möglich, tatsächlich nur diejenigen Provinzpaare zu identifizieren, bei denen Transaktionskosten den Preisanpassungsprozess deutlich beeinflussen bzw. erschweren. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sie ihn vollständig verhindern.

Abbildung 3 zeigt die Preisanpassungsprozesse auf dem türkischen Weizenmarkt in einer stilisierten Grafik. Graue Kästen symbolisieren die Existenz eines langfristigen Preisgleichgewichtes, wobei die Anpassung linear erfolgt. Schon eine geringe Abweichung vom Gleichgewichtspfad führt zu einer korrigierenden Preisreaktion. Bei den schwarz dargestellten Provinzpaaren erfolgt der Anpassungsprozess nicht linear.

Abbildung 3: Preisanpassungen zwischen den Provinzen



Quelle: Eigene Darstellung.

Vom Betrag her kleine Abweichungen vom langfristigen Gleichgewichtspfad werden nicht mit der gleichen Geschwindigkeit korrigiert, wie starke Abweichungen. Ist die Korrektur unterhalb der Grenze gleich null, so kann man diese Schwelle als Niveau der Transaktionskosten interpretieren, unterhalb derer eine Aktion auf einen gegebenen Preisunterschied nicht lohnt. Der durchschnittliche Schwellenwert beträgt 11 %. Wenn also der Preisanpassungsprozess eines Provinzpaares einen Schwellenwert aufweist, so muss die Preisabweichung mehr als 11 % des durchschnittlichen Preises betragen, bevor eine Anpassungsreaktion erfolgt.

Das in Abbildung 3 dargestellte Muster zeigt, dass Transaktionskosten für nicht wenige türkische Provinzpaare (schwarze Kästchen) eine bedeutende Rolle spielen. Hierbei ist eine geographische Verteilung nicht auszumachen, da nahezu alle Provinzen im Zusammenspiel mit mindestens einer anderen Provinz signifikante Schwellen im Preisanpassungsprozess aufweisen. Dennoch ist die Hauptstadtprovinz Ankara herausragend. Von ihren 23 Kointegrationsbeziehungen weisen zehn einen Schwellenwert auf. Mit einer solchen Häufigkeit sind Transaktionskosten für keine andere Provinz von Bedeutung.

Tabelle 1: Kennzahlen für Ankara und Konya

	Ankara	**Konya**
Einwohner	4.007.860	2.192.166
Fläche	25.615	40.824
Landw. Einkommen (000 000 TRL)	500.016.806	799.287.340
Landw. Einkommen pro Kopf	124.76	364.61
Verarbeitungskapazität (t)	1.922.382	2.503.641
Weizenverbrauch für Nahrung	788.506	431.287
Weizenverbrauch für Tierfutter	9.215	14.580
Gesamtnachfrage	1.931.597	2.518.221
Gesamtangebot	1.051.484	1.423.539
Netto Import	880.113	1.094.682

Quelle: Eigene Berechnungen.

Dieses Ergebnis ist um so interessanter, als die direkte Nachbarprovinz Konya vollständig entgegengesetzte Ergebnisse offenbart. Deren Preisanpassungsprozesse sind alle linear. Einzig mit Ankara erfolgt die Preisanpassung erst nach Überwindung signifikanter Transaktionskosten in Höhe von 13 % bzw. 373 Türkische Lira/t bezogen auf den durchschnittlichen Weizenpreis in Konya.

Die Bestimmungsgründe der Preisbildungsmechanismen sollen anhand dieses Provinzpaars exemplarisch dargestellt werden, wozu in Tabelle 1 eine Gegenüberstellung der wesentlichen Kenngrößen beider Provinzen erfolgt. Mit Nettoimporten von ca. 880.000 bzw. 1,1 Mio Tonnen bilden Ankara und Konya die mit Abstand größten Abnehmer auf dem türkischen Weizenmarkt. Somit scheidet die Marktgröße als Grund für unterschiedliche Anpassungsprozesse aus. Auch die Anzahl der verarbeitenden Betriebe (Mühlen etc.) trägt nicht signifikant zur Erklärung dieses Ergebnisses bei. Ebenso kann die Entfernung zu anderen Provinzen nicht die Unterschiede zwischen Ankara und Konya erklären, da sie direkte Nachbarn sind und somit gegenüber einer dritten Provinz ähnliche Muster aufweisen müssten. Eine Ursache für das unterschiedliche Verhalten könnte in den bisher nicht berücksichtigten Marktstrukturen bzw. der Organisation des türkischen Weizenhandels zu liegen, der in wichtigen Punkten an erfolgreiche Schwellenländer erinnert.

Zu nennen ist hier die wohl große Bedeutung informeller Netzwerke, die für andere Branchen der türkischen Wirtschaft schon Gegenstand der Forschung ist. Für die enorme Bedeutung sozialer Netzwerke spricht, dass nicht nur der landwirtschaftliche Sektor, sondern auch weite Teile der Vermarktungskette

in der Türkei nahezu ausschließlich von Familienbetrieben oder Verwandtschaftsnetzen beherrscht werden. Solche informellen Kontakte dienen zum Austausch wichtiger Marktinformationen z.B. über Preise, Qualitäten und andere Aspekte der Vertragsgestaltung. Wichtig ist hierbei nicht nur der reine Informationsgehalt, sondern auch die Geschwindigkeit, mit der Informationen weitergegeben werden. Ohne Zugang zu solchen Netzwerken ist das Erreichen eines vergleichbaren Wissensstandes mit höheren Informations- und Suchkosten verbunden. Unter der Annahme, dass Landwirte in ländlichen Regionen untereinander besser vernetzt sind als in städtischen Gebieten, ist der Einfluss signifikanter Transaktionskosten auf den Preisbildungsprozess von Ankara zu erklären. Gleichzeitig ist aber zu fragen, warum eine anonymen Wettbewerbsmärkten angepasste institutionelle Ausgestaltung von Märkten in einer Millionenstadt wie Ankara fehlen sollte. Dies sind allerdings nicht mehr als erste Vermutungen, denn zur Organisation türkischer Agrarmärkte besteht noch ein großer Forschungsbedarf.

Es wäre interessant, die Ergebnisse für den türkischen Weizenmarkt mit Studien über andere Wirtschaftssektoren oder andere Länder zu vergleichen. Allerdings gibt es zur Zeit noch keine Studie, die einen so umfangreichen Datensatz mit derselben oder einer vergleichbaren Methode untersucht. Die meisten vergleichbaren Studien konzentrieren sich auf einzelne oder einige wenige Preispaare.

Die im Titel aufgeworfene Frage, ob Transaktionskosten die Preisanpassung auf dem türkischen Weizenmarkt verhindern, muss differenziert beantwortet werden. Für den Großteil der Provinzpaare scheinen Transaktionskosten kein Hemmnis für Preisanpassungen zu sein. Allerdings gibt es für nahezu jede Provinz mindestens eine andere Provinz, mit der die Anpassung nicht linear, sondern mit einer signifikanten Schwelle erfolgt. Obwohl kein regionales Muster zu identifizieren ist, fällt das Ergebnis für Ankara auf. Hier kann nach vorliegenden Ergebnissen ein bedeutender Einfluss von Transaktionskosten nicht abgelehnt werden, was insbesondere im Vergleich zum eher ländlichen, aber keineswegs rückständigen Konya Fragen aufwirft. Zukünftige Forschung sollte sich auf die Analyse der Bestimmungsgründe für das abweichende Verhalten des Weizenmarktes in Ankara konzentrieren.

Weiterführende Literatur

Weitzel, E.-B., Bayaner, A. (2006): Spatial price transmission on the Turkish wheat market – An initial application, in: Curtiss, J., Balmann, A., Dautzenberg, K., Happe, K. (Hrsg.): Agriculture in the Face of Changing Markets, Institutions and Policies – Challenges and Strategies, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Bd. 33,* IAMO, Halle (Saale), S. 399-413, <http://www.iamo.de/dok/sr_vol33.pdf>.

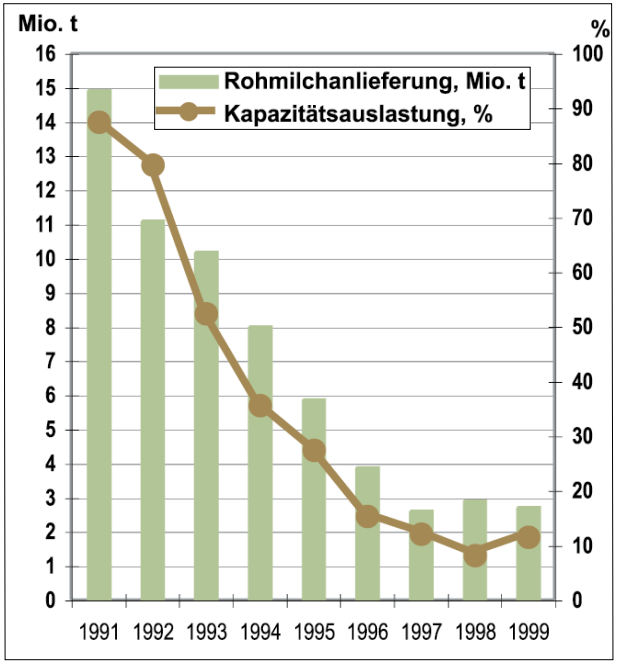
Faktoreinsatz und Preisbildung in der milchverarbeitenden Industrie der Ukraine unter Transformationsbedingungen

OLEKSANDR PEREKHOZHUK, MICHAEL GRINGS

Der Zerfall der Sowjetunion und die beginnende Transformation in Richtung Marktwirtschaft brachte für alle Zweige der ukrainischen Volkswirtschaft radikale Veränderungen mit sich. Im Mittelpunkt des Transformationsprozesses standen die Preisliberalisierung und die Privatisierung der staatlichen Unternehmen. Wie in den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion setzte in der Ukraine in den 90er Jahren mit der Transformation eine tiefe Wirtschaftskrise ein, von der auch die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft nicht unberührt blieben. Im Molkereisektor sank die Menge der angelieferten Rohmilch im Vergleich der Jahre 1999 und 1991 um ca. 80 %, so dass die Kapazitätsauslastung der Molkereien Ende der 90er Jahre nur noch knapp über 10 % lag (vgl. Abbildung 1).

Durch die Privatisierung eröffnete sich für die Unternehmen zwar prinzipiell erstmals die Möglichkeit zu freiem unternehmerischem Handeln, allerdings blieb das Wirtschaftssystem des Landes in erheblichem Maße unter dem Einfluss staatlicher Regulierungen, die den Transformationsprozess stark behinderten. Die Deutsche Beratergruppe Wirtschaft bei der ukrainischen Regierung (1999, S. 7) weist darauf hin, dass "in großen Bereichen der ukrainischen Wirtschaft, z.B. im agroindustriellen Bereich ... die Unternehmen nicht nach Marktregeln [arbeiten/die Autoren], sondern administrativ – allerdings ohne ein sichtbares Gesamtkonzept – «geleitet» [werden/die Autoren]". Bereits die Privatisierungsregeln wirkten sich zum

Abbildung 1: Rohmilchanlieferung und Kapazitätsauslastung in der milchverarbeitenden Industrie der Ukraine 1991 bis 1999



Quelle: STAATLICHES STATISTIKKOMITEE DER UKRAINE: Statistisches Jahrbuch der Ukraine (verschiedene Jahrgänge).

Teil belastend aus. So wurden die Unternehmen durch die Privatisierungsgesetzgebung zu weitgehenden sozialen Garantien für die Beschäftigten verpflichtet. Im Molkereisektor führte dies dazu, dass sich die Anpassung der Zahl der Arbeitsplätze an

die Produktionsentwicklung nur schleppend vollzog. Außerdem wurde den privatisierten Molkereien für einen Zeitraum von 10 Jahren untersagt, ihr Produktionsprogramm zu ändern.

Auch auf regionaler und lokaler Ebene waren die Unternehmen im Molkereisektor direkten und indirekten Eingriffen der Behörden ausgesetzt (Baker und Protchenko, 1999). So bestimmten die Behörden weiterhin die unternehmerischen Entscheidungen mit und es gab vielfältige Eingriffe in die Marktabläufe. Beispielsweise schränkten einige regionale Behörden zeitweilig den interregionalen Handel mit Rohmilch ein, offensichtlich mit dem Ziel, die Kapazitätsauslastung der Molkereien in der eigenen Region zu erhöhen. In vielen Fällen liegt die Vermutung nahe, dass die administrativen Eingriffe der regionalen Behörden darauf abzielten, den Weiterbestand der Molkereien als Arbeitgeber und Steuerzahler zu sichern (Baker und Protchenko, 1999).

Tabelle 1: Konzentration der milchverarbeitenden Industrie der Ukraine im Jahr 2004 in ausgewählten Regionen mit unterschiedlicher Anbieterkonzentration

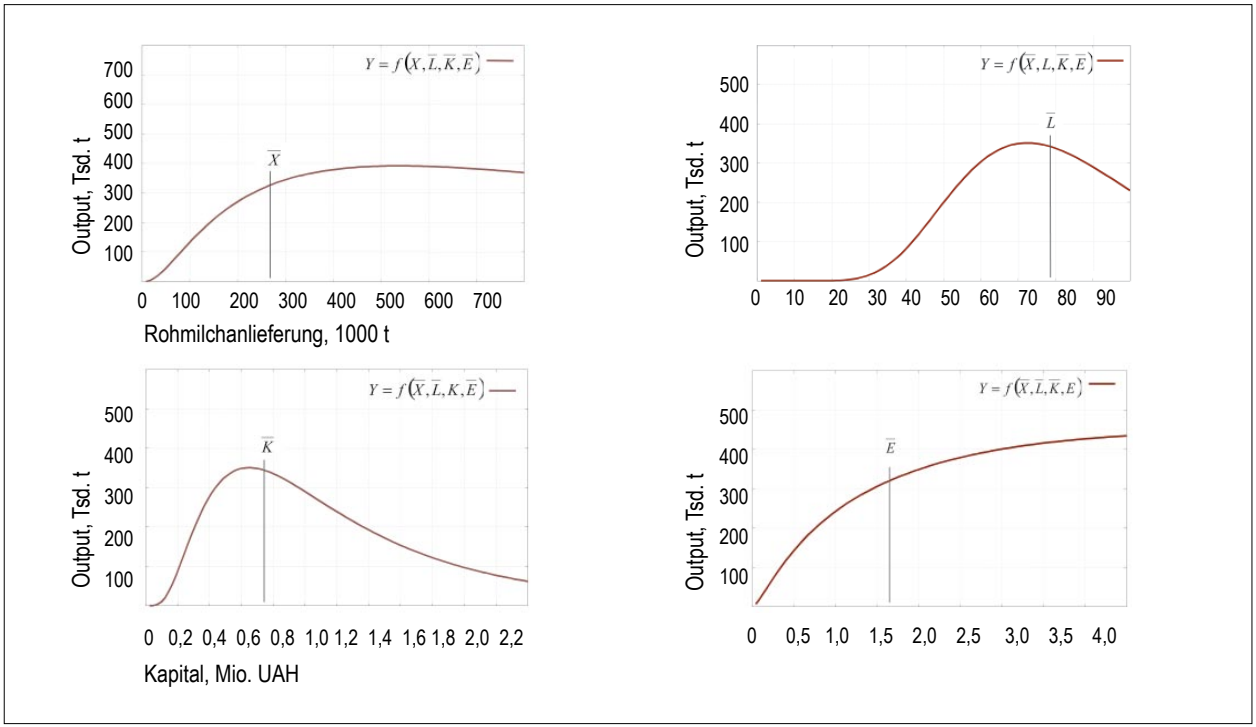
Region	N	HHI
Chernivtsy	9	711,53
Kyrovograd	11	626,87
Zakarpattja	9	334,73
Vinnytsa 29	26	77,97
Kiewer und Kiew	73	72,46
Lugansk 25	25	61,47
Ukraine insgesamt	610	7,73

*Quelle: Eigene Berechnungen anhand einzelbetrieblicher Daten der milchverarbeitenden Industrie. Anmerkung: N = Anzahl der Unternehmen; HHI = Herfindahl-Hirschman-Koeffizient (*1000).*

Aufgrund dieser Beobachtungen lassen sich zwei Hypothesen formulieren: Angesichts der beschriebenen, massiven administrativen Eingriffe ist erstens nicht zu erwarten, dass der Faktoreinsatz im Molkereisektor der Ukraine an den Kriterien ökonomischer Effizienz ausgerichtet werden konnte. Die zweite Hypothese betrifft die horizontale und vertikale Wettbewerbssituation in der milchverarbeitenden Industrie und ihre Auswirkungen auf die Preisgestaltung auf dem Rohmilchmarkt. Dabei ist nicht von vornherein klar, in welcher Wettbewerbssituation sich die Molkereien des Landes gegenüber den Rohmilchlieferanten, d.h. den landwirtschaftlichen Betrieben und den Hauswirtschaften, in den 90er Jahren befanden und zur Zeit noch befinden. Es liegt zwar nahe anzunehmen, dass die geringe Kapazitätsauslastung einen scharfen Wettbewerb zwischen den Molkereien um Rohmilch ausgelöst hat. Allerdings spricht die in einigen Regionen zu beobachtende Unternehmenskonzentration im Molkereisektor eher für die Hypothese einer starken Marktstellung mit Ausübung von Marktmacht seitens der Milchverarbeiter gegenüber den Rohmilchproduzenten.

Tabelle 1 zeigt die Extreme der Anbieterkonzentration gemessen am Umsatz auf regionaler Ebene. Die Zahlen offenbaren, dass zwischen einzelnen ukrainischen Regionen erhebliche Unterschiede im Ausmaß der Konzentration im Molkereisektor vorliegen. So schwankt der Herfindahl-Hirschman-Koeffizient ($0 < HHI \leq 1000$) in einer Bandbreite zwischen 61 in Lugansk und 712 in der Region Chernivtsy.

Abbildung 2: Partielle Ertragskurven der geschätzten Translog-Produktionsfunktion für die milchverarbeitende Industrie der Ukraine



Quelle: Eigene Darstellung anhand der Schätzergebnisse der Translog-Produktionsfunktion, (Schätzzeitraum: Januar 1996 bis Dezember 2003).

Für die Vermutung der Ausübung von Marktmacht von Molkereien gegenüber den Rohmilchproduzenten spricht die oligopsonistische Marktstellung, die einige Molkereien in der Vergangenheit auf dem Markt für Rohmilch zumindest regional durch die Be- bzw. Verhinderung des Wettbewerbs aufgrund behördlicher Eingriffe erlangt haben. Zudem haben Ermittlungen des staatlichen Antimonopolkomitees im Jahr 2002 ergeben, dass es in einigen Verwaltungsgebieten der Ukraine Preisabsprachen zwischen Unternehmen der milchverarbeitenden Industrie auf dem Rohmilchmarkt gab.

Die beiden Hypothesen der ökonomischen Ineffizienz im Faktoreinsatz sowie eines stark eingeschränkten Wettbewerbs auf dem Markt für Rohmilch können nur auf der Grundlage geeigneter Modellanalysen überprüft werden. Die Frage, ob der

Feld in der Ukraine

Faktoreinsatz in der milchverarbeitenden Industrie der Ukraine vom ökonomisch effizienten Niveau abweicht, lässt sich in grober Annäherung bereits anhand von Schätzergebnissen für die Produktionsfunktion des Sektors beantworten. Die ökonometrische Schätzung wurde auf aggregierter, d.h. nationaler Ebene unter Verwendung einer Translog-Funktion mit den vier Faktoren Rohmilch (X), Arbeit (L), Kapital (K) und Energie (E) auf der Basis von Monatsdaten für den Zeitraum Januar 1996 bis Dezember 2003 durchgeführt. Die Produktion (Output) des Sektors (Y) wurde als Aggregat der Milchverarbeitungsprodukte, umgerechnet in Milchäquivalent, gemessen. Abbildung 2 zeigt die partiellen Ertragskurven der vier Faktoren.

Hierbei ist das durchschnittliche Einsatzniveau der Faktoren im Untersuchungszeitraum jeweils durch eine vertikale Linie gekennzeichnet. Wie die Graphiken zeigen, ist das Grenzprodukt der Faktoren Arbeit und Kapital bei ihrem durchschnittlichen

Einsatzniveau negativ. Dies bedeutet, dass der Einsatz der beiden Faktoren jenseits des Niveaus liegt, das aufgrund ökonomischer Effizienzerwägungen überhaupt in Frage kommen kann. Der Verlauf der Ertragskurve für den Faktor Kapital muss hierbei allerdings sehr zurückhaltend interpretiert werden, weil die entsprechende Variable nur unter Zuhilfenahme einiger Approximationen gemessen werden konnte. Zumindest für den Faktor Arbeit jedoch lässt sich das Ergebnis mit einem Überbesatz an Arbeitskräften erklären, der im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass die Strukturanpassung der Branche an die drastisch gesunkene Kapazitätsauslastung unter anderem aufgrund politischer bzw. administrativer Vorgaben nicht in dem Maße erfolgt ist, wie dies aus ökonomischer Sicht erforderlich gewesen wäre.

Zur Überprüfung der zweiten Hypothese – Ausübung von Marktmacht auf dem Rohmilchmarkt seitens der milchverarbeitenden Unternehmen – wurde ein ökonometrisches Marktstrukturmodell für den Rohmilchmarkt formuliert, in das außer der Angebotsfunktion für das aggregierte Angebot der landwirtschaftlichen Betriebe und der Hauswirtschaften an Rohmilch eine für den Fall unvollständigen Wettbewerbs generalisierte Nachfragerelation des Milchverarbeitungssektors für Rohmilch einging. Im Rahmen dieses Strukturmodells war als Teil der generalisierten Nachfragerelation ein Marktmachtparameter zu schätzen, anhand dessen die Hypothese von Preissetzungsverhalten versus Preisnehmerverhalten auf dem Rohmilchmarkt getestet wurde. Grundlage der Schätzung des Modells waren wiederum Monatsdaten der entsprechenden Variablen für den Zeitraum Januar 1996 bis Dezember 2003. Ein vollständiger Datensatz konnte dabei nur auf nationaler Ebene zusammengestellt und für die Schätzung verwendet werden.

Die ökonometrische Schätzung des Modells hat keine Anhaltspunkte für die Ausübung von Marktmacht seitens der milchverarbeitenden Industrie im Schätzzeitraum ergeben. Im Hinblick auf die Marktstruktur auf nationaler Ebene ist dieses Ergebnis vermutlich plausibel, da der Konzentrationsgrad der Milchverarbeitungsunternehmen auf nationaler Ebene gering ist, wie Tabelle 1 zeigt. Allerdings ist der Konzentrationsgrad auf regionaler Ebene zum Teil deutlich höher, so dass aufgrund der Ergebnisse der Analyse nicht ausgeschlossen werden kann, dass in einigen Regionen der Ukraine dennoch Marktmacht auf dem Rohmilchmarkt ausgeübt wird. Im Hinblick auf die besonderen Produkteigenschaften der Rohmilch und ihre relativ hohen Transportkosten ist der regionale Markt für Rohmilch für die Analyse der Marktstruktur und der Preisbildung von größerer Bedeutung als der nationale Markt. Die weitere Forschung auf diesem Gebiet muss deshalb darauf ausgerichtet sein, eine ausreichende regionale Datenbasis zu schaffen, um die Überprüfung der Marktmacht-Hypothese auf regionaler Ebene zu ermöglichen.

Weiterführende Literatur

Baker, D., Protchenko, O. (1999): Milchproduktion in der Ukraine: Kann das Tal durchschritten werden?, in: von Cramon-Taubadel, S., Striewe, L. (Hrsg.): Die Transformation der Landwirtschaft in der Ukraine. Ein weites Feld, Wissenschaftsverlag Vauk , Kiel, S. 105-132.

Breshnahan, T. F. (1989): Empirical studies of industries with market power, in: Schmalensee, R., Willig, R. D. (Hrsg.): Handbook of Industrial Organization, Bd. II, Amsterdam u. a., S. 1011-1057.

Deutsche Beratergruppe Wirtschaft bei der ukrainischen Regierung (1999): Die nächsten 1000 Tage: Wirtschaftspolitischer Leitfaden für die Ukraine, Kiew.

Perekhozhuk, O. (2003): Die Milchwirtschaft – Ein Sektor der ukrainischen Agrarwirtschaft im Umbruch, in: ZMP (Hrsg.): *Osteuropa Agrarmärkte – aktuell, Nr. 6,* S. 3-4.

Perekhozhuk, O. (2004): Marktstruktur und Preisbildung auf dem ukrainischen Markt für Milch und Milchprodukte: Eine empirische Modellanalyse, *IAMO Discussion Paper, Nr. 64,* S. 44-46.

Perekhozhuk, O. (2004): Molkereiunternehmen mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Die ukrainische Milchwirtschaft zwischen gestern und morgen, in: ZMP (Hrsg.): *Osteuropa Agrarmärkte – aktuell, Nr. 14,* S. I-III.

Perekhozhuk, O., Grings, M. (2006): Measuring the degree of market power in the Ukrainian milk processing industry, in: Curtiss, J., Balmann, A., Dautzenberg, K., Happe, K. (Hrsg.): Agriculture in the Face of Changing Markets, Institutions and Policies – Challenges and Strategies, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Bd. 33,* IAMO, Halle (Saale), S. 309-318, <http://www.iamo.de/dok/sr_vol33.pdf>.

Ukrainische Agrarstudenten: In der Landwirtschaft arbeiten – Ja! Auf dem Lande leben – Nein!

ALEXEJ LISSITSA, TARAS GAGALYUK, MARYNA MYKHAYLENKO

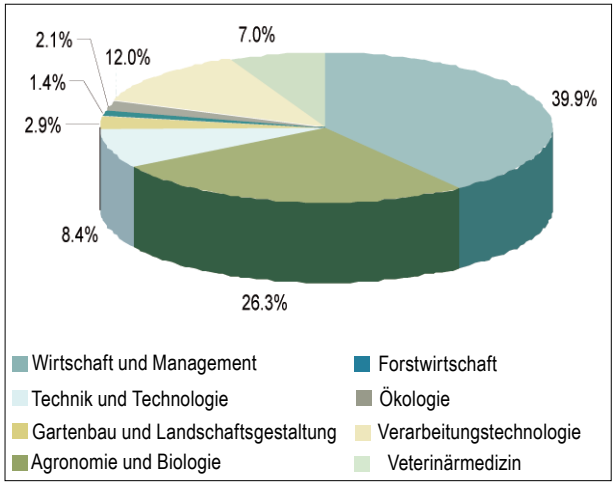
Der Mangel an jungen, gut ausgebildeten und motivierten Fachkräften stellt eines der großen Probleme für die Entwicklung der ukrainischen Landwirtschaft dar. Viele westliche, aber auch ukrainische Fachleute verweisen in diesem Zusammenhang auf das niedrige Bildungsniveau der meisten Absolventen der Agraruniversitäten sowie auf die ungenügende Bereitschaft der Studierenden, nach Abschluss ihres Studiums in der Landwirtschaft zu arbeiten. Gerade diese fehlende Bereitschaft birgt die Gefahr, dass alle Bemühungen der letzten Jahre zur Genesung der ukrainischen Agrarwirtschaft weitgehend wirkungslos bleiben könnten. Dabei liegt die Anzahl der landwirtschaftlichen Hochschulen in der Ukraine und der an ihnen immatrikulierten Studenten im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch.

So gibt es im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Agrarpolitik der Ukraine 20 Hochschuleinrichtungen der 3. und 4. Akkreditierungsstufe. Übertragen auf Deutschland entsprechen diese Fachhochschulen und Universitäten. Neben den Universitäten und Hochschulen gehören zum landwirtschaftlichen Bildungssystem noch 116 Fachschulen, Kollegs und andere Einrichtungen. Die Gesamtzahl der Studierenden übersteigt 190.000 Personen (davon über 130.000 im Direktstudium), ungefähr die Hälfte der Studierenden belegt die ökonomische Fachrichtung.

Bisher fehlen umfassende Befragungen zu den Motiven, Zielen und Vorstellungen der Agrarstudierenden. Gleichzeitig gibt es keine sicheren Informationen zur zentralen Frage, wie hoch der Anteil der Studierenden ist, der bereit ist, nach Abschluss des Studiums tatsächlich in der Landwirtschaft zu arbeiten und sich eine Lebensperspektive auf dem Land vorstellen kann. Um die Motive für die Aufnahme des Studiums an einer landwirtschaftlichen Hochschule und die potenzielle Aufnahme einer Tätigkeit in der Landwirtschaft nach Abschluss des Studiums zu ermitteln, wurde eine umfassende Befragung unter StudentInnen und AbsolventInnen mehrerer Agrarhochschulen durchgeführt. Die Befragung führten MitarbeiterInnen des IAMO in Kooperation mit der Ukrainischen Agrarkonföderation, der Abteilung für Agrarausbildung am Ministerium für Agrarpolitik der Ukraine sowie der Nationalen Agraruniversität der Ukraine durch. Insgesamt liegen die Antworten von knapp mehr als 3000 Studierenden und AbsolventInnen vor. Im vorliegenden Beitrag sind die Ergebnisse der Befragung zusammengestellt.

In die Befragung wurden StudentInnen von acht Agrarhochschulen der Ukraine einbezogen. Die Universitäten der unterschiedlichen ukrainischen Regionen sind durch etwa die gleiche Anzahl Studierender vertreten. Hinsichtlich der gewählten Fachrichtungen geben die Ergebnisse der Stichprobe die tatsächliche Situation hinreichend genau wider (Abb. 1). Ungefähr die Hälfte der Befragten studiert Ökonomie, Finanzen, Management und andere Wirtschaftsdisziplinen. Das Übergewicht der wirtschaftsorientierten Fachrichtungen ist kein Zufall. Es ergibt sich aus mehreren Ursachen: Erstens kann auf diese

Abbildung 1: Aufschlüsselung der Befragten nach Fakultäten

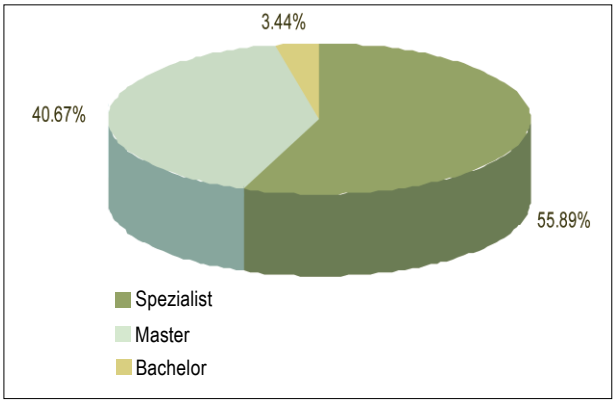


Quelle: Eigene Berechnungen.

Weise die große Nachfrage nach betriebswirtschaftlichen Diplomen befriedigt werden, zweitens zeugt es davon, dass für eine große Anzahl von Studierenden nicht mehr der Staat das Studium finanziert, sondern auf Vertragsbasis Unternehmen oder auch die Familie. Drittens spiegelt diese Verteilung den hohen Anteil Studierender urbaner Herkunft ohne ländlich-agrarischen Hintergrund wider. An zweiter Stelle (ca. 26 %) stehen die Studierenden der agrarischen und biologischen Fachrichtungen, 12 %, 8 % bzw. 7 % der Befragten studieren an den Fakultäten Verarbeitungstechnologie, Technik und Technologie sowie Veterinärmedizin.

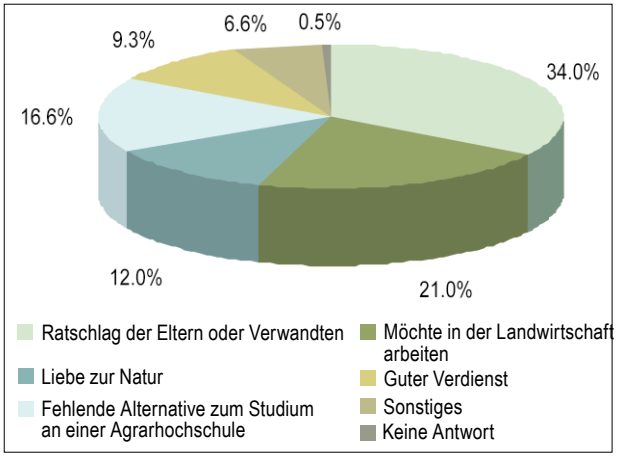
In die Befragung sind Studierende aller Studienjahre einbezogen worden (erstes bis sechstes Studienjahr). Der Hauptanteil entfällt dabei auf StudentInnen des dritten und vierten Studienjahres (30 % bzw. 28 %). Erst Studierende mit mehreren Jahren Studienerfahrung haben feste Vorstellungen entwickelt und sind eher in der Lage, fundierte Antworten zu geben. Das Interesse für diese Gruppe erklärt sich auch aus dem Bestreben zu ermitteln, welches Qualifikationsniveau die Studierenden zum Ende ihres Bachelorstudienganges erreichen wollen.

Abbildung 2: Welches Diplom möchten Sie erwerben?



Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 3: Weshalb haben Sie sich für ein Studium an einer Agrarhochschule entschieden?

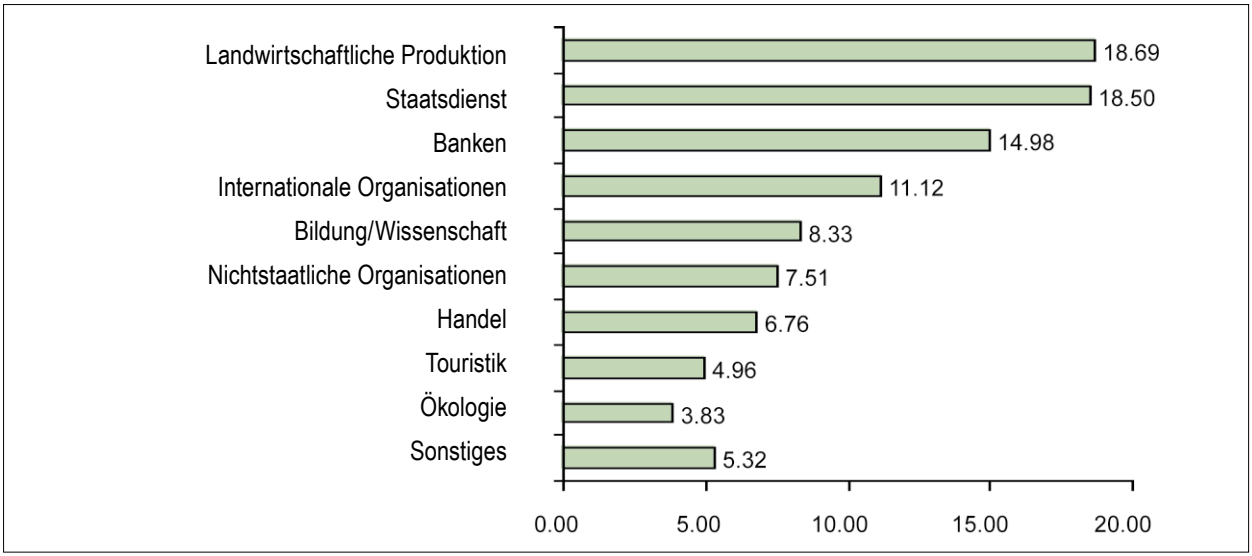


Quelle: Eigene Berechnungen.

Neben vielen anderen Ländern beteiligt sich auch die Ukraine am von der EU initiierten Bologna-Prozess zur Vereinheitlichung der europäischen Studiengänge. Zu den wichtigsten Zielen dieses Prozesses gehört die Einführung eines zweistufigen Hochschulstudiums mit einem Bachelor- und einem Masterstudiengang. Die Ukraine versucht dabei einen dritten Abschluss – den Spezialisten – als Zwischenstufe zwischen Master und Bachelor zu erhalten. Aus der Befragung ergibt sich, dass über 55 % der StudentInnen beabsichtigen, ihr Studium mit dem Diplom eines Spezialisten zu beenden, während über 40 % den Master anstreben (Abb. 2). Lediglich 3,4 % der Studierenden planen, ihr Studium mit dem Bachelor nach drei bis vier Jahren abzuschließen. Der sehr niedrige Anteil an BachelorstudentInnen erklärt sich aus dem Umstand, dass Fachleute dieser Qualifikationsstufe auf dem Arbeitsmarkt nicht nachgefragt sind. Eine große Rolle spielen hier noch die vorherrschenden Denkmuster, nach denen man für eine Hochschulbildung mindestens 5 Jahre und länger studiert haben muss. Dieses Ergebnis kommt nicht unerwartet – ähnliche Tendenzen sind auch in Deutschland und einigen anderen westeuropäischen Ländern zu beobachten.

Hier ist der bei Kenntnis der ukrainischen Verhältnisse doch überraschend hohe Anteil der Antwort "Weil ich nach Abschluss des Studiums in der Landwirtschaft arbeiten möchte" hervorzuheben, die von 21 % der befragten Studenten gegeben worden ist (Abb. 3). Eine fehlende Alternative für ein Studium an einer anderen Hochschule führen ca. 17 % der StudentInnen an. Auf die Antworten "Liebe zur Natur" und "Guter Verdienst" entfallen 12 %

Abbildung 4: Auf welchem Gebiet möchten Sie nach Abschluss des Studiums arbeiten?



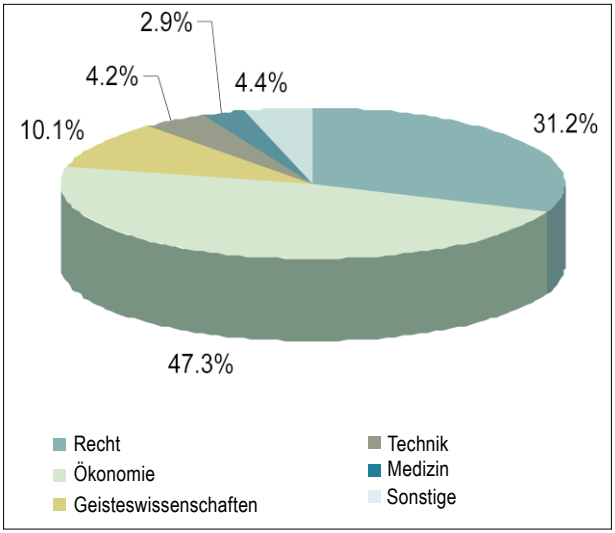
Quelle: Eigene Berechnungen.

bzw. 9 % der Antworten, wobei die Antwort "hoher Verdienst" wohl eher ironisch aufzufassen ist, da allgemein bekannt ist, dass in der Landwirtschaft die geringsten Löhne und Gehälter gezahlt werden. Die Ratschläge der Eltern beeinflussen bei der Mehrzahl der Befragten (34 %) die Wahl der Studienrichtung. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man das niedrige Alter der AbiturientInnen in der Ukraine berücksichtigt, das im Durchschnitt bei 17 Jahren liegt. Dem gegenüber sind in Deutschland oder anderen EU-Ländern die Studienanfänger deutlich älter und haben in der Mehrzahl bereits ein landwirtschaftliches Praktikum absolviert, was ihnen natürlich die Berufswahl erleichtert.

Neben den Gründen für ein Studium an einer landwirtschaftlichen Hochschule ist es von großer Wichtigkeit zu erfahren, was die derzeitigen Studierenden nach Abschluss ihres Studiums vorhaben (Abb. 4). Besondere Bedeutung kommt hierbei der Frage zu, wie viele von ihnen ihre Zukunft in der Landwirtschaft sehen. Die Vorstellungen der Studierenden über ihre Tätigkeitsbereiche nach Beendigung des Studiums verteilen sich folgendermaßen: Landwirtschaftliche Produktion ca. 19 % der Befragten, etwa die gleiche Zahl beabsichtigt, in den Staatsdienst einzutreten. Im Bankenbereich möchten 15 % arbeiten, 11 % der Befragten orientieren sich auf internationale Organisationen hin. Auf die Bereiche Bildung/Wissenschaft und nichtstaatliche Organisationen entfallen 8 % bzw. 7,5 %. Die restlichen 20 % der Befragten beabsichtigt, in anderen Branchen wie z.B. Handel, Touristik, Massenmedien u.a. zu arbeiten.

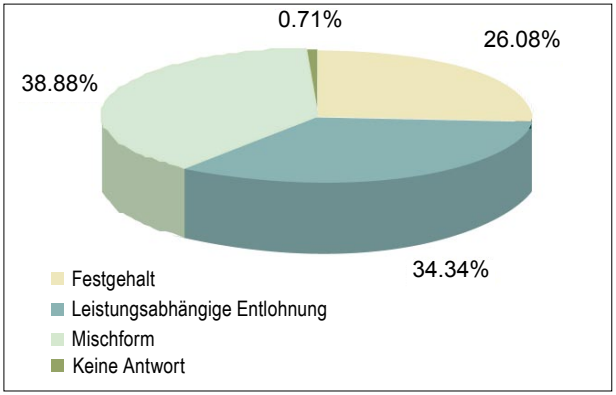
Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass im Prinzip nur jeder Fünfte nach Abschluss des Studiums vorhat, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Auf den ersten Blick kann dieses Ergebnis nicht befriedigen, denn es bedeutet, dass über die Hälfte der für die landwirtschaftliche Bildung eingesetzten Mittel der Ausbildung von Fachleuten für andere Bereiche der Volkswirtschaft zugute kommt. Andererseits ist aber zu berücksichtigen, dass,

Abbildung 5: Wenn ja, in welcher Fachrichtung?



Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 6: Wie stellen Sie sich die Entlohnung vor?



Quelle: Eigene Berechnungen.

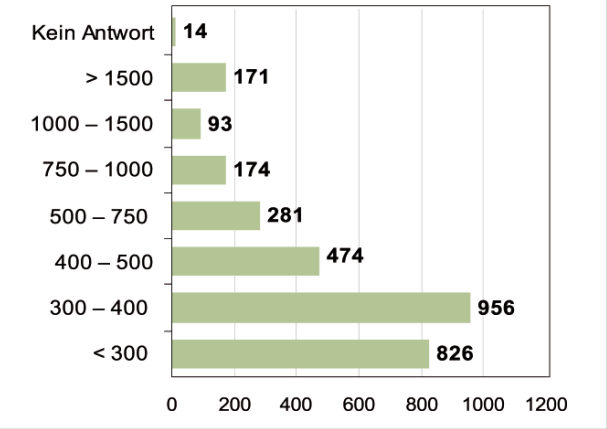
selbst wenn nur 20 % der gegenwärtig an ukrainischen Agrarhochschulen Studierenden nach Beendigung ihrer Ausbildung in der landwirtschaftlichen Produktion tätig sein würden, diese Zahl ausreichend wäre, um zumindest partiell das Problem der unzureichenden Fachkräfte im agroindustriellen Sektor zu lösen. Mit anderen Worten, das entscheidende Problem besteht darin, wie es gelingen kann, junge Fachleute, die prinzipiell im landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten möchten, für ein Leben auf dem Dorf zu gewinnen. Auf dieses Thema kommen wir später noch einmal zurück.

Nicht weniger wichtig als die Frage nach der Berufswahl ist die Frage nach der Breite des Angebots an aufbauenden Studienfächern (Abb. 5). Hier gibt es noch gewisse Probleme. 68 % der Befragten äußern den Wunsch nach Erwerb eines zweiten Abschlusses, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Davon möchten ca. 50 % eine ökonomische Zusatzausbildung durchlaufen und ca. 30 % eine juristische. Aus diesem Ergebnis lässt sich folgern, dass fast alle StudentInnen der nichtökonomischen Fachrichtungen einen Nachholbedarf an praxisrelevanten betriebswirtschaftlichen und juristischen Kenntnissen haben. Dieser Umstand sollte bei der Erstellung der Lehrprogramme an den nichtökonomischen Fakultäten mehr Berücksichtigung finden.

Mit Hilfe der Frage "Wie stellen Sie sich die Entlohnung vor?„ (Abb. 6) soll die Bereitschaft der Studierenden zur Arbeit nach Marktkriterien, d.h., zu einer Vergütung die unmittelbar von der erbrachten Leistung abhängt, ermittelt werden. Hinsichtlich der Form der Entlohnung unterteilen sich die Befragten in drei Gruppen. So können sich ca. 35 % der StudentInnen eine Entlohnung vorstellen, die direkt von den erbrachten Leistungen abhängt. 26 % der StudentInnen würden ein Festgehalt bevorzugen. Der größte Teil der StudentInnen (ca. 40 %) spricht sich für eine gemischte Form der Entlohnung aus, die aus einem garantierten Grundgehalt und einem zusätzlichen leistungsabhängigen Anteil besteht.

Die Vorstellungen der Studierenden über ihr Mindestgehalt im ersten Jahr nach dem Studium zeugen davon, dass sie die Situation auf dem Arbeitsmarkt für junge Fachkräfte realistisch einschätzen (Abb. 7). So sind ca. 28 % der Befragten bereit, für ein Gehalt unter 300 $/Monat zu arbeiten. Ein Teil der Studenten (ca. 32 %) erwartet ein Monatsgehalt zwischen 300 und 400 $. 16 % der Befragten gehen von einem monatlichen Mindestgehalt von 400-500 $ aus. Mit einem Gehalt im Bereich 500-750 $ im Monat rechnen etwas weniger als 10 % der Befragten. Allerdings denken auch 15 % der Studierenden an ein Monatsgehalt im ersten Berufsjahr in der Größenordnung von 750-1500 $. Die ziemlich realistischen Vorstellungen der meisten Studenten über ihr zu erwartendes Arbeitseinkommen zeugen von ihrem Wunsch, unmittelbar nach dem Studium eine Arbeit zu finden und zwar unabhängig vom Gehalt.

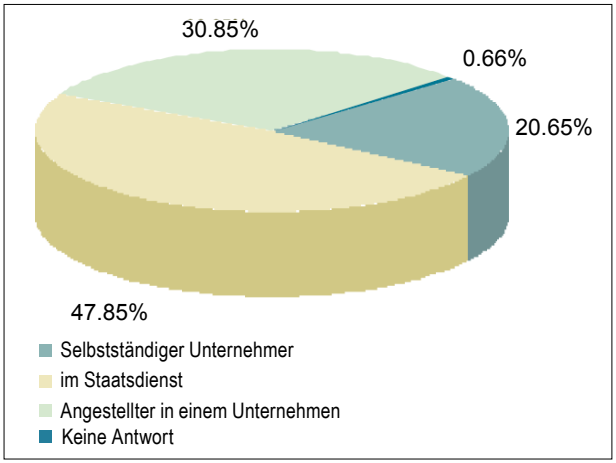
Abbildung 7: Welches Mindestgehalt erwarten Sie im ersten Arbeitsjahr, $/Monat?



Quelle: Eigene Berechnungen.

Auf die Frage nach dem erwarteten Erwerbsverhältnis nach Abschluss des Studiums antworten ca. 50 % der Befragten, dass sie sicherlich in einem Unternehmen beschäftigt sein werden, über 30 % planen eine Karriere im Staatsdienst und 20 % sehen sich als selbstständige Unternehmer (Abb. 8). In den Vorstellungen der StudentInnen über ihre zukünftige Tätigkeit dominiert also eindeutig die abhängige Beschäftigung in einem Privatunternehmen oder im Staatsdienst. Lediglich 20 % der Befragten können sich die Selbstständigkeit als Variante ihres zukünftigen Erwerbslebens vorstellen, was in Anbetracht des sehr jungen Alters der HochschulabsolventInnen nicht verwunderlich ist. Diese 20 % der Studierenden könnten die Basis für die künftige Mittelschicht auf dem Land bilden und sollten deshalb eine besonders intensive Unterstützung während ihres Studiums erfahren. Unbedingt notwendig hierfür ist, diese Studierenden bereits zu einem frühen Zeitpunkt des Studiums zu identifizieren.

Abbildung 8: Welches Erwerbsverhältnis erwarten Sie für sich nach dem Studium?



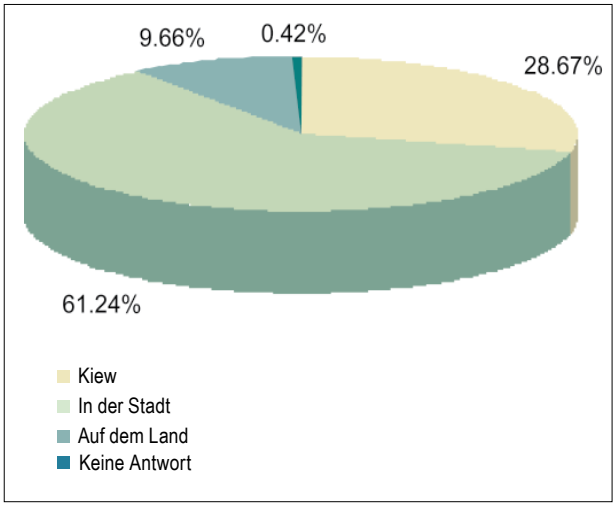
Quelle: Eigene Berechnungen.

Einigen Optimismus lassen die Antworten auf die Frage nach einer zukünftigen Arbeit in einem Landwirtschaftsbetrieb aufkommen. Auf diese Frage gibt eine deutliche Mehrheit von 62 % eine bejahende Antwort. Dieses Ergebnis ist aus mehreren Gründen höchst erfreulich. In erster Linie ist natürlich positiv festzuhalten, dass die Studierenden im Prinzip nicht die Schwierigkeiten fürchten, die im Agrarbereich der Ukraine nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR zu verzeichnen sind.

Bei der Analyse der Antworten auf die Frage nach dem Geburtsort ist der Umstand positiv zu werten, dass das Studium an einer Agrarhochschule sowohl AbiturientInnen wählen, die auf dem Lande geboren und somit von klein an unmittelbar mit der Landwirtschaft verbunden sind, wie auch von AbiturientInnen mit rein städtischem Hintergrund. Das prozentuale Verhältnis der Studierenden vom Land und aus der Stadt liegt fast gleichauf. So sind fast 55 % der StudentInnen auf dem Land groß geworden und 45 % in der Stadt. Ein derartig hoher Anteil an AbiturientInnen mit urbaner Prägung, die sich für eine Agrarausbildung interessieren, ist allerdings mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten, da die Mehrzahl der Studierenden aus dem städtischen Milieu wirtschaftswissenschaftliche Fachrichtungen studiert und gewöhnlich später nicht im Agrarbereich tätig sein möchte.

Obwohl knapp zwei Drittel aller Befragten anführen, sich eine Tätigkeit in einem landwirtschaftlichen Betrieb vorstellen zu können, geben gleichzeitig ca. 90 % an, in der Stadt arbeiten zu wollen (Abb. 9). Solche widersprüchlichen Antworten sind jedoch für Befragungen typisch. Diese Antwort steht im Widerspruch zu den vorherigen Aussagen, doch spiegelt sie nach gegenwärtigem Kenntnisstand die Einstellung der Jugend zum Leben auf dem Dorf wider. Es ist schließlich für niemanden ein

Abbildung 9: Wo möchten Sie arbeiten?



Quelle: Eigene Berechnungen.

Geheimnis, dass der Unterschied im Lebensniveau zwischen Stadt und Land gewaltig ist. Die unterentwickelte Infrastruktur, das unbefriedigende Niveau der sozialen Absicherung und der medizinischen Versorgung, die demografische Situation, die heruntergewirtschafteten Landwirtschaftsbetriebe – das sind nur einige Faktoren, die diese Haltung der Studierenden ausgelöst haben dürften.

Diese Antwort berechtigt auch zu der Feststellung, dass ohne tief greifende Veränderungen auf dem Land in nächster Zukunft nicht mit einem größeren Zustrom von Absolventen in die Landwirtschaft zu rechnen ist, wodurch sich die ohnehin katastrophale Situation in den ländlichen Gebieten der Ukraine weiter verschlechtern wird.

Zusammenfassend bleibt aber festzuhalten, dass sich gegenwärtig deutlich eine Gruppe von Studierenden (ca. 20 %) abzeichnet, die eine umfassende zeitgemäße Ausbildung erfahren möchte und die gewillt ist, nach dem Studium als UnternehmerInnen in der Landwirtschaft zu arbeiten. Aufgabe der Agrarpolitik und der Universitäten muss es sein, die Studierenden dieser Gruppe zu identifizieren und ihnen sowohl bei der Ausbildung wie auch bei der Stärkung ihrer Motivation zur Arbeit auf dem Land Unterstützung angedeihen zu lassen.

Weiterführende Literatur

Lissitsa, A., Gagaluk, T., Mykhaylenko, M. (2006): Arbeiten in der Landwirtschaft – Ja! Leben auf dem Land – Nein!, *Neue Landwirtschaft, Nr. 04,* S. 46-49.

Apfelplantage in der Ukraine

Ökonomische Theorie der Governance in ländlichen Räumen

VLADISLAV VALENTINOV

Governance in ländlichen Räumen: Die Hinwendung "from government to governance"

Der Aufsatz fasst einen Teil der theoretischen Ergebnisse eines mehrjährigen von der EU im Rahmen eines Marie-Curie-Stipendiums finanzierten Forschungsprojektes zum umfassenden Themenkomlex "Zivilgesellschaft und ländliche Entwicklung" zusammen. Gleichzeitig erfolgt eine Einordnung der gewonnenen Ergebnisse in den Kontext der internationalen Forschung.

Fragen der Entwicklung ländlicher Räume fanden während der letzten Jahre unter dem Stichwort "Rural Governance" eine stetig wachsende Beachtung. Für den Begriff "Governance" gibt es dabei keine geeignete deutsche Übersetzung. Seit den 1990er Jahren hat er sowohl in den Wissenschaften als auch in der Politik zunehmend an Bedeutung gewonnen. Exemplarisch und näherungsweise kann Governance definiert werden als die Gesamtheit aller Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln, inklusive aller formellen und informellen Regeln und Organisationen. Dabei wird anstelle des traditionellen Führungsanspruchs einer Leitungs- oder Koordinationsstelle (Regierung, Vorstand etc.) ein neues, integratives Modell zugrunde gelegt, das die multidimensionale Interdependenz verschiedener Einheiten als sich selbst steuerndes Netzwerk begreift.

Das Leitbild und eine Handlungsanweisung bzw. Agenda für Governance in ländlichen Räumen hat sich im Zusammenhang mit dem Wegbewegen vom Agieren in hierarchischen politisch-administrativen Strukturen hin zu einem eher kooperativen Ansatz herausgebildet bzw. "from government to governance" (Marsden und Murdoch, 1998). Dies beinhaltet in erster Linie "the development of governing styles in which boundaries between and within public and private sectors have become blurred" (Stoker, 1998, S. 17). Im Zusammenhang mit der Entwicklung ländlicher Räume beinhaltet dieser Prozess neben anderen Dingen eine breitere Beteiligung der betroffenen Bürger in der Gestaltung von Politiken zur Entwicklung ländlicher Räume durch die Übertragung von Verantwortlichkeiten vom Staat auf den privaten und dritten Sektor (Goodwin, 1998, S. 8). Diese Veränderungen führten – wie in der Erklärung von Cork und einer Anzahl weiterer Dokumente zur Politik in ländlichen Räumen der EU deutlich wird (ibid, S. 6) – zu einer verstärkten Hinwendung zu Partnerschaften außerhalb formaler Regierungsstrukturen.

Fehlendes theoretisches Verständnis für partnerschaftliches Arbeiten

Die Mechanismen des partnerschaftlichen Arbeitens sind jedoch bisher nicht ausreichend erklärt worden. Dieser Koordinierungsmechanismus ist bei Überlegungen zur Governance oft als eine "Black Box" bezeichnet worden (Jones und Little, 2000, S. 172). Dieselbe Ansicht äußerten 2001 Autoren einer OECD-Studie zu lokalen Partnerschaften. Sie stellen

fest, dass – obwohl Inputs und Outputs von Partnerschaften sichtbar sind – der Prozess der Umgestaltung von Inputs in Outputs unklar bleibt.

Ein Weg zum Schließen dieser Lücke: Die "property rights theory of the firm"

Eine theoretische Begründung aus ökonomischer Sicht für die zunehmende Bedeutung von "Rural Governance" in der ländlichen Entwicklung lässt sich aus Ansätzen der „organisational economics“ ableiten. Die "organisational economics" erreichten dies, indem sie in ihrer Analyse der Politikgestaltung in ländlichen Räumen, Politik als "Handlungsschauplatz" begriffen, auf dem unterschiedliche Akteure spezifische Eigentumsrechte zugeteilt bekommen haben. Diese lenken dann die gesamte Interaktion aller Beteiligten. Unterschiedliche Zuteilungen von Eigentumsrechten führen dabei zu unterschiedlichen Governancestrukturen, von denen einige Strukturen wirksamer als andere sind bezogen auf die Nutzenmaximierung und deswegen von den Handlungsbeteiligten eher bevorzugt werden. Die "organisational economics" können dabei bezogen auf eine rationale bzw. optimale Governance für ländliche Räume begründen, warum eine Governancestruktur, die auf einer relativ gleichförmigen Verteilung von Eigentumsrechten zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren beruht, wirksamer ist bzw. einen höheren Nutzengewinn bringt als eine Struktur, die durch erweiterte Eigentumsrechte der Regierung im Vergleich zu nichtstaatlichen Akteuren charakterisiert ist.

Dabei sammelt sich unter dem Oberbegriff der "organisational economics" eine Vielzahl an Ansätzen, die vielfältige Herangehensweisen zur effizienteren Gestaltung der Governance in ländlichen Räumen ermöglichen. Dieser Artikel konzentriert sich auf eine Ausrichtung der "organisational economics" – der Verfügungsrechtetheorie der Firma. Während diese Theorie auf das Erkennen von Handlungsbeteiligten gerichtet ist, denen mehr oder weniger Eigentumsrechte zugeteilt worden sind, erfordert deren Anwendung auf die Governance in ländlichen Räumen eine Erweiterung auf den Fall der Zuteilung von in etwa gleichberechtigten Eigentumsrechten. Partnerschaftliches Arbeiten wird dabei im weitesten Sinn verstanden und bezieht sich auf die Kooperation unterschiedlicher juristischer Personen ungeachtet des gesellschaftlichen Sektors, dem sie zuzuordnen sind (Staat, Markt und Dritter Sektor).

Gemäß der Verfügungsrechtetheorie der Firma behindert die Unvollständigkeit von Verträgen eine effiziente Zuteilung von Ressourcen. Gleichzeitig hängt das Erreichen einer effizienten Zuteilung von den spezifischen Eigentumsrechten der Vertragsparteien ab. Effizienz ist in der Verfügungsrechtetheorie der Firma durch die Maximierung des gegenwärtigen Nettowerts von vertragsspezifischen Investitionen definiert, die wahrscheinlich nicht getätigt worden wären, wenn der potentielle Investor befürchtet hätte, von seinem Vertragspartner aufgrund vertraglicher Unvollkommenheiten betrogen zu werden. Die Wahrscheinlichkeit dieses sogenannten "opportunistischen Verhaltens" lässt sich reduzieren, wenn der potentielle Investor Eigentumsrechte an den Vermögenswerten seines Vertragspartners oder – allgemeiner gesprochen – größere Eigentumsrechte als sein Partner erhält. In einer Situation vertraglicher Unvollkommenheit bzw. Unsicherheit kann deshalb eine effiziente Zuordnung von Ressourcen nur sichergestellt werden, wenn erweiterte Eigentumsrechte derjenigen Vertragspartei zugeteilt werden, die das größere Interesse an der Durchführung einer Investition hat (bestimmt durch einen höheren gegenwärtigen

Nettowert ihrer Investition). Die Zuteilung von erweiterten Eigentumsrechten an eine Vertragspartei schwächt jedoch den Leistungsanreiz der anderen Vertragspartei zur Tätigung eigener Investitionen bezogen auf geschäftliche Beziehungen, weil die Gewinne aus der Investition weitgehend der Vertragspartei mit den erweiterten Eigentumsrechten zufallen.

Die Schlussfolgerung aus der Theorie: Ungleiche Zuteilungen von Eigentumsrechten reflektieren ungleiche wirtschaftliche Interessen der Akteure

Deshalb erklärt diese Theorie die grundsätzliche Logik in der Bereitschaft von Partnern einer ökonomischen Transaktion gemeinsam Investitionen vorzunehmen in Abhängigkeit von der jeweiligen vertraglichen Ausgestaltung und Durchsetzung der Verfügungsrechte. Die Vertragsgestaltung beeinflusst dabei die Effizienz der Ressourcenverteilung, gemessen an dem Umfang, in dem die Verteilung der Eigentumsrechte zwischen Vertragsparteien in geeigneter Weise die spezifischen Interessen aller Parteien an der Durchführung widerspiegelt.

Die Bedeutung dieser Einsicht zum Verständnis von partnerschaftlichem Handeln in der Governance ländlicher Räume wird durch folgende Analogie offenbar: So, wie beteiligte Vertragsparteien einer Privatinvestition sich Gedanken über das Ausmaß vertragsspezifischer Investitionen in Abhängigkeit von der jeweiligen Vertragsausgestaltung machen, erwägen unterschiedliche Akteure mit einem Interesse an Aktivitäten zur Entwicklung von ländlichen Räumen die Möglichkeit, Beiträge zur Unterstützung dieser Aktivitäten zu leisten. Genauso wie die Entscheidung zur Durchführung einer privaten Investition von der Existenz und relativen Verteilung von Eigentumsrechten abhängt, kann die Entscheidung, einen Beitrag für eine Aktivität zur Entwicklung von ländlichen Räumen zu leisten, durch die relative Teilhabe des Handelnden an den Kosten und Nutzen, determiniert durch eine spezifischen Governance-Struktur bestimmt werden. Gleiches gilt für das Ausmaß der aktiven Teilnahme. So, wie ein Unternehmen in der Verfügungsrechtetheorie allgemein als eine Institution gilt, die der Maximierung von vertragsspezifischen Investitionen dient, kann partnerschaftliches Kooperieren in der Governance ländlicher Räume als eine vergleichbare Institution verstanden werden, die zur Mobilisierung bzw. Maximierung von Ressourcenbeiträgen für Entwicklungsaktivitäten in ländlichen Räumen dient. Das Ausmaß der Mobilisierung wird dabei in entscheidendem Maße von den "Verfügungsrechten" an den Ergebnissen ländlicher Entwicklung bzw. Interessen der einzelnen Akteure determiniert.

Daraus folgt, dass Rural Governance …

Im Gegensatz zur Verfügungsrechtetheorie der Firma, die für die effizienzsteigernde Wirkung der ungleichen Zuteilung von erweiterten Eigentumsrechten an ausgewählte Handlungsbeteiligte plädiert, ist die Ausbreitung von Rural Governance bestimmt durch eine wachsende Effizienz bei Beseitigung des Unterschieds im Zuteilungsumfang von Eigentumsrechten an unterschiedliche Akteure bei der Politikgestaltung in ländlichen Räumen. Damit dieses grundlegende theoretische Axiom vollständig auf Probleme der Rural Governance übertragen werden kann, muss es noch um das Szenario erweitert werden, dass die Interessen von unterschiedlichen Handlungsbeteiligten gleich sind. In diesem Fall ist es ineffizient, einer Partei erweiterte Eigentumsrechte zuzuteilen, weil die Partei, deren Eigentumsrechte schwächer ausgebildet ist, von der Durchführung von gemeinsamen Investitionen aufgrund der Befürchtung

Abstand nehmen wird, nicht zur gleichberechtigten Aneignung des erzielten Nutzens in der Lage zu sein (die Angst vor opportunistischem Verhalten bei unklaren Verfügungsrechten). Die Ineffizienz ergibt sich aus der Tatsache, dass der Wert der vertragsgebundenen Investitionen nicht maximiert wird. Die auf der gleichen Zuteilung von Eigentumsrechten basierende Governance-Struktur lässt sich als eine Form der kooperativen Einigung verstehen, d.h. ein Netzwerk, eine Vereinigung, ein Bündnis oder eine Kooperationspartnerschaft. Im Kontext der Governance zur Entwicklung ländlicher Räume ist dies das partnerschaftliche Arbeiten.

… diese muss durch die wachsende Interessengleichheit aller betroffenen Akteure bei der Entwicklung ländlicher Räume erklärt werden

Folglich muss die Entfaltung einer Governance-Struktur zur Entwicklung ländlicher Gebiete als Antwort auf evolutorisch voranschreitende Veränderungen unterschiedlicher Akteursinteressen hin zu einem gemeinsamen Interesse an einer dauerhaften Entwicklung ländlicher Räume verstanden werden. Die Akteure haben in wachsendem Maße erkannt, dass sie bei gemeinsamem Handeln alle von der Entwicklung ländlicher Räume profitieren. Weil der "Handlungsschauplatz" von Rural Governance eher durch die Politikgestaltung in ländlichen Räumen als durch gewöhnliche Geschäftstransaktionen dargestellt wird, beantwortet sich die Frage, welcher Art die Gleichheit der Anteile oder von Interessen ist, auf der Basis des normativen Postulats politischer Gleichheit von Bürgern in einer demokratischen Gesellschaft (Buchanan, 1985). Speziell in dem Umfang, in dem Bürger ihre privaten Belange bezüglich von Fragen der Politik zur Entwicklung ländlicher Räume öffentlich ausdrücken, schließt der normativ höherwertige Weg des Ansprechens dieser Fragen die Anwendung von Verfahrensweisen ein, welche von allen beteiligten Bürgern auf der Grundlage ihrer privaten Präferenzen positiv bewertet werden, wobei kein Bürger als mehr oder weniger wichtig als ein anderer Bürger erachtet wird.

Wichtige Dokumente zur Politik der Entwicklung ländlicher Räume, die auf diese privaten Interessen als Grundlage für ihre politische Legitimation verweisen, belegen, dass diese tatsächlich Berücksichtigung finden. Die Schlussfolgerungen der Zweiten Europäischen Konferenz zur ländlichen Entwicklung in Salzburg bestätigen z.B. "the increasing importance European citizens attach to the safety and quality of their food, to the welfare of farm animals, and to the preservation and enhancement of the rural environment." Werden folglich die Interessen von nichtstaatlichen Akteuren in der Politikgestaltung in ländlichen Gebieten in steigendem Maße erkennbar, kann die Wirksamkeit der Governance in ländlich geprägten Gebieten nur gewahrt werden, wenn diesen Akteuren entsprechend größere Eigentumsrechte in dieser Governance oder, um eine konventionellere Terminologie zu gebrauchen, größere Befugnisse bei der Politikgestaltung in ländlich geprägten Gebieten zugeteilt werden. Aus normativer Sicht unter dem Postulat der politischen Gleichheit müssen diesen Akteuren gleiche Rechte zugeteilt werden, aber nicht nur gleiche Rechte im Verhältnis untereinander, sondern auch in Beziehung zur Regierung.

Forschungsausblick

Die vorgestellte Erklärung zur Zunahme der Rural Governance beruht auf der Übertragung einer Governance-Struktur auf eine andere unter Berücksichtigung der wechselnden

Interessenkonstellationen der Akteure. Dieser Erklärungsansatz verlangt es, das Auftreten von gravierenden Ineffizienzen für den Fall zu untersuchen, dass die Geschwindigkeit der Übertragung nicht an das Tempo der Veränderung der Akteursinteressen heranreicht. In einem solchen Fall könnte es zu einer Verdrängung von privaten freiwilligen Unterstützungsinitiativen zur Entwicklung ländlicher Räume kommen, wenn die Politikgestaltung in ländlichen Räumen von der Regierung dominiert ist. Es lässt sich in entsprechender Weise hypothetisch annehmen, dass die Dominanz der Politikgestaltung in ländlichen Räumen durch die Regierung optimal für eine einseitige Ausrichtung auf die landwirtschaftliche Produktion ist (vergleiche z.B. Ilbery/Bowler, 1998). Eine solch einseitige Politik hat die eingeschränkte Rolle freiwilliger Initiativen örtlicher Akteure als Voraussetzung, während ihre Optimalität durch den Eintritt in eine schwächer outputorientierte Phase landwirtschaftlicher Entwicklung wohl eher abnimmt. Es ist sowohl weitere konzeptuelle als auch empirische Forschungsarbeit nötig, um diese Hypothese zu untersuchen (Valentinov, 2005).

In jedem Fall erfordert der empirische Nachweis der theoretisch abgeleiteten zunehmenden Rationalität von Rural Governance die Entwicklung von Methoden zur Messung solcher Variablen wie der Einheitlichkeit bei der Zuteilung von Eigentumsrechten und dem Ausmaß der staatlichen Dominanz in der Politikgestaltung in ländlichen Räumen und dem Vertrauen in eine partnerschaftlich basierte Governance. Obwohl diese Methoden wahrscheinlich fallspezifisch sein werden, ist die Bestimmung der empirischen Beziehungen zwischen diesen Variablen für das Verständnis der politischen und wirtschaftlichen Prozesse unerlässlich, die an der Zunahme von Governance-Strukturen in ländlichen Räumen beteiligt sind.

Weiterführende Literatur

Buchanan, James M. (1985): Constitutional democracy, individual liberty and political equality, *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, 4,* S. 35-47.

Goodwin, M. (1998): The governance of rural areas: Some emerging research issues and agendas, *Journal of Rural Studies, 14(1),* S. 5-12.

Ilbery, B., Bowler, I. (1998): From agricultural productivism to post-productivism, in: Ilbery, I. (Hrsg.): The Geography of Rural Change, Longman, London, S. 1-21.

Marsden, T., Murdoch, J. (1998). Editorial: The shifting nature of rural governance and community participation, *Journal of Rural Studies, 14(1),* S. 1-4.

OECD (2001): Local partnerships for better governance, OECD-Veröffentlichungen, Paris.

Stoker, G. (1998): Governance as theory: Five propositions, *International Social Science Journal, 155,* S. 17-28.

Valentinov, V. (2005): Rural partnership as a governance mechanism: Toward an organizational economics perspective of rural governance, *Journal of Rural Development, 28,* S. 159-183.

Teilnehmer auf dem IAMO-Forum

Mehr Unternehmen in der Landwirtschaft?! – Herausforderungen und Strategien: Ergebnisse des IAMO-Forum 2006

KIRSTI DAUTZENBERG, SVEN-OLIVER JUNGKLAUS

Die Landwirtschaft in den Ländern Mittel- und Osteuropas steht seit den späten achtziger Jahren unter einem erheblichen Anpassungsdruck. Der Sektor musste einerseits auf die Entstehung von neuen Märkten und sich ständig verändernde politische Rahmenbedingungen reagieren und sich andererseits der Integration in die Europäische Union und in den Weltmarkt stellen. Veränderte gesellschaftliche Ansprüche an die Lebensmittelsicherheit, der fortschreitende Strukturwandel im Lebensmitteleinzelhandel sowie in den Unternehmen der Agrar- und Ernährungsindustrie, steigende Umweltstandards und ein Rückgang der Subventionszahlungen bewirkten Veränderungen in den landwirtschaftlichen Unternehmen. Der Druck auf die Unternehmen hat neben betrieblichen Anpassungen zu veränderten Anforderungen an die Unternehmensführung geführt.

Das IAMO-Forum 2006 vom 29. Juni bis 1. Juli mit dem Thema *Landwirtschaft im Spannungsfeld von Märkten, Institutionen und Politik – Herausforderungen und Strategien* hatte das Ziel, diese Entwicklungen genauer zu betrachten. Diskutiert wurden mögliche Wege zu einer effizienten und erfolgreichen Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, zum Aufbau wettbewerbsfähiger Organisations-, Kooperations- und Vertragsstrukturen sowie Wechselwirkungen von Politik und Sektor. Die nachfolgend zusammengefassten wissenschaftlichen Beiträge und Diskussionen geben Antworten auf die Fragen: Welche Organisations- und Kooperationsformen sind notwendig, um auch längerfristig am Markt zu bestehen? Welche Effizienz- und Produktivitätspotenziale können genutzt werden, wo finden sich Marktnischen? Darüber hinaus wurden die beeinflussenden Faktoren für die zukünftige Politikgestaltung genauso behandelt wie das Aufkommen von Nachfrage nach neuen Produkten und die Erschließung neuer Märkte.

Untersuchungen zur Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Unternehmen in den Ländern Mittel- und Osteuropas ergeben, dass die derzeitige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen von signifikant geringeren Faktorkosten für Boden, Arbeit und Kapital getragen wird. Eine in der Zukunft realistisch erscheinende Erhöhung dieser Kosten macht es notwendig, die Produktionseffizienz deutlich zu erhöhen, um langfristig am Markt konkurrieren zu können. Potenziale liegen hierbei in der Unternehmensführung, in der Anpassung der Produktionsstruktur bzw. in der Verbesserung der Allokationseffizienz sowie bei Veränderungen in der Organisation der landwirtschaftlichen Unternehmen und der Integration von Unternehmen in die Wertschöpfungskette der Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Limitierende Faktoren, Wettbewerbsfähigkeit und Alternativen

Die Analyse der Allokationseffizienz von Genossenschaften in der Region um St. Petersburg von Epstein ergab, dass sowohl ein Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften als auch ein Defizit

an Kapital(-zugang) die entscheidenden Hemmnisse ausreichender Rentabilität der Unternehmen sind. Darüber hinaus ist die effiziente Nutzung des Bodens eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume. Untersuchungen von Il'ina und Svetlov zeigten, dass der zwischenbetriebliche Bodentransfer aufgrund hoher Transaktionskosten und stark variierender Preise in der Region um Moskau erhebliche Defizite aufweist. Die Ergebnisse belegen ferner, dass die ohnehin geringe Bodenproduktivität zwischen 2001 und 2003 eine rückläufige Entwicklung nahm. Dieser Trend ist rückblickend Ausdruck fehlender gesicherter politischer Rahmenbedingungen. In naher Zukunft lässt ein weiterer Wertrückgang bei Boden jedoch kaum erwarten, dass notwendige Investitionen in den Aufbau funktionierender Bodenmärkte getätigt werden.

Ramanovich und Hemme verglichen auf Grundlage einzelbetrieblicher Produktionskosten die Wettbewerbsfähigkeit der osteuropäischen Milchproduktion mit der westeuropäischer Länder. Die Mehrheit der Betriebe in den MOE-Ländern produziert Milch zu einem wettbewerbsfähigen Preis. Die Gründe dafür liegen überwiegend in der geringeren Entlohnung der Faktoren Arbeit und Boden, diese machen zusammen ca. 50 % der Kostenvorteile aus. Wahrscheinlich werden sich die lokalen Preisvorteile dieser Faktoren im Zeitablauf verringern und die Unternehmen müssen die Effizienz der Ressourcennutzung erhöhen.

Die Entwicklung von außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten in ländlichen Regionen in der Ukraine untersuchten Nivyevskiy und Cramon-Taubadel. Faktoren wie die Breite des Angebotes an außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten, Geschlecht und Ausbildungsstand der ländlichen Bevölkerung sowie der Zugang zu Infrastruktur und landwirtschaftlicher Fläche beeinflussten maßgeblich das Angebot außerlandwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten. Zander, Thobe und Nieberg untersuchten in verschiedenen Beitrittsländern der EU die Auswirkungen des Beitritts auf Betriebe mit ökologischem Landbau. Nach dem Beitritt stieg die Höhe der Transferzahlungen sowohl für alternativ als auch ökologisch bewirtschaftete Flächen stark an, dies war begleitet durch ein Anwachsen der Verwaltungskosten, von zusätzlichen Investitionen zur Erreichung der höheren Standards für Hygiene, Tier- und Umweltschutz sowie steigenden Faktorkosten. Die Entwicklung des inländischen Marktes und die Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsmöglichkeiten gelten für die zukünftige Entwicklung des ökologischen Landbaus als entscheidend.

Agrarpolitik und deren Auswirkungen auf Unternehmen

Die Auswirkung des Beitritts auf landwirtschaftliche Unternehmen in Bulgarien wurde von Doitchinova, Kanchev und Miteva untersucht. Ihre Ergebnisse zeigen, dass sich eine steigende Nachfrage nach Boden (Pacht und Kauf) abzeichnet und eine Verlagerung der Produktion auf begünstigte Standorte erfolgt. Bei einem Rückgang der absoluten Anzahl landwirtschaftlicher Unternehmen entstehen im Bereich der Sonderkulturen, wie Tabakanbau und Obst- und Gemüsebau, neue Unternehmenskapazitäten. Der Einfluss von Politiken auf die Entwicklung des Agrar- und Ernährungssektors ist auch weiterhin ein nicht zu vernachlässigender Aspekt. Am Beispiel der polnischen Landwirtschaft diskutierten Falkowski und Milczarek potenzielle Ursachen für beobachtete Diskrepanzen zwischen Zielen der Politik und der individuellen Wahrnehmung durch Landwirte.

Ergebnisse einer Befragung polnischer Landwirte zeigen, dass Politikveränderungen seit Beginn der 90er Jahre größtenteils als negativ wahrgenommen worden sind. Offenbar haben sich die Erwartungen der Landwirte nicht erfüllt, dass sich der Agrarsektor zu einer freien Marktwirtschaft entwickelt. Die Autoren weisen darauf hin, dass diese Wahrnehmung insbesondere durch eine fehlende Koordination ländlicher Entwicklungspolitiken sowie eine stark zentralistische Entscheidungsstruktur forciert worden ist.

Balkhausen und Banse diskutierten auf der Grundlage von Ergebnissen eines partiellen Gleichgewichtsmodells die Frage, wie sich eine Rückführung von Direktzahlungen auf die Produktion in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Polen auswirkt. Bei einem solchen Szenario würde ein nicht unerheblicher Teil der Fläche brach fallen. Je nachdem, ob bei der letzten Agrarreform Direktzahlungen für Wiederkäuer beibehalten wurden oder nicht, habe eine Rückführung der Prämien deutliche Wirkungen auf die Rindfleischproduktion.

Die wichtigsten Determinanten ausländischer Direktinvestitionen in der ukrainischen Ernährungsindustrie untersuchte Luka in ihrem Beitrag. Im Ergebnis hat die Größe des Marktes im Zielland wesentlichen Einfluss auf die Höhe der Direktinvestitionen. Die Autorin folgerte daraus, dass insbesondere Investitionen getätigt werden, die auf die Erschließung weiterer Märkte abzielen. Ferner konnte eine Verbindung zwischen ausländischen Direktinvestitionen und Importen in die Ukraine hergestellt werden.

Perspektiven und Tendenzen des Agrar- und Ernährungssektors

Am zweiten Tag standen die zukünftigen Perspektiven und Rahmenbedingungen einerseits und neue Ideen und Tendenzen des Agrar- und Ernährungssektors andererseits im Vordergrund der Tagung. Alfons Balmann, Geschäftsführender Direktor des IAMO, wies zu Beginn der Veranstaltung darauf hin, dass die Industrialisierung des Agrarsektors gegenwärtig eine neue Dimension erreicht hat. Die landwirtschaftliche Erzeugung wird nicht zuletzt durch Bemühungen um die Qualitätssicherung zunehmend in die Wertschöpfungsketten integriert. Weitere Herausforderungen für den Agrarsektor sind die Partizipation an neuen Märkten, wie z.B. nachwachsende Rohstoffe und der Nachfrage-, teilweise aber auch Exportboom in Südamerika, Ost- und Südostasien sowie das Aufkommen neuer Technologien. Nach Ansicht von Ulrich Neubauer vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ist eine grundlegende Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Erzeugung eine bessere Abstimmung innerhalb der Wertschöpfungskette, wobei der Grundsatz gilt, dass die Marktbeteiligten selbst ihre Zusammenarbeit und Strukturen organisieren. Als wesentliche Ziele der nationalen Agrarpolitik nannte er Bürokratieabbau und Bürokratievermeidung sowie Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Betriebe.

Entwicklungen in China

Die rasante Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors in China und Auswirkungen auf die Weltmärkte und die europäische Landwirtschaft wurden von Scott Rozelle, Stanford University (USA), eindruckvoll geschildert. Trotz eines deutlichen Rückgangs des Anteils in der landwirtschaftlichen Beschäftigung, besonders der jungen Generation (in der Alterskohorte der 16- bis 20-Jährigen lag der Anteil der außerlandwirtschaftlich Beschäftigten im Jahr 1990 bei 23,7 % und im Jahr 2000 bei bereits 75,8 %), wurden im letzten Jahrzehnt

im landwirtschaftlichen Sektor vor allem technologiebedingt enorme Produktionssteigerungen erzielt. So ist zukünftig mit einem verstärkten Export besonders arbeitsintensiver Produkte wie Obst, Gemüse und Fleisch aus China zu rechnen, gleichzeitig sinkt der Importbedarf flächenintensiver Produkte wie Soja und Baumwolle. Probleme bestehen jedoch aktuell bei der Qualitätssicherung landwirtschaftlicher Produkte, da eine Rückverfolgbarkeit kaum möglich ist. Hier gibt es jedoch Ausnahmebereiche, in denen bereits heute gezielt Qualitätsprodukte für ausländische Märkte (z.B. Japan und Südkorea) hergestellt werden.

Über Probleme des Bodenmarktes in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas sprach Johan Swinnen von der Katholieke Universiteit Leuven (Belgien). Sowohl Unzulänglichkeiten auf den Kapitalmärkten dieser Länder als auch Unklarheiten der rechtlichen Rahmenbedingungen führen zu Problemen beim Handel mit Boden. Der erschwerte Zugang zu Kapital beeinflusst dabei sowohl den Kauf als auch die Pacht von landwirtschaftlichen Flächen. Die kleinststrukturierten Eigentumsverhältnisse bei Boden und die damit entstehenden hohen Transaktionskosten beim Bodenhandel führen zu Faktorimmobilität und somit zur Unterlassung notwendiger Transaktionen.

Podiumsdiskussion zur Zukunft des Sektors

Verschiedene Stakeholder des Agrarsektors diskutierten auf dem ersten Podium des Tages die zukünftige Ausrichtung des Sektors und die hierfür notwendigen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen. So muss laut Staatssekretär Hermann Onko Aeikens vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (Sachsen-Anhalt) "die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft oberste Priorität haben. Deshalb stimmen wir auch der jetzt verschiedentlich diskutierten Modulation um 20 Prozent nicht zu. Die Bauern brauchen Verlässlichkeit. Nur so kann sich Sachsen-Anhalt weiter als landwirtschaftliche Topregion entwickeln." Die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Landwirtschaft kann nach Ansicht Michael Grams von der Europäischen Union (DG Haushalt) nur bei konsequenter Ausrichtung der Unternehmen auf die Bedürfnisse des Marktes gesichert werden.

Die Entlastung des EU-Haushaltes spielt mit Blick auf die Gemeinsame EU-Agrarpolitik eine essentielle Rolle. Brendan Bayley vom britischen Finanzministerium stellte die Frage, an wen sich die Direktzahlungen richten und welche Funktion sie eigentlich erfüllen. Eine Vermengung von agrarpolitischen und sozialpolitischen Zielen lehnte er konsequent ab und skizzierte die Vision einer wettbewerbs- und marktorientierten europäischen Landwirtschaft, die ohne Subventionen wettbewerbsfähig ist. Armin Tietjen von John Deere International rechnete mit einem Rückgang der klassischen Investitionsförderung und forderte einen Rückzug der Politik aus dem Sektor und begründete dies damit, dass die Agrarpolitik in jüngster Zeit verstärkt Politikunsicherheit generiere – vor allem auch in den neuen Mitglieds- und Beitrittsländern der EU. Er äußerte die Überzeugung, dass die Landmaschinenhersteller einen solchen Prozess nicht fürchten müssten, da zugleich eine Modernisierung eintreten würde. Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe, mahnte vor allem den Zielkonflikt der europäischen Agrarpolitik und der deutschen Entwicklungspolitik an. Durch die Gemeinsame EU-Agrarpolitik und die damit einhergehende Verzerrung der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel käme es zu empfindlichen Störungen bis hin zum Zusammenbruch der Binnenmärkte in Entwicklungsländern. Diese Probleme gelte es abzubauen.

Viele Wege führen in die Zukunft

Im zweiten Podium stellten vier Landwirte aus Deutschland, Österreich, Polen und Ungarn ihre Unternehmenskonzepte vor. So unterschiedlich wie die landwirtschaftlichen Unternehmen, sie reichten vom 6000 ha-Betrieb in Ungarn bis zum Bergbauern in Österreich, so unterschiedlich sind die dahinter stehenden Unternehmensphilosophien, die dennoch alle zuversichtlich in die Zukunft blicken. Für Carl-Albrecht Bartmer, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), heißt wettbewerbsfähig werden und bleiben, in Europa derzeit in erster Linie Kosten zu senken, aber auch biologische Leistungen sowie die Qualität der Produkte aus Sicht der Kunden zu steigern. Jede Maßnahme und unternehmerische Entscheidung muss daher auch den strengen Maßstäben ökonomischer Effizienz genügen. Einen Wettbewerbsvorteil gegenüber global gehandelten Standardgütern können Produkte mit definierter Herkunft und Qualität erzielen, die sich am Verbraucherinteresse orientieren und weltweiten Konsumtrends möglichst schon einen Schritt voraus sind. Arnold Czech (Polen) und György Rasko (Ungarn) gingen noch einen Schritt weiter. Ihre Strategien bestünden darin, flexibel auf die Rahmenbedingungen zu reagieren und eine Rentabilität auch ohne Subventionszahlungen zu erzielen. Die jetzigen Direktzahlungen führten ihres Erachtens nur zu Pachtpreissteigerungen zugunsten der Bodeneigentümer. Im Gegensatz zur Strategie der Kostenführerschaft favorisierte der österreichische Landwirt Josef Brandstätter eine Nischenstrategie mit einer ebenfalls konsequenten Ausrichtung an den Bedürfnissen der Kunden.

Fazit

Die vorhandenen wettbewerbsfähigen Strukturen in der Landwirtschaft benötigen neben einer konsequenten Ausrichtung am Markt vor allem vorhersehbare und verlässliche politische Rahmenbedingungen und eine Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf ihre originären Ziele. Eine dämpfende Wirkung für die Landwirtschaft in Mittel- und Osteuropa kann von den kräftig expandierenden Agrarexporten anderer Länder, vornehmlich China und in Südamerika ausgehen. Komparative Vorteile sind in Mittel- und Osteuropa aber weiterhin die (noch) günstigen Faktoren Arbeit und Boden, die allerdings für eine nachhaltig erfolgreiche Entwicklung von Produktivitätssteigerungen begleitet werden müssen.

Weiterführende Literatur

Curtiss, J., Balmann, A., Dautzenberg, K., Happe, K. (Hrsg.) (2006): Agriculture in the face of changing markets, institutions and policies – Challenges and strategies, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Bd. 33,* IAMO, Halle (Saale), <http://www.iamo.de/fileadmin/institute/pub/sr_vol33.pdf>.

Gebäude des IAMO

Das IAMO – Ein kurzes Portrait

Ziele und Aufgaben

Das Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) widmet sich der Untersuchung von tief greifenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungsprozessen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie in den ländlichen Räumen. Sein Untersuchungsgebiet erstreckt sich auf Mittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich der Türkei. Hinzu kommen die Transformationsländer Zentral- und Ostasiens. Trotz großer Anstrengungen und vieler Erfolge liegt die agrar- und ernährungswirtschaftliche Entwicklung in vielen dieser Regionen noch weit hinter der westlicher Industrienationen zurück und schlägt dabei teilweise eigene sehr spezifische Entwicklungswege ein. Zudem zeichnet sich ein enormes Entwicklungsgefälle zwischen erfolgreichen und stagnierenden Regionen innerhalb einzelner Länder und zwischen Ländern ab. Es ist offensichtlich, dass die Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Politik der sich erweiternden Union von diesen sehr unterschiedlich verlaufenden Prozessen mit betroffen sind. Insofern besteht für das IAMO nicht nur thematisch, sondern auch regional ein breit gestreuter Forschungsbedarf.

Mit seiner inhaltlichen und geographischen Ausrichtung steht das IAMO weltweit einzigartig dar. Seit seiner Gründung im Jahr 1994 gehört es als außeruniversitäre Forschungseinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft an. Die Leibniz-Gemeinschaft schließt wissenschaftlich, rechtlich und wirtschaftlich eigenständige Forschungsinstitute und Serviceeinrichtungen zusammen, die zur Erfüllung überregionaler gesamtstaatlicher Interessen gemeinsam vom Bund und den Ländern gefördert werden (www.leibniz-gemeinschaft.de).

Die Arbeit des IAMO soll nicht nur zum Verständnis, sondern auch zur Bewältigung der Transformationsprozesse beitragen. Aus diesem Anspruch ergeben sich die drei Kernaufgaben des Institutes:

- International ausgerichtete agrar- und ernährungsökonomische Forschung unter Einbeziehung der Entwicklung ländlicher Räume,
- Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik,
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Das Institut versteht sich als gestaltende Kraft der internationalen agrarökonomischen Forschung. Exzellente Forschung bildet den Motor der Entwicklung des Institutes und schafft erst die Voraussetzungen für die Erfüllung der anderen beiden Kernaufgaben. So dient das IAMO als Forum des Austausches und fördert auf diese Weise die internationale Vernetzung der Forschung und den Dialog zwischen Entscheidungsträgern aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Zudem nutzt es seine Kompetenzen und Mittel für die Qualifizierung von WissenschaftlerInnen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei in der Förderung des akademischen Nachwuchses aus den Partnerländern. Durch seine internationale Ausrichtung und Zusammenarbeit mit anderen Lehr- und Forschungseinrichtungen trägt das IAMO zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes Halle in Mitteldeutschland bei. Einen wichtigen Beitrag hierzu

leistet auch die enge Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) insbesondere mit dem Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften als Teil der neu gebildeten Naturwissenschaftlichen Fakultät III.

Wissenschaftliche Abteilungen, Forschungsfelder und Themenschwerpunkte

Die dreigliedrige Forschungsstruktur des IAMO mit den Abteilungen *Agrarpolitik*, *Agrarmärkte* und *Strukturentwicklung* (Kurzbezeichnungen) leitet sich aus der Ausrichtung seiner Forschung ab. Agrarpolitische Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten, die Märkte im Agrar- und Ernährungssektor sowie die Entwicklung der Betriebe und Strukturen im ländlichen Raum werden analysiert. Entwicklungen auf einzelbetrieblicher Ebene und in ländlichen Räumen, der Aufbau funktionierender Agrarmärkte und die Gestaltung der Agrarpolitik hängen dabei in Transformationsländern eng miteinander zusammen. Dementsprechend ist die wissenschaftliche Arbeit des IAMO abteilungsübergreifend in vier Forschungsschwerpunkten organisiert, die sich auf zentrale Problemfelder der Agrarentwicklung in Transformationsländern konzentrieren. Den Forschungsschwerpunkten unterliegen Themenfelder, die mehr als drei Dutzend Einzelprojekte bündeln und insgesamt zehn Arbeitsgruppen zuordnen. Die erhöhte Kommunikationsdichte in Arbeitsgruppen wirkt dabei einer Zersplitterung der Forschung entgegen. Neben positiven Bündelungseffekten erlaubt die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Arbeitsgruppen ein effizientes, ergebnisorientiertes Forschungsmanagement. Folgende Themenfelder werden derzeit von Arbeitsgruppen innerhalb der Forschungsschwerpunkte bearbeitet:

I. Modellgestützte Politikanalyse auf Sektor- und Betriebsebene

1. Produktions-, Handels- und Nachfrageeffekte
2. Struktur-, Einkommens- und Umwelteffekte

II. Agrarverfassung in den MOEL

3. Sozialkapital
4. Institutionenökonomik der ländlichen Entwicklung
5. Organisation und Management von Agrarunternehmen
6. Risikomanagement und Finanzierung

III. Marginalisierung in ländlichen Räumen

7. Politik zur Entwicklung ländlicher Räume
8. Privathaushalte und Familienwirtschaften

IV. Produkt- und Prozessqualität in der Nahrungsmittelkette

9. Wertschöpfungsketten
10. Management, Marketing und Verbraucherverhalten

Institutsstruktur

Das IAMO ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts. Ihre Organe sind der Stiftungsrat, das Direktorium und der Wissenschaftliche Beirat. Das Institut gliedert sich in drei wissenschaftliche Abteilungen:

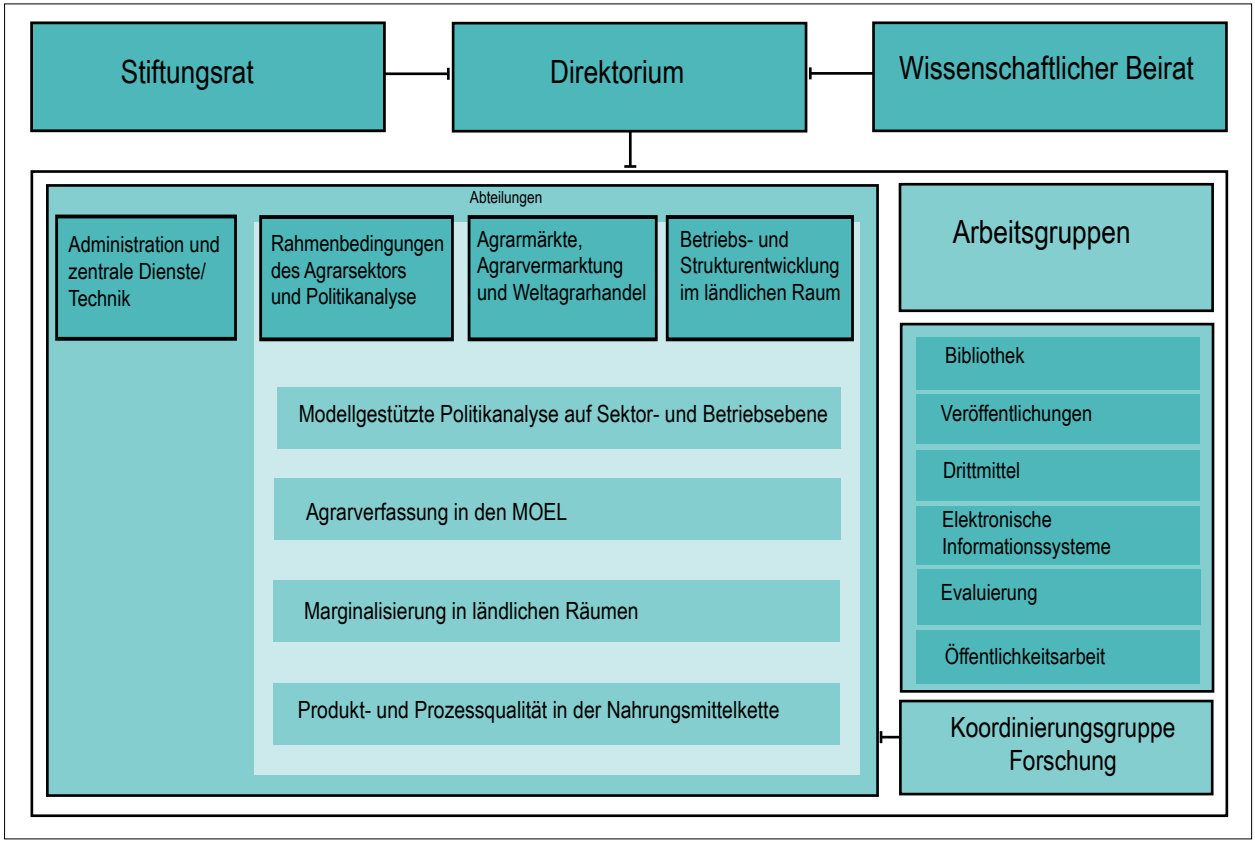
- Rahmenbedingungen des Agrarsektors und Politikanalyse, *Abteilungsleiterin ist Prof. Dr. Gertrud Buchenrieder (geb. Schrieder),*
- Agrarmärkte, Agrarvermarktung und Weltagrarhandel, *Abteilungsleiter ist Prof. Dr. Thomas Glauben,*
- Betriebs- und Strukturentwicklung im ländlichen Raum, *Abteilungsleiter ist Prof. Dr. Alfons Balmann.*

Die Leiter der wissenschaftlichen Abteilungen bilden zusammen mit der Leiterin der Abteilung

- Administration und Zentrale Dienste/Technik,
  Dipl.-Ök. Hannelore Zerjeski,

das Direktorium des Institutes. Geschäftsführender Direktor des IAMO ist Prof. Dr. Alfons Balmann.

In Abstimmung mit dem Stiftungsrat führt dieses Kollegialorgan die Institutsgeschäfte und gestaltet die langfristige Forschungs- und Entwicklungsplanung des IAMO. Der Wissenschaftliche Beirat berät das Direktorium und den Stiftungsrat in wissenschaftlichen Angelegenheiten und nimmt eine regelmäßige Bewertung der Arbeit des Institutes vor.



Organigram des Leibniz-Institutes für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa

Dem Stiftungsrat gehörten zum 01.01.2007 folgende Persönlichkeiten an: MinDirig. Dr. Joachim Welz (Vorsitzender; Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt), Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens (Stellvertretender Vorsitzender; Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt), MinR. Dr. Rudolf Wendt (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), Reg.Dir. Dr. Ulrich Neubauer (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel (Georg-August-Universität Göttingen), Prof. Dr. P. Michael Schmitz (Justus-Liebig-Universität Gießen), Prof. Dr. Bernd Six (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Dr. Franz-Georg von Busse (Geschäftsführer der LEMKEN GmbH & Co. KG).

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates waren zum 01.01.2007: Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel (Vorsitzender, Georg-August-Universität Göttingen), Prof. Dr. P. Michael Schmitz (Stellvertretender Vorsitzender, Justus-Liebig-Universität Gießen), Prof. Dr. Heinz Ahrens (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Prof. Dr. Ernst Berg (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn), Dr. Tomáš Doucha (Staatssekretär, Agrarministerium Prag, Tschechische Republik), Prof. Dr. Konrad Hagedorn (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Michael Kirk (Philipps-Universität Marburg), Prof. Dr. Ewa Rabinowicz (Schwedisches Agrarökonomisches Forschungsinstitut SLI, Lund, Schweden), Prof. Dr. Eugenia Serova (Institut für Transformationsökonomik IET, Moskau, Russland), Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Koester (Christian-Albrecht-Universität Kiel) und Prof. Ph. P. Jo Swinnen (Katholische Universität Leuven, Belgien).

Der Wissenschaftsstandort Halle (Saale)

Der Wissenschaftsstandort Halle (Saale) verfügt mit einer der großen deutschen Traditionsuniversitäten über eine lange und reichhaltige Geschichte in nahezu allen Gebieten der Wissenschaft. Die Institute der Martin-Luther-Universität (MLU), die außeruniversitären Einrichtungen der Gesellschaften Max Planck, Fraunhofer, Leibniz und Helmholtz sowie zahlreiche in der Forschung tätige jüngere Unternehmen schaffen im Wissenschafts- und Innovationspark eine gute Grundlage für eine Vernetzung von Ausbildung, Forschung und Praxis. Das IAMO ist Teil dieses gewachsenen und expandierenden Wissenschafts- und Kompetenzstandortes.

Kooperation mit universitären Einrichtungen

Die Arbeit des IAMO ist eng verknüpft mit der Landwirtschaftlichen Fakultät der MLU, die im September 2006 in das Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften überführt wurde. Dieses Institut ist nun Teil der neu gebildeten Naturwissenschaftlichen Fakultät III an der MLU. Die LeiterInnen der wissenschaftlichen Abteilungen des IAMO sind in die Lehr- und Gremientätigkeit der MLU eingebunden. Auch viele promovierte MitarbeiterInnen des IAMO sind sowohl an der universitären Lehre beteiligt, als auch an der Durchführung einer gemeinsamen Sommerschule und eines bundesweit organisierten Doktorandenstudienganges. Personell vollzieht sich die Verzahnung zwischen MLU und IAMO ebenso durch die Mitgliedschaft von Prof. Dr. Heinz Ahrens, der die Professur für Agrarpolitik und Agrarumweltpolitik innehat, im Wissenschaftlichen Beirat und des Prorektors für strategische Entwicklung, Prof. Dr. Bernd Six, als Vertreter der MLU im Stiftungsrat des IAMO.

Das IAMO kooperiert ebenfalls intensiv mit zahlreichen anderen Universitäten. Vornehmlich sind hier agrar- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten zu nennen. Hinzu kommen je nach den Erfordernissen der interdisziplinären Forschung noch weitere sozial- und geisteswissenschaftliche Fachrichtungen wie z.B. Geschichte. Bezogen auf die universitären Kooperationspartner in Deutschland sind besonders die Standorte Berlin, Bonn, Hohenheim, Kiel, Göttingen und Münster zu nennen. Es bestehen des Weiteren enge Verbindungen zu agrarökonomischen Lehrstühlen bzw. Instituten an landwirtschaftlichen sowie ökonomischen Hochschulen und Universitäten in den Partnerländern des IAMO. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass 2006 die Forschungskooperation mit chinesischen Universitäten, aber auch außeruniversitären Forschungseinrichtungen ausgebaut werden konnte.

Hervorzuheben unter den Partneruniversitäten sind die Nationale Agraruniversität der Ukraine (NAUU) sowie die Nationale Universität "Kyiv-Mohyla Academy", beide in Kiew, die Timirjasew-Akademie, Moskau, die Agraruniversität Astana in Kasachstan, die Agraruniversität Grodno, Weißrußland, die Landwirtschaftliche Universität zu Warschau, die Agraruniversität Nitra in der Slowakei, die Corvinus-Universität Budapest sowie die Agraruniversität Gödöllö in Ungarn und die Universität für nationale Wirtschaft und Weltwirtschaft Sofia in Bulgarien. Hinzu kommen die Agraruniversität Hanoi in Vietnam und das Zentrum für Agrarische und ländliche Entwicklung (CARD) der Zhejiang Universität in China. Vielfältigen wissenschaftlichen Austausch pflegt das IAMO ebenfalls mit dem Institut für Agrarökonomik und dem Zentrum für Transformationsökonomie der Katholischen Universität Leuven in Belgien, mit der Universität Wageningen, Niederlande, der University of Kent in Canterbury sowie der University of Queensland in Australien. In den USA bestehen enge Kontakte zur Pennsylvania State University, zur State University of New York, zur University of Wisconsin in Madison und zur Stanford University.

Kooperation mit außeruniversitären Einrichtungen

Von großer Bedeutung für die Arbeit des IAMO sind auch die zahlreichen Kontakte zu außeruniversitären Einrichtungen. Das IAMO kooperiert mit den Instituten für Betriebswirtschaft, für ländliche Räume und für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig-Völkenrode, dem Max-Planck-Institut für Ethnologische Forschung, Halle, dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg, und dem Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig. Enge Beziehungen bestehen zu zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa und anderen Transformationsländern. Als Kooperationseinrichtungen sind beispielhaft zu nennen: Das Forschungsinstiut für Agrarökonomik in Prag (VÚZE), Tschechische Republik, das Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungsökonomik (VÚEPP) in Bratislava, Slowakei, das Forschungsinstitut für Agrarökonomik und Informatik (AKI) in Budapest, Ungarn, das Institut für Transformationsökonomik (IET) in Moskau, und das Allrussische Institut für Agrarprobleme und Informatik (VIAPI) in Moskau, das Institut für Agrarökonomik der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Kiew, das Forschungsinstitut für Statistik in Kiew, das Zentrum für Chinesische Agrarpolitik (CCAP) an der Chinesischen Akademie der Wissenschaften

und das Agrarökonomische Institut des Agrarministeriums der Türkei in Ankara. Im west- und nordeuropäischen Ausland sind Partner des IAMO das Nationale Forschungsinstitut für Landwirtschaft (INRA) in Rennes, Frankreich, die Staatliche Ingenieurhochschule für Agrarwissenschaften Paris-Grignon (INA-PG), Frankreich, das Ashtown Food Research Centre (AFRC), Irland, das Scottish Agricultural College (SAC), Edingburgh, das Österreichische Bundesinstitut für Agrarökonomie in Wien, das Schwedische Institut für Agrarökonomik (SLI) in Lund sowie das Dänische Institut für Agrarwissenschaften, Tjele.

Sommerschule im Transformationsprozess

Bereits zum fünften Mal fand 2006 vom 17. Juli bis zum 5. August die Sommerschule "Landwirtschaft im Transformationsprozess" statt. In den ersten beiden Wochen in Minsk (Belarus) vertieften die TeilnehmerInnen ihre Kenntnisse in den Themenbereichen "Vermarktung von Agrarprodukten" und "Entwicklung des ländlichen Raumes" in Vorlesungen und Lehrgesprächen. Die Themenbereiche wurden in der dritten Woche durch Exkursionen in Deutschland anschaulich gemacht.

Insgesamt nahmen an der Sommerschule 24 Agrarfachleute aus ganz Belarus aus den Bereichen Wissenschaft, Agrarverwaltung und landwirtschaftliche Praxis teil. Wie in den Vorjahren wurde die Sommerschule gemeinsam vom Institut für Agrarökonomie und Agrarraumgestaltung (IAA) der Landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und dem IAMO mit finanzieller Unterstützung des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes (DAAD) durchgeführt. Die Federführung lag wieder in den Händen von Prof. Dr. Michael Grings und Dr. Jürgen Wandel (beide IAA). Von belarussischer Seite leistete das Zentrum für Agrarökonomie des Instituts für Wirtschaft an der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Republik Belarus hilfreiche organisatorische Unterstützung. Als Lehrkräfte beteiligten sich die Professoren Ahrens, Grings, Tillack und Wagner sowie Dr. Wandel und Dr. Weingarten. Angesichts der positiven Erfahrungen der letzten fünf Jahre wird eine Fortsetzung der Sommerschule "Landwirtschaft im Transformationsprozess" auch im Jahr 2007 angestrebt.

European Summer School 2006

Das Forschungsinstitut für Agrarökonomik Prag (VÚZE), das IAMO und die Tschechische Agraruniversität Prag (CZU) veranstalteten gemeinsam vom 31. Juli bis zum 11. August in Prag die "European Summer School 2006: Efficiency and Growth in the Agriculture of Transition Economies" (EGATE). EGATE bildete die erste Sommerschule im Rahmen des von der EU finanzierten Marie-Curie-Fortbildungsprojektes "Modern Agriculture in Central and Eastern Europe: Tools for the Analysis and Management of Rural Change" (MACE). 22 TeilnehmerInnen aus zehn Ländern nahmen an EGATE teil. EGATE bot Postgraduierten und Post-Docs aus aller Welt, die auf dem Feld der agrarischen Effizienz- und Produktivitätsanalyse zu Transformationsländern arbeiten, die Möglichkeit sich fortzubilden, auszutauschen und offene Forschungsfragen zu diskutieren.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Eine der drei Kernaufgaben des IAMO besteht in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das Institut unterstützt

deshalb besonders die Durchführung von Promotions- und Habilitationsvorhaben. So werden rund 25 Dissertationen am IAMO betreut. Mehrere MitarbeiterInnen bereiten ihre Habilitation vor.

Dr. Kathrin Happe für den Förderpreis der Leibniz-Gemeinschaft nominiert

Für 2006 wurde Dr. Kathrin Happe mit ihrer Promotionsarbeit "Agricultural Policies and Farm Structures - Agent-Based Modelling and Application to EU-policy Reform" für den Förderpreis der Leibniz-Gemeinschaft nominiert.

Frau Dr. Kathrin Happe (Mitte) bei der Verleihung des Leibniz-Nachwuchspreises am 23. November in Berlin

Der Förderpreis für den wissenschaftlichen Nachwuchs wird von der Leibniz-Gemeinschaft jährlich vergeben. Mit dem Preis wird eine herausragende Doktorarbeit aus einem Mitgliedsinstitut der Gemeinschaft gewürdigt. Die fünf Sektionen der Leibniz-Gemeinschaft wählen dabei aus den eingegangenen Vorschlägen jeweils eine Kandidatin oder einen Kandidaten aus. Aus den maximal fünf Vorschlägen ermittelt eine Jury den Preisträger. Die Sektion B "Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften" mit ihren 17 Instituten nominierte für den Wettbewerb 2006 die Doktorarbeit von Dr. Kathrin Happe. Bereits diese Nominierung stellt eine Auszeichnung dar. Dabei hatte die Arbeit schon den GEWISOLA-Preis 2005 für die beste Dissertation gewonnen.

Doktorandenausbildung: Seminare und Promotionskolleg

Im Rahmen der Ausbildung der DoktorandInnen führt das IAMO gemeinsam mit den agrarökonomischen Professuren für landwirtschaftliche Betriebslehre, landwirtschaftliche Marktlehre, landwirtschaftliche Unternehmensführung sowie Agrarpolitik und Agrarumweltpolitik vom Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften der MLU ein Doktorandenseminar durch. Das Seminar dient als Forum des wissenschaftlichen Austausches über Forschungsfragen, methodische Herangehensweisen und Ergebnisse. Darüber hinaus bieten die Agrarökonomischen Kaffeerunden am IAMO die Möglichkeit, Ergebnisse bereits in einem frühen, oft noch vorläufigen Stadium in die Diskussion einzubringen.

Seit 2005 gibt es nun schon das von agrarökonomischen Instituten mehrerer deutscher Universitäten, der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) und dem IAMO gemeinsam konzipierte und durchgeführte Doktorandenstudium (www.agraroekonomik.de).

Das "Promotionskolleg Agrarökonomik" bietet in Deutschland die erste promotionsbegleitende strukturierte Ausbildung von Doktoranden im Bereich der Agrar- und Ernährungsökonomik sowie der ländlichen Entwicklung. Durch die systematische Vermittlung theoretischer Grundlagen und Methoden sollen die Qualität der Ausbildung und die Effizienz bei der Bearbeitung von Dissertationsthemen weiter erhöht werden. Als dritte Stufe eines konsekutiven Ausbildungssystems schließt sich das Doktorandenstudium an agrar-, ernährungs- und umweltbezogene Bachelor- und Masterstudiengänge an. Gemeinsam getragen wird das Promotionskolleg durch die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, das IAMO, das Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften der MLU, die Fakultät für Agrarwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen und die FAL, Bereich Agrarökonomie, Braunschweig. Das Doktorandenstudium ist modular aufgebaut. ProfessorInnen und MitarbeiterInnen des IAMO arbeiteten 2006 an den Veranstaltungen zu den folgenden Modulen mit:

- "Efficiency and Productivity Analysis I – Deterministic Approaches";
- "Efficiency and Productivity Analysis II – Stochastic Frontier Analysis";
- "Household Behaviour: Theory and Applications";
- "Applied Industrial Organisation";
- "Agent-based Modelling in Agriculture";
- "Resource Economics", Teil I und II.

Young Scientist Workshop 2006

Vom 4. bis 5. September veranstaltete das IAMO zum vierten Mal den Doktoranden- und Habilitandenworkshop zur Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa. Um die internationale Resonanz zu erhöhen, fand die Veranstaltung zum ersten Mal ausschließlich in Englisch als *Young Scientist Workshop 2006* statt. Zusammenfassungen zu 22 Arbeiten aus elf Ländern wurden eingereicht, von denen die Organisatorinnen, Dr. Raushan Bokusheva und Prof. Dr. Gertrud Buchenrieder, schließlich zwölf Beiträge auswählten. Das inhaltliche Spektrum reichte von Entwicklungen auf ländlichen Faktormärkten und agrarpolitischen Problemen der erweiterten EU sowie Osteuropas über Fragen zu Sozialkapital und sozialen Netzwerken bis hin zu betriebswirtschaftlichen Themen und Modellierungsfragen. Wie auch in den vorhergehenden Workshops schätzten die TeilnehmerInnen insbesondere die Möglichkeit zum ausgiebigen formellen und informellen Austausch über das eigene Forschungsvorhaben und die Korreferate durch ausgewiesene Fachleute, oft von anderen Universitäten.

Welcome to IAMO

Peter Weingarten verlässt das IAMO

Dr. Peter Weingarten hat zum Jahresende 2006 das IAMO verlassen, um die Leitung des Instituts für ländliche Räume der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig-Völkenrode zu übernehmen. Peter Weingarten war elf Jahre am IAMO an verantwortungsvoller Stelle tätig und hat die Entwicklung des Instituts entscheidend mitgeprägt. 1995 kam er nach seiner Promotion in Bonn an das gerade neugegründete Institut. Vom damaligen geschäftsführenden Direktor Klaus Frohberg wurde er unmittelbar mit dem Amt des stellvertretenden Leiters der Abteilung Rahmenbedingungen des Agrarsektors und Politikanalyse betraut. Die vom Ende des Sozialismus ausgelösten Restrukturierungs- und Privatisierungsprozesse im Agrarsektor der mittel- und osteuropäischen Länder waren in dieser Zeit in vollem Gange. Die ersten Länder hatten Beitrittsgesuche zur EU gestellt. Es entwickelte sich ein enormer Bedarf an Informationen und Analysen. Dr. Weingarten stellte sich mit vollem Einsatz den Herausforderungen, die sich hieraus für das noch im Aufbau begriffene Institut ergaben. Eine Vielzahl von Veröffentlichungen und Vorträgen zeigen sein Engagement u.a. in den Bereichen Institutionenanalyse, modellgestützter Politikfolgenabschätzung im Agrarbereich und Umweltpolitik. Er arbeitete in zahlreichen nationalen und internationalen Beratergruppen mit, darunter auch als Koordinator des von der Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission geförderten "Advisory Body" des Netzwerkes unabhängiger Agrarexperten für die mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer. Von 2002 bis 2005 war er in einer für das IAMO entscheidenden Übergangssituation amtierender Leiter der Abteilung Politikanalyse. Seine integrative und kollegiale Art sowie sein kooperativer und besonnener Führungsstil haben ihn zu einem beliebten und angesehenen Kollegen gemacht. Seine umfangreiche Erfahrung im Umgang mit in- und ausländischen EntscheidungsträgerInnen, sein enormes Wissen und sein Erfahrungsschatz in Bezug auf Mittel- und Osteuropa und seine Kompetenz in Gremien- und Beratungstätigkeit werden nur schwer zu ersetzen sein. Das IAMO wünscht ihm und seiner Familie alles erdenklich Gute und weiterhin viel Erfolg für die zukünftigen Aufgaben in Braunschweig.

GastwissenschaftlerInnen am IAMO

Die Weiterbildung von WissenschaftlerInnen stellt eine der Kernaufgaben des IAMO dar. Wie oben bereits angeführt, konzentriert sich das IAMO hierbei vorwiegend auf die Förderung des akademischen Nachwuchses aus den Partnerländern. Von überragender Bedeutung sind in diesem Zusammenhang Gastaufenthalte von WissenschaftlerInnen, die sich von wenigen Wochen bis zu zwei Jahren erstrecken können. Neben der Abfassung gemeinsamer Publikationen stehen gerade bei den langfristigen Aufenthalten Promotionen im Vordergrund, finanziert durch externe und IAMO-Stipendien sowie Drittmittelprojekte. 46 überwiegend junge Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler aus 22 Ländern forschten 2006 am IAMO. Die intensive Mitarbeit in internationalen, drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten fördert dabei die Einbindung junger Forschender aus den Partnerländern in die internationale Wissenschaftsgemeinschaft. Ehemalige IAMO-MitarbeiterInnen sowohl aus Deutschland als auch den Partnerländern arbeiten gegenwärtig bereits in internationalen Organisationen wie der EU und Weltbank oder haben Führungspositionen in

ihren jeweiligen nationalen Agrarverwaltungen übernommen. Eine noch größere Zahl setzt in ihren Heimatländern die wissenschaftliche Karriere fort.

IAMO-Graduiertenschule zu den Perspektiven kleinbetrieblicher Agrarstrukturen

Am 23. Juni 2005 haben die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder den "Pakt für Forschung und Innovation" verabschiedet. Dieser Pakt zielt auf eine verstärkte Förderung der von Bund und Ländern gemeinsam geförderten großen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen, zu denen auch die Leibniz-Gemeinschaft gehört. Die zusätzlichen Haushaltsmittel gehen dabei nicht direkt an die einzelnen Institute, sondern werden in einem wettbewerblichen Verfahren vergeben. Im Rahmen dieses Paktes, der der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an den deutschen Hochschulen entspricht, wurde der Antrag des IAMO auf die Finanzierung einer Graduiertenschule bewilligt.

Sie startet 2007 und beschäftigt sich mit den "Perspektiven kleinbetrieblicher Agrarstrukturen im Agribusinesskomplex der neuen EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländer". Sowohl für die ländliche Beschäftigungssicherung als auch für die Agrarerzeugung spielen in vielen östlichen Beitrittsländern Semisubsistenzbetriebe noch eine große Rolle, doch sind diese den Anforderungen sich modernisierender Wertschöpfungsketten bei Nahrungsmitteln und dem verschärften Wettbewerb innerhalb der erweiterten Union kaum gewachsen. Angesichts dieser Problemlage stellt sich die Frage, ob und wie die in vielen Regionen der neuen EU-Mitglieds- und Beitrittsländer vorhandenen Agrarstrukturdefizite überwunden werden können, wie deren Landwirtschaft erfolgreich in sich wandelnde ernährungswirtschaftliche Wertschöpfungsketten integriert und wie den sozialen Problemen des notwendigen Strukturwandels begegnet werden kann.

Drei deutsche und vier Doktoranden aus den neuen Mitgliedsbzw. Beitrittsländern der EU sollen einzelne Teilprojekte bearbeiten. Die Forschungsprojekte konzentrieren sich dabei auf die folgenden drei Themenfelder:

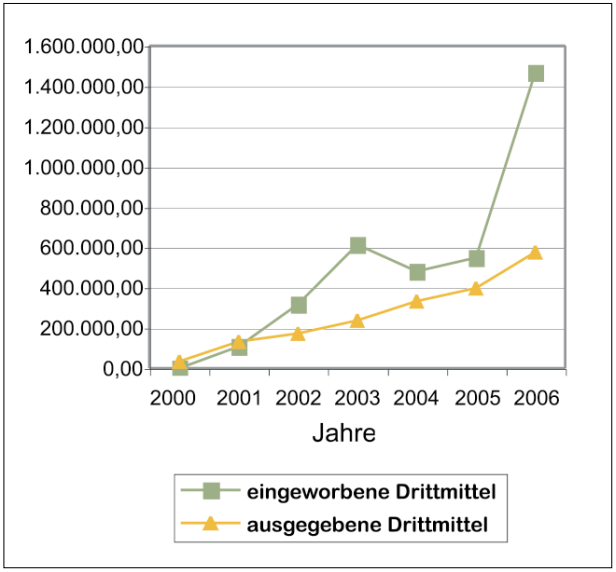
- Agrarsektoraler Wandel und betriebliche Anpassungsstrategien,
- Überbetriebliche und kooperative Anpassungsstrategien in Bezug auf die Anforderungen von Wertschöpfungsketten,
- Institutionelle Rahmenbedingungen und (regional-)politische Implikationen.

Neben der Forschungsarbeit dient die IAMO-Graduiertenschule der systematischen Nachwuchsförderung. Diese erfolgt sowohl durch eine strukturierte DoktorandInnenausbildung durch Teilnahme der DoktorandInnen am gemeinsamen Promotionskolleg Agrarökonomie (siehe oben) als auch eine gezielte Einbindung von promovierten NachwuchswissenschaftlerInnen des IAMO, denen Gelegenheit geboten wird, ihre Forschungsfelder weiterzuentwickeln und Erfahrungen im Forschungsmanagement zu sammeln.

Entwicklung der Drittmittel

Das IAMO konnte in den vergangenen Jahren den Umfang eingeworbener und ausgegebener Drittmittel deutlich verbessern. Der Anstieg in den letzten Jahren und hierbei insbesondere 2006 konnte dabei vor allem durch die erfolgreiche

Entwicklung der Drittmittel



Quelle: Institutsinterne Statistik.

Anm.: Bei den Berechnungen für das Jahr 2006 handelt es sich um vorläufige Werte.

Einwerbung von Forschungsprojekten im 6. EU-Forschungsrahmenprogramm und von DFG-Forschungsgeldern erzielt werden, also bei wettbewerblich vergebenen Forschungsmitteln.

Drittmittelprojekte 2006

I. In 2006 bewilligte drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte

- Projekttitel: Social Capital and Informal Social Networks in a Changing Natural and Institutional Environment

  Drittmittelgeber: DFG-Sachbeihilfe

- Projekttitel: Preisbildung und Wettbewerb auf räumlich differenzierten Märkten – Simulation und Analyse komplexer Marktstrukturen am Beispiel des Rohmilchmarktes

  Drittmittelgeber: DFG-Sachbeihilfe

- Projekttiel: Structural Change in Agriculture and Rural Livelihoods (SCARLED)

  Drittmittelgeber: 6. Forschungsrahmenprogramm der EU

- Projekttitel: Croatia's EU-accession and its socioeconomic implications for farm households

  Drittmittelgeber: Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

- Projekttitel: Contract Promoting Quality of Life in Rural Europe

  Drittmittelgeber: KMU Forschung Österreich

II. Laufende drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte 2006

- Projekttitel: Transformation landwirtschaftlicher Familienbetriebe in der VR China

  Drittmittelgeber: DFG-Sachbeihilfe

- Projekttitel: Deutsch-ungarisches Kooperationsprojekt: Price Transmission in the Hungarian Agri-Food Chain

  Drittmittelgeber: DFG-Sachbeihilfe

- Projekttitel: Key Factors Influencing Economic Relationships and Communication in European Food Chains (FOODCOMM)

  Drittmittelgeber: 6. Forschungsrahmenprogramm der EU

- Projekttitel: Micro-Economic Instruments for Impact Assessment of Multifunctional Agriculture to Implement the Model of European Agriculture (MEA-Scope)

  Drittmittelgeber: 6. Forschungsrahmenprogramm der EU

- Projekttitel: The Impact of Decoupling and Modulation in the Enlarged Union: A Sectoral and Farm Level Assessment (IDEMA)

  Drittmittelgeber: 6. Forschungsrahmenprogramm der EU

- Projekttitel: The Structures of Civil Society Governance in Promoting Rural Development (on the Example of East Germany and Ukraine)

  Drittmittelgeber: 6. Forschungsrahmenprogramm der EU

- Projekttitel: Modern Agriculture in Central and Eastern Europe. Tools for the Analysis and Management of Rural Change (MACE)

  Drittmittelgeber: 6. Forschungsrahmenprogramm der EU

III. Im Jahr 2006 abgeschlossene drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte

- Projekttitel: Study on Employment in Rural Areas Demographic and Employment Trends – In Particular for Young People and Women – And Typologies of Rural Areas (SERA)

  Drittmittelgeber: EU-Generaldirektion Landwirtschaft

- Projekttitel: Crop Insurance in Kazakhstan: Options for Building a Sound Institution Promoting Agricultural Production
  Drittmittelgeber: VW-Stiftung

- Projekttitel: Information and Communication Technology Needs Assessment

  Drittmittelgeber: FAO

- Projekttitel: Entwicklung des Agrarsektors in Mittel- und Osteuropa: IAMO-Experteneinschätzung

  Drittmittelgeber: BASF AG

IAMO-Projekt zu China von DFG ausgezeichnet

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) haben für 2006 zwei Projekte in den Agrarwissenschaften als besonders förderungswürdig ausgezeichnet und mit jeweils 12.500 Euro an zusätzlichen Forschungsmitteln bedacht. Als ein Projekt wurde das von Prof. Dr. Thomas Glauben am IAMO bearbeitete Projekt "Transformation landwirtschaftlicher Familienbetriebe in der VR China" gewürdigt. Das Projekt zielt auf die Analyse des ökonomischen Anpassungsverhaltens landwirtschaftlicher Haushalte im Verlauf der drastischen wirtschafts- und agrarpolitischen Reformen der letzten 25 Jahre in der VR China. Die Forschungen konzentrieren sich zum einen auf die Analyse des Arbeitsmarktverhaltens der ländlichen Haushalte. Zum anderen wird die Entwicklung der Einkommensverteilung und hierbei insbesondere die Persistenz von Armut in Chinas ländlichen Regionen untersucht. Von Interesse ist vornehmlich der untere Rand der Einkommensverteilung, um den Umfang chronischer Armut zu ermitteln und zu erklären. Die Ergebnisse dienen einer Verbesserung der Zielgenauigkeit aller relevanten Politiken für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut in ländlichen Räumen. Für die Projektdurchführung kooperieren WissenschaflerInnen des IAMO eng mit chinesischen Partnern und weiteren deutschen Forschungseinrichtungen.

Ausgewählte drittmittelfinanzierte Projekte

Im Folgenden sollen die wichtigsten im Jahr 2006 neu eingeworbenen Drittmittelprojekte vorgestellt werden. Hierbei handelt es sich um zwei neue DFG-Projekte und ein EU-Projekt als Teil des 6. Forschungsrahmenprogramms der EU.

EU-Projekt "Structural Change in Agriculture and Rural Livelihoods" (SCARLED)

Im Rahmen des 6. Forschungsrahmenprogramms der EU ist das Projekt "Structural Change in Agriculture and Rural Livelihoods" (SCARLED) 2006 positiv evaluiert worden. Es beschäftigt sich mit Strukturanpassungen im ländlichen Raum und der sie begleitenden sozioökonomischen Transformation in den neuen Mitgliedstaaten der EU einschließlich Rumänien und Bulgarien.

Erstmals übernimmt hierbei das IAMO federführend die Koordination eines EU-Projekts. Zu SCARLED tragen insgesamt zehn Partnerinstitutionen aus acht Ländern bei. Die Gesamtleitung des Projekts, das eine Laufzeit von drei Jahren hat, liegt bei Prof. Dr. Gertrud Buchenrieder. Inhaltlich werden sich am IAMO zwei Doktorarbeiten mit dem Projekt befassen.

Ländliche Haushalte in der erweiterten EU sind auf einen durchgreifenden Strukturwandel angewiesen, um den Anschluss an prosperierende, meist städtisch geprägte Wirtschaftsräume nicht zu verlieren. Dies betrifft sowohl den landwirtschaftlichen Sektor, in dem die Betriebsgrößenstruktur und geringe Produktivität als Hauptprobleme gelten können, als auch den ländlichen außerlandwirtschaftlichen Sektor, der vielerorts nach dem transformationsbedingten Zusammenbruch gänzlich neu erschlossen werden muss. Im Hinblick auf diese Ausgangslage verfolgt das Projekt zwei Ziele. Zum einen steht die Analyse des Restrukturierungsprozesses im Agrarsektor und der sozioökonomischen Transformation des ländlichen Raumes der neuen Mitgliedsländer im Mittelpunkt. Zum anderen gilt es, erfolgreich verlaufene ländliche Entwicklungsprozesse innerhalb der alten EU-15 auf ihre Lehren für die neuen Mitgliedstaaten zu untersuchen. Empirische Datenerhebungen sind in Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien und Slowenien geplant. Daneben stützen sich die Politikempfehlungen auch auf die zu analysierenden erfolgreichen Beispiele früherer Beitritte in ausgewählten Ländern der alten EU-15. SCARLED wird somit auf Basis aktueller empirischer Daten politikrelevante Analysen erstellen.

DFG-Projekt: "Social Capital and Informal Social Networks in a Changing Natural and Institutional Environment"

Das von der DFG finanzierte Projekt "Social Capital and Informal Social Networks in a Changing Natural and Institutional Environment" hat im Januar 2007 mit seiner Forschungsarbeit in Nordthailand und Vietnam begonnen. Prof. Dr. Gertrud Buchenrieder und Dr. Thomas Dufhues sowie zwei Doktoranden werden das Projekt durchführen. Thailändische und vietnamesische Kooperationspartner sind Prof. Dr. Nuchanata Mungkung (Kasetsart University, Thailand) und Prof. Dr. Pham Thi My Dung (Hanoi, Agricultural University No. 1, Vietnam). Das Projekt ist angebunden an den Sonderforschungsbereich 564 (SFB) "The Uplands Program" der Universität Hohenheim. Übergreifendes Ziel des Projektes ist es, unser Verständnis der Rolle von Sozialkapital und von sozialen Netzwerken für das Funktionieren ländlicher Hauswirtschaften in Entwicklungs- und Transformationsländern zu erhöhen.

Sozialkapital und soziale Netzwerke finden gegenwärtig in der entwicklungsökonomischen Forschung eine starke Beachtung. Bis jetzt wurde Sozialkapital in Form sozialer Netzwerke in der Einkommens- und Armutsanalyse kaum beachtet. Mehr noch, ein Großteil der bisherigen Forschung sieht Sozialkapital als ziemlich einheitliche Größe an. Die Effekte unterschiedlicher Formen von Sozialkapital auf die ökonomische Leistung von Haushalten sind kaum untersucht.

Eine vergleichende Analyse der Unterschiede und Gemeinsamkeiten von thailändischen und vietnamesischen ländlichen Haushalten in ihrer Ausstattung mit Sozialkapital soll einen Beitrag zum besseren Verständnis der Rolle von Sozialkapital für ländliche Entwicklung leisten. Die Forschungshypothesen sind: Unterschiedliche Formen an Sozialkapital

1. haben unterschiedliche Effekte auf die Wohlfahrt der Haushalte;
2. sind wichtig für den Zugang zu knappen Ressourcen, und
3. haben einen großen Einfluss auf die Widerstandsfähigkeit gegen Armut.

Im Forschungsprojekt sollen sozioökonomische Haushaltsdaten in Kombination mit egozentrierten Daten zu sozialen Netzwerken gesammelt werden. Eine "Principal Component Analysis" dient dem Zweck, unterschiedliche Formen an Sozialkapital aus den Daten abzuleiten und diese in multiplen Regressionsmodellen zu berücksichtigen, um den Einfluss von Sozialkapital auf unterschiedliche Haushaltseinkommen und differierenden Ressourcenzugang messen zu können. Neue Forschungsergebnisse zur Widerstandsfähigkeit ländlicher Haushalte gegen Armut und zu den Beziehungen zwischen Stadt und Land als wichtiger Teil des Sozialkapitals werden als Ergebnisse des Projektes erwartet.

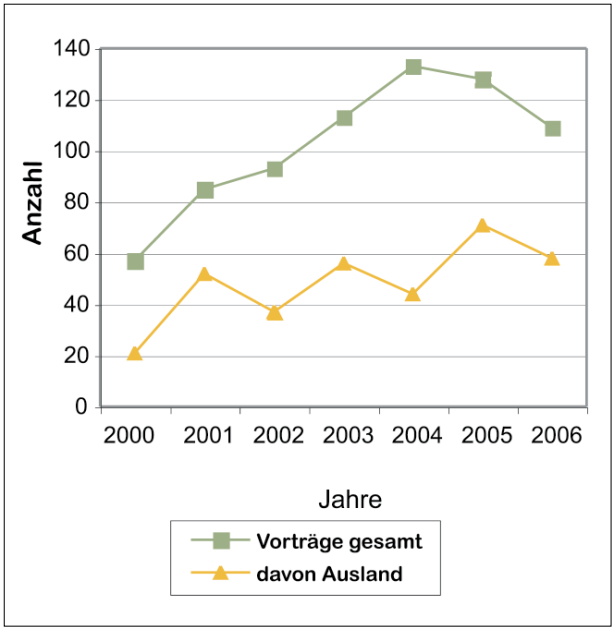
Preisbildung und Marktstruktur auf dem Rohmilchmarkt

Die DFG bewilligte im September 2006 ein Forschungsvorhaben zu dem Thema: "Preisbildung und Wettbewerb auf räumlich differenzierten Märkten – Simulation und Analyse komplexer Marktstrukturen am Beispiel des Rohmilchmarktes". Ziel ist es, mithilfe der Kombination aus Theorie, computergestützter Simulation und empirischer Überprüfung die räumliche Verteilung von Produktion und Verarbeitung der Rohmilch und insbesondere die Strategien der Produzenten und Verarbeiter auf der vor- und nachgelagerten Ebene besser zu verstehen. Das Projekt wurde gemeinsam vom IAMO (Prof. Dr. Alfons Balmann) und dem Lehrstuhl für Umweltökonomie und Agrarpolitik (Prof. Dr. Klaus Salhofer) der Technischen Universität München beantragt. Gerade auf landwirtschaftlichen Märkten können Entfernungen und die daraus resultierenden Transportkosten großen Einfluss auf das Preis- und Wettbewerbsverhalten der Akteure haben. Innerhalb der räumlichen Preis- und Wettbewerbstheorie war es in der Vergangenheit nur in begrenztem Umfang möglich, theoretische Erkenntnisse auf entsprechende empirische Daten anzuwenden. Vielmehr wurde die raumbezogene Betrachtung unter stark vereinfachenden und restriktiven Annahmen durchgeführt, die einerseits zur formalen Lösung notwendig waren, aber andererseits zu Lasten der Aussagekraft und Anwendbarkeit für reale Märkte gingen. Genau hier setzt das Forschungsvorhaben an und bedient sich dabei neuer aus dem Bereich computergestützter Ansätze entwickelter Verfahren, die es ermöglichen, komplexe Systeme, wie es räumliche Märkte sind, zu analysieren. Das Ziel des am IAMO angesiedelten Teilprojektes ist die Erarbeitung eines agentenbasierten Simulationsmodells. Mit dessen Hilfe soll die Wirkung und Interaktion raumwirtschaftlicher und marktrelevanter Einflussfaktoren analysiert werden. Im Ergebnis entsteht ein virtueller Markt interagierender, heterogener Agenten, um in komplexen Experimenten in enger Anlehnung an die spezifischen Bedingungen des deutschen Rohmilchmarktes mögliche Zukunftsszenarien fundiert ableiten zu können. Entscheidende Aspekte dabei sind die Struktur der milchverarbeitenden Unternehmen hinsichtlich ihrer Produktionsausrichtung wie auch ihrer Rechtsform. Diese Einflussfaktoren werden in dem an der TU München

durchzuführenden Teilprojekt ebenfalls empirisch untersucht. Dabei kommen verschiedene Methoden beispielsweise aus dem Bereich der New Empirical Industrial Organization zum Einsatz. Diese ermöglichen es, zum einen wichtige Einflussfaktoren zu identifizieren, die in das Simulationsmodell aufzunehmen sind. Zum anderen werden die daraus resultierenden Simulationsergebnisse mit einer realwirtschaftlichen Datenbasis konfrontiert.

Vortragstätigkeit des IAMO

Entwicklung der Vorträge des IAMO



Quelle: Institutsinterne Statistik.

Anm.: Bei den Berechnungen für das Jahr 2006 handelt es sich um vorläufige Werte.

Eine wichtige Aufgabe neben der Publikationstätigkeit unserer MitarbeiterInnen ist das Vorstellen und die Diskussion der erzielten Forschungsergebnisse auf nationalen und internationalen Konferenzen, Tagungen und Workshops. Ein Großteil der Vorträge von IAMO-MitarbeiterInnen wird auf internationalen Veranstaltungen und circa die Hälfte aller Vorträge im Ausland gehalten. In den letzten Jahren zeichnet sich ein gleichbleibend hohes Engagement beim Vorstellen der Forschungsergebnisse unserer MitarbeiterInnen ab.

Die Anzahl der Beiträge von WissenschaftlerInnen des IAMO auf internationalen Konferenzen und Fachtagungen hat sich dabei in den vergangenen Jahren auf hohem Niveau gehalten. So war allein auf der im August 2006 durchgeführten 26. Konferenz der *International Association of Agricultural Economists* (IAAE) in Brisbane, Australien, das Institut mit neun Vorträgen und sechs Postern vertreten und richtete ein IAAE-Symposium aus.

Tagungen und Seminare

Tagungen und Seminaren kommt eine zentrale Rolle für die Erfüllung der dritten Kernaufgabe des IAMO zu: Als Forum des wissenschaftlichen Austausches zu allen Fragen der Agrarentwicklung in Transformationsländern zu dienen. Die vom Institut organisierten Veranstaltungen stellen eine wichtige Plattform für den wissenschaftlichen Austausch sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab dar. Neben der vertieften wissenschaftlichen Kooperation führt das Zusammentreffen von WissenschaftlerInnen mit EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Ernährungswissenschaft oft zu wichtigen Impulsen für die Umstrukturierung des Agrar- und Ernährungssektors in den Partnerländern. Im Folgenden wird

daher über die wichtigsten 2006 vom Institut durchgeführten Konferenzen, Symposien und Workshops berichtet.

Disskusion auf dem IAMO-Forum 2006

Agrarpolitisches Symposium zur Grünen Woche 2006

Im Rahmen des 13. Ost-West-Agrarforums anlässlich der Grünen Woche 2006 führte das IAMO ein agrarpolitisches Symposium durch und war an der Organisation eines Expertenforums beteiligt. Das nun schon seit mehreren Jahren vom IAMO durchgeführte agrarpolitische Symposium widmete sich 2006 dem Thema "Lebensmitteleinzelhandel als gestaltender Faktor in der Wertschöpfungskette in der Agrar- und Ernährungswirtschaft." Im Mittelpunkt standen die Auswirkungen der im europäischen Maßstab immer engeren Verflechtungen zwischen landwirtschaftlichen Primärproduzenten, Verarbeitungsbetrieben und Handelseinrichtungen. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Lebensmittelketten und Entwicklungstendenzen des Einzelhandels in Mittel- und Osteuropa. Den vier Vorträgen namhafter Experten schloss sich eine lebhafte Publikumsdiskussion an. Als weitere Begleitveranstaltung des 13. Ost-West-Agrarforums auf der Grünen Woche organisierten das Regionalbüro der FAO für Europa, die GFA Consulting Group GmbH und das IAMO gemeinsam eine Diskussionsrunde namhafter Experten und hochrangiger politischer Vertreter zum Thema "Turkey – A Partner in the Agricultural and Food Sector – Prospects and Challenges for Turkey and the European Union". Von türkischer Seite nahmen aus dem Landwirtschaftsministerium Unterstaatssekretär Dr. Ramasan Cadak und Generaldirektor Dr. Cevdet Akdiniz teil. Hinzu kamen der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Gerd Müller vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Dr. Antonis Constantinou als Vertreter der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der EU-Kommission, Dr. Harald Grethe von der Humboldt-Universität zu Berlin und Dr. Robert Bambauer vom Landratsamt Cham als ehemaliger Leiter des Veterinärmedizinischen EU-Twinning-Projektes mit der Türkei.

Symposium zur Veredlungswirtschaft in den neuen Bundesländern

Auf dem vom IAMO organisierten Symposium "Wie viele Schweine braucht das Land? Perspektiven der Veredlungswirtschaft in den neuen Bundesländern" diskutierten am 26. Januar 2006 über 100 Teilnehmern aus Wirtschaft, Politik, Umweltschutz und Wissenschaft. Aktueller Ausgangspunkt der Veranstaltung war die Kontroverse um laufende Genehmigungsverfahren von Schweinemastanlagen mit mehr als 30.000 Plätzen in Sachsen-Anhalt. Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens vom Ministerium für Landwirtschaft

und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt begründete die aktuelle Veredlungsinitiative des Landes damit, dass die günstigen Standortvoraussetzungen es erlauben, sowohl mit der Veredlungswirtschaft Arbeitsplätze zu schaffen als auch der großen Abhängigkeit der heimischen Landwirtschaft von EU-Subventionen entgegenzuwirken. Großanlagen würden daher vorbehaltlos begutachtet. Nach Prof. Hans Wilhelm Windhorst (Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten, ISPA, Hochschule Vechta) ist Deutschland zwar eines der größten Erzeugerländer für Schweinefleisch, jedoch einer zunehmenden internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Die Schweinehaltung in Deutschland weist deutliche strukturelle Defizite auf, so liegen die durchschnittlichen Bestandsgrößen weit unter dem Mittel der wichtigsten Konkurrenten. Prof. Eberhard von Borell (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) formulierte die These, dass in der Schweinehaltung ein Zielkonflikt zwischen Umwelt- und Tierschutz besteht. Er wies ebenfalls darauf hin, dass Tierschutz für jedes Einzeltier gilt und das Tierschutzrecht nicht nach Bestandsgrößen differenziert. Die Tiergesundheit hängt vielmehr von spezifischen Haltungs- und Managementfaktoren ab, die nicht mit der Bestandsgröße in Zusammenhang stehen, entscheidend hierfür ist rein die Betreuungs- und Stallqualität. Prof. Alfons Balmann (IAMO) zufolge liegen in den neuen Bundesländern wesentliche Hemmschuhe der Veredlungswirtschaft im Management und in der erforderlichen umfangreichen Fremdfinanzierung standortangepasster Anlagen. Dringend erforderlich seien daher, neben genügend ausgebildeten motivierten Fachkräften, externe Investoren oder im Rahmen vertikaler Integration entwickelte neue Finanzierungskonzepte. In der sich anschließenden Podiumsdiskussion wurde die Thematik mit Vertretern aus den Bereichen der Landwirtschaft, des Tier- und Umweltschutzes, der Investoren und der Fleisch verarbeitenden Industrie und den ca. 100 Teilnehmern kontrovers diskutiert. Neben Bedenken von Seiten des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und der ABL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.) bezüglich des Umwelt- und Tierschutzes sowie der agrarstrukturellen Folgen von Großanlagen wurden auch Fragen wie Marktsegmentierung und verändertes Verbraucherverhalten diskutiert.

IAMO-Forum 2006

Das vierte IAMO-Forum fand von 29. Juni bis 1. Juli 2006 unter dem Titel "Landwirtschaft im Spannungsfeld von Märkten, Institutionen und Politik – Herausforderungen und Strategien" statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Beiträge und Gesprächsrunden, die neue Wege zu einer effizienten und erfolgreichen Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, zum Aufbau wettbewerbsfähiger Organisations-, Kooperations- und Vertragsstrukturen sowie Wechselwirkungen von Politik und Sektor diskutierten.

Am ersten Konferenztag präsentierten WissenschaftlerInnen, vornehmlich aus den Ländern Mittel- und Osteuropas, in 40 wissenschaftlichen Beiträgen ihre Forschungsergebnisse. Es fanden Plenar- und Arbeitsgruppensitzungen zu folgenden Themenbereichen statt:

- Institutioneller und struktureller Wandel,
- Unternehmensorganisation,
- Vertikale Organisation innerhalb der Wertschöpfungskette,
- Wettbewerbsfähigkeit unter sich verändernden Rahmenbedingungen,

- Effizienz und Produktivität landwirtschaftlicher Unternehmen,
- Preistransmission im Agri-Food Sektor,
- Faktormobilität,
- Ländliche Entwicklung.

Am zweiten Tag diskutierten vornehmlich Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft die künftigen Perspektiven und Rahmenbedingungen sowie neue Ideen und Tendenzen des Agrar- und Ernährungssektors. Vier Landwirte aus Deutschland, Österreich, Polen und Ungarn stellten ihre jeweiligen Unternehmenskonzepte vor. Die Diskussionen beider Tage zeigten, dass vorhandene wettbewerbsfähige Strukturen in der Landwirtschaft neben einer konsequenten Ausrichtung am Markt, vor allem vorhersehbare und verlässliche politische Rahmenbedingungen benötigen und die Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf ihre originären Ziele hin immer notwendiger erscheint. Die Fachexkursion am dritten Tag führte zu einem Weinbaubetrieb, der die Flächen einer ehemaligen Abraumhalde eines Braunkohletagebaus heute alternativ nutzt und rundete die Tagung ab.

Diskussion auf dem IAMO-Forum 2006

Das IAMO-Forum 2006 führte, wie schon in den Vorjahren, renommierte Fachleute aus dem In- und Ausland als Redner und Diskutanten zusammen. Vertreter waren aus der Wissenschaft: Prof. Dr. Scott Rozelle, Stanford University (USA), Prof. Dr. Andrew Schmitz, University of Florida, (USA), Dr. David Sedik, FAO Rom (Italien), Prof. Dr. Johan Swinnen von der Katholieke Universiteit Leuven (Belgien), aus Politik und Verbänden Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (Sachsen-Anhalt), Carl-Albrecht Bartmer, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Brendan Bayley vom HM Treasury, dem britischen Finanzministerium, Dr. Michael Grams von der Europäischen Union (DG Haushalt), Dr. Ulrich Neubauer vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe und aus der Wirtschaft Armin Tietjen von John Deere International und die Landwirte Josef Brandstätter (Österreich), Arnold Czech (Polen), Heiner Petersen (Deutschland) und György Rasko (Ungarn).

1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop

Gemeinsam veranstalteten das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das IAMO vom 20. bis 21. Juni 2006 den "1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop – HEPAW". Ziel des Workshops war die Diskussion aktueller theoretischer und empirischer Forschungsergebnisse der Produktivitäts- und Effizienzmessung aus den Disziplinen Volkswirtschaftslehre, Agrarökonomik, Betriebswirtschaftslehre, Operations Research und verwandten Gebieten. Die vorgestellten theoretischen und empirischen Arbeiten behandelten dabei Aspekte wie den Zusammenhang von Produktpreisen und -qualität, die Effizienz deutscher Universitäten und des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der deutschen Elektrizitätswirtschaft sowie der europäischen Eisenbahnindustrie. Außerdem wurden aktuelle internationale agrarwirtschaftliche Forschungsergebnisse vorgestellt.

Der Workshop soll sich zur Plattform aller WissenschaftlerInnen im deutschsprachigen Raum entwickeln, die sich mit Produktivitäts- und Effizienzforschung beschäftigen und gleichzeitig die Einbindung der deutschen Forschenden in die internationale Wissenschaftsgemeinschaft fördern. Dies gelang, da Teilnehmer und Referenten aus der ganzen Welt gewonnen werden konnten. Hauptvortragende waren die international ausgewiesenen Forscher Prof. Dr. Tim Coelli von der University of Queensland, Australien, und Prof. Dr. Subal Kumbhakar von der Binghampton University, State University of New York.

Veranstaltungsankündigungen für 2007

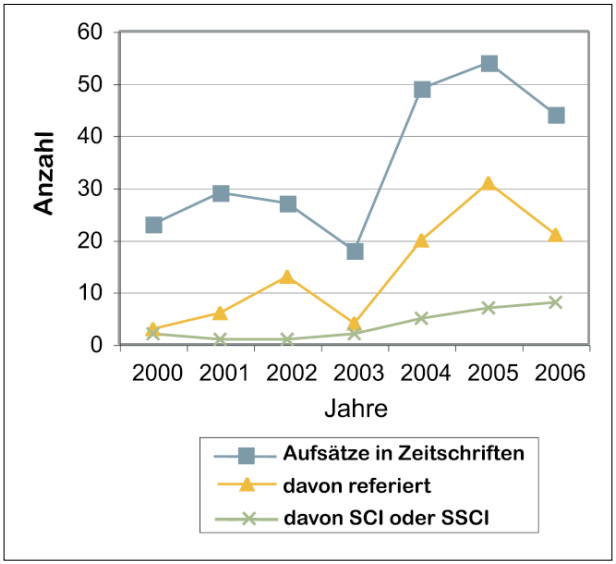
Agrarpolitisches Symposium zur Grünen Woche 2007

Das 14. Ost-West-Agrarforum im Rahmen der Grünen Woche in Berlin behandelt das Thema: "Landwirtschaft und Bioenergie – Ohne Landwirtschaft geht das Licht aus". Das IAMO bereitet daher gemeinsam mit in- und ausländischen WissenschaftlerInnen ein agrarpolitisches Symposium vor: "Bioenergie ‾ Strategische Alternative oder Strohhalm für die europäische Landwirtschaft?" Am Freitag, dem 19.01.2007, findet das eintägige Symposium statt. Im Mittelpunkt steht die Frage, über welche Potenziale die europäische Landwirtschaft in der Bioenergiegewinnung verfügt, welche Konzepte die Europäische Union und die einzelnen Länder haben und welche Chancen, Risiken und Erwartungen sich damit verbinden.

IAMO-Forum 2007

Wie schon in den Jahren zuvor veranstaltet das IAMO in Halle vom 27. bis 29. Juni das IAMO-Forum 2007 zum Thema: "Sustainable Rural Development: What is the Role of the Agri-Food Sector?" Primäres Ziel des IAMO Forum 2007 ist es, die Perspektiven und notwendigen Strategien für eine nachhaltige ländliche Entwicklung in einem multidisziplinären Ansatz zu diskutieren. Dabei geht es nicht nur um die erweiterte EU, sondern auch um die Türkei, die GUS und China. Informationen zum nächsten IAMO-Forum finden sich auf unserer Homepage www.iamo.de.

Entwicklung der Publikationen in Zeitschriften



Quelle: Institutsinterne Statistik.

Anm.: Bei den Berechnungen für das Jahr 2006 handelt es sich um vorläufige Werte.

Veröffentlichungen

Die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen veröffentlichen ihre Forschungsergebnisse in Fachzeitschriften, Monographien, Sammelbänden und Diskussionspapieren. Eine vollständige Liste der Publikationen kann im Internet auf der Homepage des IAMO www.iamo.de eingesehen werden. Die vorhergehende Graphik veranschaulicht die Entwicklung der veröffentlichten Aufsätze in Zeitschriften von IAMO-MitarbeiterInnen seit dem Jahr 2000. Neben der im längerfristigen Vergleich deutlich höheren Publikationstätigkeit auch und gerade in referierten Zeitschriften, ist vor allem auf die auch 2006 kontinuierlich anhaltende Zunahme referierter Artikel, die im Science Citation Index (SCI) und Social Science Citation Index (SSCI) gelistet sind, hinzuweisen. Aufgrund der zuvor dargestellten Zunahme bei hochrangigen Drittmitteleinwerbungen kann von einer Fortführung des Trends der vergangenen Jahre ausgegangen werden.

Bester Zeitschriftenartikel

Unter den von IAMO-MitarbeiterInnen verfassten referierten Zeitschriftenartikeln wählt die Koordinierungsgruppe Forschung des Institutes jedes Jahr den Besten aus. In diesem Jahr wurde ein Beitrag von Dr. Raushan Bokusheva und PD Dr. Heinrich Hockmann ausgezeichnet, der sich mit dem Produktionsrisiko und den technischen Ineffizienzen in der russischen Landwirtschaft beschäftigt (Bokusheva, R., Hockmann, H. (2006): Production risk and technical inefficiency in Russian agriculture, *European Review of Agricultural Economics, Vol. 33,* S. 93-118).

Die Studie schätzt technische Ineffizienzen im Inputeinsatz sowie das faktorspezifische Produktionsrisiko für russische

Agrarbetriebe. Die Ergebnisse beruhen auf Paneldaten von 443 landwirtschaftlichen Betrieben aus verschiedenen Teilen Russlands. Die Ergebnisse weisen darauf hin, das technische Ineffizienzen wie auch das Produktionsrisiko die Volatilität der landwirtschaftlichen Produktion erhöhen. Für die meisten Betriebe erklärt sich ihre Outputvolatilität dabei hauptsächlich aus dem hohen Produktionsrisiko. Dies bedeutet, dass bei zukünftigen Untersuchungen zur Entwicklung der russischen Agrarerzeugung das Produktionsrisiko und das aus ihm resultierende Verhalten der Agrarproduzenten stärker berücksichtigt werden sollte. Insbesondere Studien zur technischen Effizienz russischer Agrarbetriebe, die den Einfluss des Risikos auf den Output und auf betriebliche Entscheidungen der russischen Agrarproduzenten vernachlässigen, laufen Gefahr, die technische Effizienz verzerrt abzubilden.

Die drei untersuchten Regionen Orjol, Krasnodar und Samara weisen dabei signifikante Unterschiede in ihrer Produktionstechnologie auf. Dies trifft nicht nur für Produktionselastizitäten, sondern auch für die Auswirkungen des technischen Fortschritts zu. Die Agrarbetriebe unterscheiden sich je nach Region signifikant in ihren Fähigkeiten, zum einen die Produktionsmöglichkeitenkurve (Production Frontier) nach Außen zu verschieben und zum anderen, die existierende Frontier auch zu erreichen. Dabei gilt, je größer der technische Fortschritt in einer Region, desto weniger nimmt die technische Effizienz im Durchschnitt aller Betriebe zu. Eine Ursache hierfür ist die zu langsame Adaption von Innovationen, die in den führenden Betrieben einer Region realisiert werden und die Produktionsmöglichkeiten stetig erweitern, durch die Mehrheit der landwirtschaftlichen Unternehmen. Insbesondere gilt dies für die Region Samara.

Des Weiteren belegt die Studie, dass Agrarbetriebe nur schwach auf das Produktionsrisiko reagieren. Implizit heißt dies, dass die Faktorausstattung russischer Betriebe den stark risikodeterminierten Produktionsbedingungen nicht angepasst ist. Für eine beschleunigte Entwicklung der russischen Landwirtschaft ist es daher dringend geboten, dass Betriebe ihren Faktoreinsatz am Produktionsrisiko orientieren. Am ehesten wäre dies zu erreichen durch die Einführung moderner Produktionstechnologien und von Anbausystemen, die helfen, die Outputvolatilität zu reduzieren und einen flexibleren, den extremen natürlichen Gegebenheiten angepassten Faktoreinsatz erlauben.

Diskussionspapiere

Die Reihe der *IAMO Discussion Paper* wurde 2006 mit folgenden Ausgaben fortgesetzt, die sich als pdf-Datei kostenfrei von der IAMO-Homepage www.iamo.de/doc/## herunterladen lassen:

Gramzow, A. (2006): Local partnership as an incubator for rural development: The case of Dębrzno, North-western Poland, *IAMO Discussion Paper No. 90*, Halle (Saale).

Čimpoeš, D., Schulze, E. (2006): Ėkonomičeskoe sostojanie sel'skochozjajstvennych predprijatij Respubliki Moldova [Die wirtschaftliche Situation der Republik Moldova], *IAMO Discussion Paper No. 91*, Halle (Saale).

Lissitsa, A., Luka, O., Gagaljuk, T., Kvaša, S. (2006): Edinaja Agrarnaja Politika Evropejskogo Sojuza – Put' stanovlenija i principy funkcionirovanija [Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union – Entwicklung und Funktionsprinzipien], *IAMO Discussion Paper No. 92*, Halle (Saale).

Schmitz, S., Brosig, S., Degtiarevich, J., Degtiarevich, I., Grings, M. (2006): Grodno household survey – Sources and utilization of foodstuffs in Belarussian households, *IAMO Discussion Paper No. 93*, Halle (Saale).

Rungsuriyawiboon, S., Lissitsa, A. (2006): Agricultural productivity growth in the European Union and transition countries, *IAMO Discussion Paper No. 94*, Halle (Saale).

Gramzow, A. (2006): Endogenous initiatives as a chance to improve rural livelihood? Results of a case study in Baltow, South-eastern Poland, *IAMO Discussion Paper No. 95*, Halle (Saale).

Dufhues, T., Buchenrieder, G., Fischer, I. (2006): Social capital and rural development: Literature review and current state of the art, *IAMO Discussion Paper No. 96*, Halle (Saale).

Wolz, A., Fritzsch, J., Pencáková, J. (2006): Social capital among agricultural producers in the Czech Republic: Its impact on economic performance, *IAMO Discussion Paper No. 97*, Halle (Saale).

Bokusheva, R., Buchenrieder, G. (Hrsg.) (2006): Contributions to the 4th Young Scientists Workshop on agricultural development in Central and Eastern Europe – YSW-2006, *IAMO Discussion Paper No. 98*, Halle (Saale).

Hockmann, H., Ramanovich, M. (2006): Zur Wettbewerbsfähigkeit der weißrussischen Milchwirtschaft: Eine Anwendung des Porterschen Diamanten, *IAMO Discussion Paper No. 99*, Halle (Saale).

Gramzow, A. (2006): Doświadczenia oddolnych inicjatyw rozwoju regionalnego oraz perspektywy dla programu leader+ w regionie Doliny Strugu w Polsce, *IAMO Discussion Paper No. 100*, Halle (Saale).

Gramzow, A. (2006): Partnerstwo lokalne jako inkubator rozwoju terenów wiejskich: Przypadek Debrzna, północno-zachodnia Polska, *IAMO Discussion Paper No. 101*, Halle (Saale).

Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe

In der Schriftenreihe *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe* werden durch das IAMO Monographien und Tagungsberichte herausgegeben, die sich mit agrarökonomischen Fragestellungen zu Mittel- und Osteuropa und weiteren Transformationsländern beschäftigen. Alle Veröffentlichungen ab Band 22 können als pdf-Datei kostenfrei im Internet heruntergeladen werden www.iamo.de/dok/sr_vol##.pdf. Bislang sind in der Schriftenreihe 17 Tagungsbände und 19 Monographien erschienen. Die Veröffentlichungen im Jahr 2006 waren:

Curtiss, J., Balmann, A., Dautzenberg, K., Happe, K. (Hrsg.) (2006): Agriculture in the face of changing markets, institutions and policies – Challenges and strategies, Bd. 33.

Buchenrieder, G., Dufhues, T. (Hrsg.) (2006): Making rural households' livelihoods more resilient – The importance of social capital and the underlying social networks, Bd. 34.

Möllers, J. (2006): Außerlandwirtschaftliche Diversifikation im Transformationsprozess. Diversifikationsentscheidungen und -strategien ländlicher Haushalte in Slowenien und Mazedonien, Bd. 35.

Dufhues, T. (2006): Accessing rural finance – The rural financial market in Northern Vietnam, Bd. 36.

Internetauftritt des IAMO

Der Internetauftritt des Institutes (www.iamo.de) verfolgt das Ziel, Außenstehenden und interessierten Nutzern einen schnellen Überblick über den Kernauftrag und die Ziele des IAMO sowie die Forschungsinhalte, Ergebnisse und Publikationen der MitarbeiterInnen geben zu können. Der Internetauftritt basiert auf dem Open Source Content-Management-System TYPO3. Damit besteht für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin die Möglichkeit, die Inhalte auf der eigenen Seite selbstständig zu pflegen und zu aktualisieren. Dieses gewährleistet eine höhere Aktualität der Seiten. Die Webpräsenz verfolgt darüber hinaus das Ziel der Barrierefreiheit. Die Vorteile einer barrierefreien, standardkompatiblen Webseite sind: Die Zugänglichkeit für alle Interessenten, die leichte Wartung und eine geringere Dateigröße.

Ausgehend von der Eingangsseite, die über Aktuelles, Veranstaltungen und neueste Publikationen informiert, können Informationen zu den Kategorien *Institut*, *Forschung*, *Veranstaltungen*, *Publikationen* und *Portal* aufgerufen werden. Die Seite *Institut* informiert über die Kernaufgaben, die Organisationsstruktur, die Mitarbeiter und die Bibliothek.

Über die Bibliotheksseite lassen sich mittels OPAC Onlinerecherchen im Bibliotheks-Katalog durchführen. Die aktuellen Stellenausschreibungen finden sich ebenfalls unter der Kategorie *Institut.* Die Rubrik *Forschung* informiert über die Forschungsvorhaben mit kurzen Projektbeschreibungen und einem Verweis zu den MitarbeiterInnen und ausgewählten Publikationen sowie über die Forschungskooperationen mit anderen Institutionen. Der Menüpunkt *Veranstaltungen* informiert über die jährlich stattfindenden Veranstaltungen, die das IAMO ausrichtet oder an denen das Institut beteiligt ist. Zu den Ersteren gehören das IAMO-Forum, der Doktorandenworkshop sowie inhaltlich wechselnde Seminare und Workshops. Hier kann sich vorab über Programme und ReferentInnen informiert werden und lassen sich eingereichte Beiträge einsehen. Weiterhin lässt sich im Onlineservice auf alle internen Publikationen (die IAMO-Schriftenreihe, IAMO-Diskussionspapiere, IAMO-Jahresberichte und IAMO-'Jahreszahl') zugreifen. Die Publikationen der einzelnen MitarbeiterInnen sind über das Gesamtverzeichnis oder über die MitarbeiterInnenseiten direkt einzusehen. Der Menüpunkt *Portal* beinhaltet eine umfangreiche und strukturierte Linksammlung.

So finden Sie uns

» mit dem Auto

Von Süden: Fahren Sie auf der A9 (München - Berlin) bis zum Schkeuditzer Kreuz. Wechseln Sie auf die A14 in Richtung Halle/Magdeburg und verlassen Sie sie an der Ausfahrt Halle/Peißen. Folgen Sie der B100 Richtung Halle bis zum Stadtgebiet (Ampelkreuzung Dessauer Brücke). Ordnen Sie sich rechts ein und biegen Sie mit der B100 nach links ab Richtung Zentrum und Magdeburg. Biegen Sie sofort wieder rechts ab auf die B6 Richtung Magdeburg und verlassen Sie diese an der nächsten Ausfahrt (Zoo, Wolfensteinstraße) und fahren Sie in Richtung Universitätsklinikum Kröllwitz. Folgen Sie der Wolfensteinstraße geradeaus (Unterführung, mehrere Ampeln, Überqueren der Reilstraße zur Großen Brunnenstraße), bis sie auf die Burgstraße trifft. Biegen Sie dort rechts ab (vorgeschriebene Fahrtrichtung ist rechts). An der nächsten Kreuzung (Gasthof "Zum Mohr", Burg Giebichenstein) fahren Sie links und folgen der Hauptstraße über die Saalebrücke. Direkt hinter der Brücke biegen Sie rechts ab, fahren wieder rechts unter der Brücke hindurch, immer am Saaleufer entlang. An der nächsten Kreuzung biegen Sie links Richtung Universität Weinbergweg ab und folgen der Straße bis zur nächsten Ampel. Fahren Sie geradeaus in die Walter-Hülse-Straße. Das Gebäude rechter Hand ist das IAMO. Biegen Sie nun rechts in die Theodor-Lieser-Straße, und Sie befinden sich vor dem IAMO.

Von Norden: Verlassen Sie die A9 an der Ausfahrt Halle/Brehna und fahren auf die B100 Richtung Halle. Weiter siehe: "Von Süden".

Von Nordwesten: Fahren Sie in Magdeburg auf die A14 (Richtung Leipzig oder Dresden) bis zur Ausfahrt Halle/Peißen und dann auf die B100 Richtung Halle. Weiter siehe: "Von Süden".

Von Westen (auf der B 80): Folgen Sie der B80 bis zur Kreuzung Rennbahnring und folgen dort der Beschilderung Richtung Peißnitz/Kröllwitz. Nach ca. 2 km, nach der 3. Ampel sehen Sie zur Linken das IAMO-Gebäude (sandfarben mit rotem Dach). Biegen Sie danach an der nächsten Möglichkeit links ab (wenden), fahren die Heideallee zurück bis zur Ampelkreuzung Walter-Hülse-Straße und biegen nach rechts in diese Straße ein, danach nochmals nach rechts in die Theodor-Lieser-Straße. Im Gebäude auf der rechten Seite befindet sich das IAMO.

» mit der Bahn

Verlassen Sie das Bahnhofsgebäude durch den Haupteingang und folgen Sie bitte der Ausschilderung Haltestelle "Riebeckplatz/Hauptbahnhof". Hier nehmen Sie die Straßenbahnlinie 4 in Richtung Heide. Fahren Sie bis zur Haltestelle Weinberg Campus (ca. 15 Min. Fahrtzeit). Das Institut befindet sich in Fahrtrichtung der Straßenbahn direkt auf der linken Straßenseite.

» mit dem Flugzeug

20 km von Halle entfernt befindet sich der Flughafen Leipzig-Halle. Vom Flughafen verkehrt regelmäßig ein Pendelzug zum Hauptbahnhof. Den weiteren Weg können Sie unter "Anreise mit der Bahn" nachlesen.

Von-
Danckelmann-
Platz
Heide-
allee
Th.-Lieser-Str.
Von-
Secken-
dorff-Pl.
Weinberg-
weg
5, 5E, 4
IAMO
TGZ
W.-Hülse-Str.
Gimritzer
Damm
14
B 6
Halle-Trotha
9
Magdeburger
Chaussee
Saale
Trothaer Str.
10
Halle-Tornau
B100
11
Halle-Peissen
Heidealle
Dölauer Str.
IAMO
Berliner Chaussee
Gimritzer Damm
Rennbahnkreuz
Delitzscher Str.
Halle-Ost
12
Riebeckplatz
B 80
Hauptbahnhof
Eislebener Chaussee
Merseburger Str.
14
Leipziger Chaussee
B 6
Saale
B 91

Impressum

Die Veröffentlichungen des IAMO umfassen neben der vorliegenden Publikationsreihe die intern referierte Serie *Discussion Paper*, die Schriftenreihe *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe* sowie die *Jahresberichte* des Institutes.

Fotos Andreas Gramzow (S. 12, 23), Olena Fedotowa (S. 9, 82, 84), Sven-Oliver Jungklaus (S. 30), Kultusministerium Sachsen-Anhalt (S. 5), Andreas Labes (S. 73), Alexej Lissitsa (S. 60, 66, 74), Henriette Stange (S. 44, 54).

Herausgeber **Leibinz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)**
Theodor-Lieser-Straße 2
06120 Halle (Saale)
Tel.: 49 (345) 29 28 0
Fax: 49 (345) 29 28 199
Email: iamo@iamo.de

Internet http://www.iamo.de

Redaktion Michael Kopsidis

Technische Redaktion Olena Fedotowa, Silke Scharf

Druck/ Buchbinderei Druck-Zuck GmbH, Seebener Straße 4, 06114 Halle (Saale)

© Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa
Das IAMO 2007 ist als pdf-Datei unter www.iamo.de verfügbar.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung und Quellenangabe des Herausgebers.

ISSN 1617-6448
ISBN 3-938584-15-7